

18. Jahrgang

Nr. 2

Juni 2007

# Sozialimpulse

Rundbrief

Dreigliederung  
des sozialen  
Organismus

Das Ringen um ein  
modernes Bodenrecht

Die Europäische Union  
zwischen Russland und den USA

G8-Gipfel in  
Heiligendamm

Betrachtungen, Berichte,  
Termine, Literatur

Herausgegeben von der  
Initiative Netzwerk Dreigliederung

# Inhalt

Notiert: Aus dem Zeitgeschehen \_\_\_\_\_ 3

Wem gehört die Erde? Das Ringen um ein  
modernes Bodenrecht (Christoph Strawe) \_\_\_ 5 - 14

trias - Stiftung für Boden, Ökologie und  
Wohnen (Rolf Novy-Huy) \_\_\_\_\_ 7

Die Europäische Union zwischen Russland  
und den USA (Kai Ehlers) \_\_\_\_\_ 14

G8-Gipfel in Heiligendamm  
Ein Bericht aus Rostock von Carol Bergin  
und Johannes Lauterbach \_\_\_\_\_ 21

Berichte, Betrachtungen, Termine \_\_\_\_\_ 27

Gedenken an Paul Benkhofer \_\_\_\_\_ 27

Der Klimawandel und die Investitionen  
(Michael Rist) \_\_\_\_\_ 27

McPlanet-Kongress: „Reclaim the Climate“ \_\_\_\_\_ 28

Alternative Berliner Erklärung verabschiedet \_\_\_\_\_ 30

Stuttgarter Konferenz zur EU-Osterweiterung \_\_\_\_\_ 31

Grundeinkommenstagung Kassel \_\_\_\_\_ 32

Podiumsdiskussion in Wien

(Hellmut Fischmeister, Sabine Soucek) \_\_\_\_\_ 32

Agro-Gentechnik: Vandana Shiva in Rostock,  
Gegen Zwangsernährung mit Gentechnik,  
Gentechnik verhindern, aber wie? (Leserbrief  
von Gabriele Wickenhäuser) \_\_\_\_\_ 33

Das Christus-Ereignis im Zwischenmenschlichen -  
Seminar mit J. Ben Aharon (Hellmut Fischmeister) \_\_\_\_\_ 34

Termine: Vortrag von J. Ben-Aharon in Wien,  
Jahrestagung von Mehr Demokratie e.V. \_\_\_\_\_ 35

## Literatur

Chico Whitaker: Das Weltsozialforum - Offener  
Raum für eine andere Welt (Wilhelm Neurohr) \_\_\_\_\_ 36

Götz W. Werner: Einkommen für alle \_\_\_\_\_ 38

## Fortbildungsseminare und Studiengang

Seminar: Der Kampf  
um die Beherrschung der Zeit \_\_\_\_\_ 39

Studiengang Sozialentwicklung:  
Termine des 2. Durchgangs \_\_\_\_\_ 40

# Impressum

Sozialimpulse - Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus.  
Herausgegeben von der Initiative Netzwerk Dreigliederung, Haupt-  
mannstr. 44a, D-70188 Stuttgart, Tel. +49 (0) 711 - 23 68 950,  
Fax: 23 60 218, E-Mail: Netzwerk@sozialimpulse.de, Internet: www.  
sozialimpulse.de. ISSN 1863-0480. Redaktion und Verwaltung: Dr.  
Christoph Strawe. Lektoratsberatung: Prof. Dr. Hellmut Fischmeister,  
Graz. Gestaltung: Marion Ehrsam. Logo: Paul Pollock. Es erscheinen  
vier Hefte pro Jahr. Versand (Abo) auf Bestellung und gegen Kosten-  
beitrag (Richtsatz für das volle Jahr EUR 20,-). Zahlungen bitte durch  
Geldschein oder Überweisung auf Konto-Nr. 1161625, Treuhandkonto  
Czesla, Baden-Württembergische Bank, BLZ 60050101 (IBAN: DE 65  
6005 0101 0001 1616 25, BIC/SWIFT-Code: SOLA DE ST). Bitte  
jeweils das Stichwort „Rundbrief“ angeben. Bezieher in der BRD können  
uns auch eine Abbuchungsermächtigung schicken (bitte genauen Betrag  
angeben). Redaktionsschluss jeweils Anfang März, Anfang Juni, Anfang  
September und Anfang Dezember. Für unverlangt eingesandte Manuskripte  
wird keine Gewähr übernommen.

# Editorial

Die Tage von Heiligendamm liegen hinter uns. Viele fühlen sich bestätigt: Die politisch Verantwortlichen, allen voran die deutsche Bundeskanzlerin, fühlen sich bestärkt, weil es gelungen ist, einen „Kompromiss“ zu erreichen, bei dem sich auch die USA bewegt haben. Die Menschen aus den Bewegungen für eine gerechtere Globalisierung kritisieren die Ergebnisse des G8-Gipfels, sind aber zufrieden, weil es gelungen ist, massenhaften friedlichen Protest gegen eine Politik zu mobilisieren, die bis jetzt nicht mit Hunger und Elend von Abermillionen Menschen fertig geworden ist, - obwohl niemals in der Menschheitsgeschichte bessere materielle Voraussetzungen dafür vorhanden waren. Stattdessen wandern nach wie vor Milliarden und Abermilliarden in die Rüstungshaushalte. Nach Angaben des Internationalen Konversionszentrums Bonn (BICC) haben sie jetzt erstmals weltweit die Marge von einer Billion US-Dollar überschritten.

Auch die Kosten für den Gipfel selbst erscheinen makaber angesichts der rund 25.000 Menschen, die laut Angaben der deutschen Welthungerhilfe täglich (!) an den Folgen von Unterernährung sterben. 100 Millionen Euro hat der Event gekostet, allein der monströse Zaun um das Tagungsgelände verschlang 12,5 Millionen. Kein Wunder, dass selbst der Miterfinder der Treffen, Altbundeskanzler Helmut Schmidt diese als „inzwischen völlig entartet“ bezeichnet, auch weil die Probleme des Weltklimas und die Gefahren der Finanzmärkte nicht ohne Länder wie Indien, China, Brasilien, Nigeria oder auch die OPEC zu lösen seien. Der Schriftsteller Hans Magnus Enzensberger warf in einem Essay den Politikern vor, die „Sicherheitsrisiken, mit denen Sie zu kämpfen haben, selber herbei(zu)föhren“ und empfahl den kostengünstigen Ausbau einer einsamen Insel für derartige Treffen. Natürlich ist die Gewalt von Randgruppen zu verurteilen, auch wenn sie gegenüber den friedfertigen Demonstranten eine winzige Minderheit darstellen. Doch nicht weniger Besorgnis erregend ist das, was über die Aktivitäten der Sicherheitskräfte bekannt wurde: Einsatz von Zivilpolizisten als Agents Provocateurs, Zusammenpferchen von Verhafteten in Käfigen, Einsatz von Bundeswehr-Tornados zur Überwachung von G8-Gegnern und anderes mehr.

Kritik und Protest sind wichtig und notwendig. Dennoch würde eine Strategie des bloßen Anprangerns und Entlarvens zu kurz greifen und auf mittlere Sicht entweder blinde Militanz oder lähmende Resignation erzeugen. In der Kritik der alten Welt müssen die Konturen einer neuen durchschimmern. Es geht um ein tieferes Verständnis sozialer Probleme. Und es geht um Alternativen - und daher war es gut, dass es in Rostock einen Alternativgipfel gab. Auch dieses Heft handelt wieder von Alternativen, unter anderem von der Reform des Bodenrechts und Initiativen zu einem neuen Umgang mit dem Boden. Und es wird versucht, zu einem besseren Verständnis der Gegenwartsverhältnisse beizutragen, als Voraussetzung jeder Veränderung - z.B. durch die Betrachtung von Kai Ehlers über die Rolle der EU zwischen Russland und den USA.

Ihr 

## Notiert: Aus dem Zeitgeschehen\*

Das britische Unterhaus beschließt, die britischen Trident Atomwaffen zu modernisieren +++ Die Siemens AG hat offenbar Zahlungen an eine Arbeitsgemeinschaft Unabhängiger Betriebsangehöriger geleistet, um die Gewerkschaft zu schwächen +++ Der in Guantanamo inhaftierte Scheich Mohammed hat angeblich gestanden, Drahtzieher der Anschläge vom 11. September 2001 und anderer Terrorakte gewesen zu sein. Juristen bezeichnen das Geständnis als wertlos, da es möglicherweise unter Folter erwirkt worden sei +++ In Palästina kommt es zu einer Einheitsregierung aus Fatah und Hamas, Israel will diese Regierung jedoch nicht anerkennen +++ Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung erwartet allein für Deutschland ökonomische Schäden von 800 Milliarden Euro, falls keine zusätzlichen Maßnahmen gegen den Klimawandel ergriffen werden +++ Nordkorea will die Zusammenarbeit mit der Atomenergiebehörde wieder aufnehmen +++ UN-Beobachter weisen erneut auf Gräueltaten in der sudanesischen Region Darfur hin, wo sich Regierungsmilizen und Rebellen seit Jahren Kämpfe liefern +++ Das Kieler Institut für Weltwirtschaft erwartet für dieses Jahr eine Steigerung des Bruttoinlandsprodukts um 2,8 Prozent +++ Nach der Rente mit 67 soll nun auch das Pensionsalter für Beamte stufenweise auf 67 Jahre erhöht werden +++ Die Bundesfamilienministerin von der Leyen strebt eine Steuerfinanzierung der bis 2013 geplanten zusätzlichen 500.000 Krippenplätze an +++ Beim Wiener Kosovo-Gipfel gelingt es UN-Chefunterhändler Ahtisaari nicht, einen Kompromiss zwischen Serbien und dem Kosovo zu erzielen +++ Die Ministerpräsidenten der deutschen Bundesländer einigen sich über einen Kompromiss beim Rauchverbot +++ UN-Sonderberichterstatler Vernor Muñoz übt Kritik am deutschen Schulsystem, das mit seiner Dreistufigkeit von Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien sozial selektiv wirke und Chancengleichheit verhindere +++ Einer Frankfurter Familienrichterin, die sich in einer Scheidungssache auf ein Züchtigungsrecht im Koran berufen hatte, wird der Fall entzogen +++ Regierungskonferenz zum 50. Jahrestag der römischen Verträge, in einer Erklärung heißt es, man sei „in dem Ziel geeint, die Europäische Union bis zu den Wahlen zum EU-Parlament 2009 auf eine erneuerte gemeinsame Grundlage zu stellen“. Parallel fordert eine Konferenz der Zivilgesellschaft einen neuen Konvent und permanente Bürgerbeteiligung bei der Gestaltung von Rechtsgrundlagen der EU +++ Die EU-Verkehrsminister einigen sich über die Liberalisierung des Luftverkehrs. Dies betrifft vor allem den Luftverkehr zwischen der EU und den USA +++ Die iranische Marine nimmt britische Soldaten gefangen, mit der Begründung, diese hätten das Hoheitsgebiet Irans verletzt. Der UN-Sicherheitsrat reagiert, vor allem auf Betreiben Russlands, mit einer eher zurückhaltenden Resolution. Der Iran lässt die Soldaten schließlich frei +++ Besuch von UN-Generalsekretär Ban Ki-moon im Irak +++ Die deutschen Umweltminister beschließen Maßnahmen zum Klimaschutz, u.a. soll der Ausbau von Kraft-Wärme-Koppelung und die Nutzung erneuerbarer Energien gefördert werden +++ Fusion in der europäischen Tourismus-Branche: TUI und die britische First Choice wollen zusammengehen +++ In Finnland gewinnt die Zentrumspartei die Parlamentswahlen +++ Gegen den von den USA geplanten Rake-

tenschutzschild entwickelt sich immer mehr Widerstand +++ Massenproteste in den USA gegen den Irak-Krieg +++ Polenreise von Bundeskanzlerin Angela Merkel +++ Auf Parteitagen der Linkspartei PDS und der WASG stimmt die überwältigende Mehrheit für die Fusion der beiden Parteien +++ Die ehemalige RAF-Terroristin Brigitte Mohnhaupt kommt nach 24 Jahren Haft frei +++ In Nordirland einigen sich die bisher verfeindete katholische Sinn-Fein-Partei und die protestantische Democratic Unionist Party auf eine gemeinsame Regierung +++ In Deutschland ist eine gemeinsame Datenbank (Anti-Terror-Datei) der 38 Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern eingerichtet worden +++ In der Debatte über die sogenannte Patientenverfügung fordern Politiker klare gesetzliche Regelungen +++ Tarifabschluss in der Metallindustrie in Baden-Württemberg: die Beschäftigten erhalten ab Juni 4,1 Prozent mehr Geld. Nach 12 Monaten gibt es eine weitere Erhöhung um 1,7 Prozent +++ Dauerkontroverse in der deutschen Regierungskoalition über die von SPD und Gewerkschaften geforderten gesetzlichen Mindestlöhne. Die CDU will allenfalls sittenwidrige Löhne verbieten und setzt ansonsten mehr auf den Kombilohnansatz. Der DGB begründet die Forderung unter anderem damit, dass in der Zeit arbeits-Branche mehr als 12 Prozent der Beschäftigten ergänzende staatliche Leistungen erhielten, weil ihr Verdienst unter dem Existenzminimum liege +++ Der UN-Sicherheitsrat beschließt einstimmig neue Sanktionen gegen den Iran wegen dessen Fortsetzung der Urananreicherung +++ Nach dem 2. Teil des Berichts des UN-Weltklimarats werden besonders die armen Ländern von den Folgen der Klimaveränderungen betroffen sein. In Deutschland will der Verkehrsminister einen „Klimapass“ für Neuwagen einführen +++ Tod des Ex-Ministerpräsidenten und NS-Marinerichters Hans Filbinger. Bei der Trauerfeier versucht der baden-württembergische Ministerpräsident Oettinger Filbinger als Nazigegner hinzustellen, wogegen sich alsbald auch die Bundeskanzlerin verwahrt. Oettinger ist schließlich zu einem peinlichen Rückzieher gezwungen +++ Im Parlamentsgebäude in Bagdad wird eine Bombe gezündet +++ Von der Gewerkschaft ver.di organisierter Warnstreik bei der Telekom, deren Führung will rund 50.000 Mitarbeiter in Tochtergesellschaften ausgliedern und dort zu schlechteren Konditionen beschäftigen. Begründet wird dies mit der Wettbewerbssituation des Telekommunikationsriesen, dem die Kunden abhanden zu kommen drohen +++ Terroranschläge in Algier +++ Zehntausende Menschen demonstrieren im Irak für den Abzug der US-Truppen +++ Massenflucht aus der umkämpften somalischen Hauptstadt Mogadischu +++ Bei einem Amoklauf eines 23-jährigen Studenten an der US-Universität Virginia sterben 32 Menschen +++ Tote bei einem Überfall auf ein christliches Verlagshaus in der Osttürkei +++ Die zusätzlichen Steuereinnahmen - bis 2011 wird mit knapp 180 Mrd Euro gerechnet - sollten vor allem zur Haushaltskonsolidierung eingesetzt werden +++ Telefon- und Internetdaten werden in Deutschland künftig 6 Monate gespeichert +++ Der 80.

### Stand des Kostenausgleichs

Bis 10. Juni waren an Kostenausgleichsbeiträgen (Rundbrief und allgemeiner Kostenausgleich) rund 27.000 von geplanten 36.000 Euro eingegangen. Es bleiben also noch 9.000 Euro zu finanzieren! Für alle bisherigen Beiträge herzlichen Dank!

\* 11. März bis 9. Juni 2007

Geburtstag des Papstes findet große Beachtung in den Medien +++ Zunehmende Übergriffe russischer Polizei gegen Demonstranten und Regimekritiker +++ Bei den französischen Präsidentschaftswahlen gibt es im ersten Wahlkampf keine absolute Mehrheit für einen der Kandidaten. In der Stichwahl setzt sich konservative Nicolas Sarkozy gegen die Sozialistin Ségolène Royal durch +++ Der US-Kongress beschließt einen Truppenabzug aus dem Irak, wogegen Präsident Bush sein Veto einlegt +++ Der russische Cellist Mstislaw Rostropowitsch stirbt im Alter von 80 Jahren +++ Bis 2020 soll der Anteil erneuerbarer Energien in Deutschland auf mehr als 27 Prozent steigen +++ Im Alter von 76 Jahren stirbt der frühere russische Präsident Boris Jelzin +++ Nokia-Siemens will weltweit 9.000 von insgesamt 60.000 Arbeitsplätzen abbauen +++ Staatskrise in der Türkei um die Präsidentschaftskandidatur des von den kemalistisch-laizistischen Kräften als islamistisch bekämpften Kandidaten Abdullah Gül. Im Parlament kommt keine hinreichende Unterstützung zu Stande, weil die Gegner die Wahl boykottieren. Neuwahlen werden notwendig +++ Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland ist im April unter vier Millionen gesunken, wie die Bundesagentur für Arbeit mitteilt. Wieweit dies vor allem auf die Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse zurückgeht, bleibt strittig +++ Mit 1,34 Euro erreicht der durchschnittliche Preis für 1 l Superbenzin einen neuen Rekord +++ Bei den traditionellen Maikundgebungen steht die Forderung nach Festsetzung eines Mindestlohns im Vordergrund +++ Die UN-Klimakonferenz endet mit einem Eklat: Umweltminister Sigmar Gabriel verweigert im Namen der EU die Zustimmung zum Schlussdokument, da dieses einen Rückschritt hinter bestehende Vereinbarungen darstelle +++ Präsident Horst Köhler lehnt das Gnadengesuch des ehemaligen RAF-Mitglieds Christian Klar ab +++ Der Physiker und Philosoph Carl Friedrich von Weizsäcker stirbt im Alter von 94 Jahren +++ Die Polizei unternimmt vor dem G8-Gipfel in Heiligendamm Großrazzien gegen Globalisierungskritiker, die als völlig unverhältnismäßig kritisiert werden. Auch hat sie Geruchsproben von einzelnen Globalisierungsgegnern genommen, was viele Menschen an die Methoden der Stasi erinnert +++ Der britische Regierungschef Tony Blair nennt einen Termin für seinen Rücktritt, sein Nachfolger wird aller Voraussicht nach Schatzkanzler Brown +++ Ein Teil der Kochstraße in Berlin wird nach Rudi Dutschke benannt +++ Die CDU stellt ihr neues Grundsatzprogramm vor +++ Beim Russland-EU-Gipfel kritisieren beide Seiten die jeweils andere +++ Im Gazastreifen kommt es zu neuer tödlicher Gewalt zwischen Hamas und Fatah +++ Papstbesuch in Lateinamerika +++ Erstmals seit 50 Jahren passieren zwei Züge die Grenzen zwischen Nord- und Südkorea +++ Der Daimler-Konzern verkauft das Tochterunternehmen Chrysler an den US-Finanzinvestor Cerberus +++ Israelische Angriffe auf Ziele im Gazastreifen +++ Die Gegner des G8-Gipfels klagen gegen massive Einschränkungen des Rechts auf Versammlungs- und Demonstrationstfreiheit +++ Kompromiss im Streit um die vom Verfassungsgericht geforderte Reform der Erbschaftssteuer +++ Zwischen Paris und dem Süden Deutschlands wird eine neue Hochgeschwindigkeitsstrecke für ICE und TGV in Betrieb genommen +++ Staatskrise in der Ukraine, die durch eine Einigung über Neuwahlen beigelegt wird +++ Bundeskanzlerin Merkel trifft die Sprecherin der Demokraten im Kongress, Nancy Pelosi +++ Staatsbesuche von Präsident Köhler in Peking und Hanoi +++ Das Europa-Parlament beschließt eine Senkung der Roaming-Gebühren für Handy-Telefonate ins EU-Ausland +++ In ihrem Grundrechte-Report 2007 warnen mehrere

Menschenrechtsgruppen vor einem Abbau der Grundrechte in Deutschland +++ Als Vertretung aller gesetzlichen Krankenkassen wird ein neuer Spitzenverband gegründet, der die bisherigen sieben Verbände ablösen und einheitliche Verträge mit Ärzten und Krankenhäusern abschließen soll. Die Kassen hatten sich dagegen lange gewehrt +++ Wegen Günstlingswirtschaft muss Weltbankpräsident Wolfowitz seinen Stuhl räumen, sein Nachfolger soll der ehemalige US-amerikanische Handelsminister Zoellick werden +++ Durch die Fusion der italienischen Banken Unicredit und Capitalia entsteht die zweitgrößte Bank Europas mit einem Börsenwert von 100 Mrd. Euro +++ Der wegen Machtmissbrauchs kritisierte rumänische Präsident hält sich durch ein Referendum im Amt +++ Bei einem Selbstmordattentat im afghanischen Kundus werden drei deutsche Soldaten getötet, worauf sich eine heftige politische Debatte über den Sinn des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr entzündet. Die Bundesregierung will an dem Einsatz festhalten +++ Mehrere Radsportler aus dem Team Telekom gestehen den Gebrauch von Doping-Mitteln +++ Kämpfe zwischen der Al Kaida nahestehenden Gruppen und der libanesischen Armee +++ Das Bundesverfassungsgericht erklärt die Benachteiligung nichtehelicher Kinder beim Unterhaltsrecht für verfassungswidrig +++ Der Bundestag beschließt eine Reform der Unternehmenssteuern, die den Unternehmen eine Nettoentlastung von ca. 5 Mrd. Euro pro Jahr bringen soll +++ Bei den Wahlen in Bremen zieht die Linkspartei in die Bürgerschaft ein, die Große Koalition soll durch einen rot-grünen Senat abgelöst werden +++ Vor dem Strafgerichtshof in Den Haag beginnt der Prozess gegen den ehemaligen liberianischen Präsidenten Charles Taylor wegen massiver Menschenrechtsverletzungen im Bürgerkrieg in Sierra Leone +++ Die EU stellt das Defizitverfahren gegen Deutschland ein, da das Haushaltsdefizit 2006 mit 1,7 Prozent den Euro-Stabilitätskriterien Genüge tut +++ Der Iran erwägt, eine 800 km lange Transrapid-Strecke zu bauen +++ Erstmals seit 1980 treffen Diplomaten aus den USA und Iran zu Gesprächen zusammen +++ Warnstreiks im deutschen Baugewerbe, nachdem eine Schlichtung im Tarifkonflikt am Widerstand von Teilen der Arbeitgeber gescheitert ist +++ Vor dem Auftakt des G8-Gipfels in Heiligendamm kommt es in Rostock zu einer machtvollen und phantasiereichen friedlichen Demonstration vieler Zehntausender zivilgesellschaftlicher AktivistInnen für eine gerechtere Globalisierung. Allerdings gibt es am Rande der Demonstration gewalttätige Auseinandersetzungen sogenannter Autonomer mit der Polizei. In den folgenden Tagen folgen zahlreiche weitere Demos und Aktionen. An einem Solidaritätskonzert gegen den Hunger in der Welt mit Herbert Grönemeyer und anderen Pop-Stars nehmen 80.000 Menschen teil +++ Beim Gipfel wird eine Vereinbarung über den Klimaschutz getroffen, in der es heißt, die 8 Länder würden eine Minderung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes bis 2050 „ernsthaft in Erwägung ziehen“. Dies wird von einigen Beobachtern als großer Erfolg der Kanzlerin gesehen, in der Zivilgesellschaft als völlig unzureichend betrachtet. Ähnlich umstritten ist auch die Bedeutung der Beschlüsse des Gipfels zu Afrika (60 Milliarden Dollar sollen für die Bekämpfung von Aids, Malaria und Tuberkulose bereitgestellt werden). Als Erfolg wird auch vielfach gewertet, dass sich der Raketenstreit zwischen den USA und Russland am Rande des Gipfels ein Stück weit hat entspannen lassen +++ In Köln beginnt der evangelische Kirchentag +++ In Reisepässen sollen künftig Fingerabdrücke des Besitzers gespeichert werden +++

# Wem gehört die Erde?

## Das Ringen um ein modernes Bodenrecht

*Christoph Strawe*

(Bei dem folgenden Text handelt es sich um die redaktionell bearbeitete Mitschrift eines Vortrags bei einer Festveranstaltung anlässlich des fünfjährigen Bestehens der Stiftung trias, gemeinnützige Stiftung für Boden, Ökologie und Wohnen. Vgl. hierzu auch das Porträt der Stiftung auf S. 7).

Alle Veränderungsarbeit, die im Kleinen geleistet wird, geht immer von Leitbildern aus - heute wird gerne von Visionen gesprochen. Unsere Leitbilder geben uns die Richtung, von ihnen nehmen wir den Kurs, den wir steuern. Durch unsere Leitbilder stellen wir uns in einen größeren Zusammenhang von Menschen hinein, die in gleicher oder ähnlicher Richtung nach sozialen Veränderungen suchen. Daher ist die Leitbildarbeit, die Gedankenarbeit, wichtig auch für die tägliche Auseinandersetzung.

Was leitet uns, wenn wir nach einem modernen Bodennutzungsrecht fragen? Der Ausgangspunkt ist die Frage, was Boden überhaupt für die Menschen bedeutet. Der Boden ist dasjenige, was die Menschen trägt, und was damit auch die Voraussetzung aller wirtschaftlichen Tätigkeit darstellt. Boden ist Inbegriff für die Natur, die uns umhüllt und nährt - „mütterlichen Grund“ hat Friedrich Schiller die Erde genannt.

### „Es wandelt sich ... das Verhältnis des Menschen ... zum Boden in der Geschichte...“

Es wandelt sich allerdings das Verhältnis des Menschen zu sich selbst, zu den anderen Menschen und zur Natur beziehungsweise zum Boden in der Geschichte. Und deshalb fragen wir ganz bewusst nach einem moder-

nen, für unsere Zeit angemessenen Bodennutzungsrecht. Blicken wir in die Vergangenheit, dann gab es in den älteren Kulturverhältnissen immer die Anschauung, dass der Boden etwas ist, was man geschenkt bekommen hat von göttlichen Mächten und das deswegen, weil man es geschenkt bekommen hat, keinem Menschen privat gehören kann. Man kann es nur treuhänderisch verwalten.

Wir finden in der Vergangenheit vielfältige Formen des Gemeineigentums. - Einiges davon hat sich in letzten Resten bis in die neuere Zeit erhalten, so die Allmende, das dörfliche Gemeineigentum. - Und wir finden, wie Boden zum Beispiel durch einen sumerischen Stadtfürsten in jenen Zeiten treuhänderisch und im Bewusstsein eines göttlichen Auftrags verwaltet wird.

Wo dann das menschliche Selbstbewusstsein stärker wach wird, individuelle Impulse in der Menschheit aufzutreten beginnen, da bekommen wir als Schatten dieser Individualisierung ein so vorher nicht da gewesenes Egoismus-Problem: Dann bekommen wir es damit zu tun, dass Boden nicht mehr als Geschenk verwaltet wird, sondern dass Einzelne versuchen, Vorteile aus der Bodennutzung zu ziehen für sich selber.

Und es entsteht das Bewusstsein, dass an dieser Stelle immer wieder eine Korrektur notwendig ist. Was wir im alten Israel als das „Jubeljahr“ finden - alle 50 Jahre wird der Boden zurückgegeben, die Schulden werden erlassen und die Sklaven freigelassen -, darin zeigt sich dieses Bewusstsein. Aber dieses Bewusstsein verdämmert immer mehr, und so kommen wir in Verhältnisse hinein, wo große Kämpfe um den Boden geführt werden zwischen den Grundbesitzern und denjenigen, die in Abhängigkeit von ihnen geraten. Wir finden diese Auseinandersetzung an vielen Stellen in der Antike. Solon versucht die Missstände für Athen mit seinen Reformen zu korrigieren. Im alten Rom gibt es Bodenreformer, die versuchen, den Großgrundbesitz wieder aufzuteilen. Aber letztlich wird diese Frage nicht gelöst.

In Rom entsteht ein Eigentumsbegriff, der noch heute bestimmend ist: der Begriff des Privateigentums. Privateigentum ist nicht per se etwas Schlechtes. Das Auftreten des Privateigentums hängt damit zusammen, dass der einzelne Mensch, je selbstbewusster er wird, auch selber verfügen will über „das Seine“. Es ist interessant, dass „privare“ im Lateinischen zweierlei bedeutet: „berauben“ und „befreien von“. Man erlebt es als eine Befreiung, selber verfügen zu können, zum Beispiel über den Tod hinaus seinen Willen im Testament geltend machen zu können. - Das galt natürlich nur für diejenigen, die das Recht zu dazu hatten, nicht für die Sklaven, nicht für die Frauen usw. - Dadurch dass man selber verfügen kann, schließt man aber zugleich andere von der Verfügung aus, man „beraubt“ sie der Verfügung. Diese beiden Seiten hat das Privateigentum.

Dieses römische Recht, dieses Eigentumsrecht, setzt sich vom 12. Jahrhundert an immer mehr in Europa durch, nachdem vorher lange das germanische Recht gegolten hat. Wir gelangen in die Neuzeit, wo in der Reformation Kirchengüter säkularisiert werden und die Fürsten, die immer Geldbedarf haben, sich bedienen,

wo sich Verhältnisse zu entwickeln beginnen, die dann am Ende des 20. und zu Beginn des 21. Jahrhunderts aufkipfen.

### **„... müssen wir uns vergegenwärtigen, was da in der Neuzeit ... an Impulsen auftritt“**

Auf der Suche nach Kriterien eines modernen Bodenrechts müssen wir uns vergegenwärtigen, was da in der Neuzeit, der Moderne, eigentlich an Impulsen auftritt. Es sind drei große Bewegungen, mit denen wir es zu tun haben. Auf der einen Seite tritt der Einzelne, der vorher mehr oder weniger nur als ein Glied der jeweiligen Gemeinschaft in Betracht kam, aus dieser Gemeinschaft heraus und erlebt: „Ich bin ein Mensch für mich“, ich definiere mich nicht mehr primär über die Gemeinschaft, ich lasse mich durch sie nicht mehr begrenzen und bevormunden.

Ein Martin Luther stellt sich vor den Reichstag zu Worms und erklärt: hier stehe ich, ich kann nicht anders. Mögt ihr mit der Autorität Eurer Ämter erklären, was ihr wollt, es ist für mich nicht das primär Maßgebende, ich beziehe mich auf mein eigenes Urteil und auf mein Gewissen. Das ist nicht nur ein historisch bedeutender Akt, sondern ein Symptom für eine Haltungswandlung, die sich bei immer mehr Menschen vollzieht.

Die Frage nach der Urteilsbildung des Einzelnen, nach seiner Freiheit, kommt in der Moderne herauf. Und in ihrem Gefolge erscheinen all die Fragen, die damit zusammenhängen, dass der Einzelne jetzt sich nicht nur seine Konfession selber wählen will, sondern auch die Schule für seine Kinder, den Arzt und so weiter. Alle Facetten der Lebensorientierung werden immer mehr Gegenstand individueller Wahl und individueller Entscheidung. Bis heute beschäftigt uns das Thema, wie eigentlich eine Kultur entstehen kann, die auf der Freiheit des Einzelnen beruht, oder anders gesagt, wie ein freies Geistesleben möglich werden kann. Diese Frage nach dem freien Geistesleben ist die erste Frage, die durch den Mündigkeitsimpuls der Moderne gestellt wird.

Aber der Freiheitsimpuls hat zugleich zur Folge, dass auch die Freiheit des jeweils anderen in den Blick gerät. Jeder Mensch hat die gleiche Freiheit, und so ergibt sich die Gleichheitsforderung aus der Freiheitsforderung. Das Thema der Demokratie und der Menschenrechte kommt deshalb notwendig auf, die Frage nach dem gleichen Freiheitsraum jedes Einzelnen und zugleich der Begrenzung der Freiheit des einen durch die Freiheit des anderen und deren Anerkennung.

Dann ist da eine dritte Bewegung: In der Menschheitsvergangenheit gab es ein Wirtschaftsleben, das durch die Selbstversorgung geprägt war. Mit der Moderne kommen wir in eine Ökonomie, die ganz auf der Fremdversorgung beruht. Man hat gesagt, wenn man das moderne Wirtschaftsleben verstehen wolle, dann solle man sein Frühstück meditieren. Das in aller Ausführlichkeit zu tun, würde hier zu lange dauern. Aber es genügt schon, kurz darüber nachzudenken, wie der Kaffee in die Tasse kommt, um festzustellen, dass unglaublich viele Menschen an unglaublich vielen Stellen der Erde

- im Anbau, im Transport, der Verarbeitung und so weiter - miteinander zusammenarbeiten müssen, damit ich zu meiner Tasse Kaffee komme. In der Scannerkasse im Einzelhandelsgeschäft, wo ich den Kaffee kaufe, steckt nicht nur Arbeit gegenwärtig lebender Menschen, sondern ein Know-how, zu dem Menschen vergangener Generationen beigetragen haben.

Auf der einen Seite wird in der Moderne der Einzelne selbständig und unabhängig, auf der anderen Seite kommen wir in eine universelle Abhängigkeit der Menschen voneinander in einem Netzwerk von arbeitsteiligen Beziehungen hinein.

Das würde eigentlich für das Wirtschaftliche erfordern, dass wir dieses Arbeiten füreinander auch bewusst sozial gestalten, dass wir uns mit unserer Mentalität, mit unseren gesellschaftlichen Einrichtungen auf der Höhe der Fremdversorgungswirtschaft bewegen. Das ist aber, wie wir wissen, nur teilweise und oft gar nicht der Fall. Vielfach ist die Mentalität immer noch eine selbstversorgerische. Man bedient sich der Arbeitsteilung nur, um daraus Vorteile für sich selbst zu ziehen, macht aber die Zusammenarbeit nicht zum Thema des Wirtschaftens. Damit umgeht man aber die eigentlichen Fragen der modernen Ökonomie: Wie können und müssen wir uns gegenseitig versorgen? Was können wir füreinander leisten? Wie kommen wir zu einer wirklich fairen Ökonomie mit gerechten Preisen? Wie gestalten wir Zusammenarbeitsverhältnisse in Branchen und Regionen? Kurz: Wie lässt sich das umsetzen und gestalten, was da in der Arbeitsteilung veranlagt ist: Geschwisterlichkeit, Solidarität?

### **Was ergeben sich ... für Anforderungen an ein modernes Eigentumsrecht?**

Was ergeben sich aus dieser dreifachen Problematik für Anforderungen an ein modernes Eigentumsrecht? - Es muss die Gesichtspunkte der Freiheit, der Gleichheit und der Solidarität gleichgewichtig berücksichtigen! Der Freiheitsgesichtspunkt verlangt, dass der Einzelne über persönliches Eigentum frei verfügen und zugleich in der arbeitsteiligen Welt Initiative für andere voll entfalten kann. Rudolf Steiner spricht vom Eigentum als von einer „sozialen Leibbildung“. Wenn man nicht verfügen kann, dann kann man heute gar nicht in der Sozialität wirken, man hätte keine Organe dazu.

Das verträgt sich nicht mit vormundschaftlichen und kollektivistischen Eigentumsformen der Vergangenheit. Wir brauchen die unternehmerische Verfügung über Produktionsmittel, mit denen industrielle Güter für andere hergestellt, oder über Land, mit dem die Nahrung für andere erzeugt wird. Das ist allerdings keine „private“ Verfügung: Da wo das Eigentum der Sozialität zugewandt ist, bedarf es der „Sozialbindung“. Das Eigentumsrecht muss Freiheit in sozialer Verantwortung fördern. Insoweit greift hier der Gesichtspunkt der Solidarität.

Es greift aber auch der Gleichheitsgedanke: Jedermann hat das gleiche Recht, die Erde zu bewohnen und an ihren Früchten teilzuhaben. Das ist selbstver-

# Stiftung trias

## Gemeinnützige Stiftung für Boden, Ökologie und Wohnen

Rolf Novy-Huy

Einer der Impulse zur Gründung der Stiftung trias waren die Broschüren alter Wohn-Bund-Tagungen. Wann war es? 1975 oder 1985? Jedenfalls klangen die beschriebenen Probleme nicht viel anders als 2000: kein Geld für die Beratung von Wohnprojekten, keine Eigenkapitalhilfe, schwieriger Zugang zu Informationen, keine Liste von Projekten und Beratern, fehlende Werkzeuge um Projektziele juristisch zuverlässig zu sichern.

Am 6.3.2002 wurde die Stiftung trias gegründet, mit der festen Absicht, eine sehr praktische Stiftung zu werden, statt weitere gebildete Artikel zu produzieren. Initiatoren waren insbesondere Menschen, die täglich mit dem Thema zu tun haben: Anne Fresdorf, Projektberaterin in Witten, Gerda Helbig vom FORUM für gemeinschaftliches Wohnen im Alter e.V., Wolfgang Kiehle von der WohnBund-Beratung NRW und Rolf Novy-Huy von der GLS Gemeinschaftsbank eG in Bochum. Inzwischen ist die Gemeinnützigkeit und Mildtätigkeit anerkannt, das Stiftungskapital eingezahlt.

Die Stiftung trias will Initiativen fördern, die Fragestellungen des Umganges mit Grund und Boden, ökologischer Verhaltensweisen und neuer Formen des Wohnens aufnehmen. Ihre Stiftungsziele verwirklicht sie gemeinsam mit Kooperationspartnern im Rahmen gemeinnütziger Zielsetzungen.

Die drei Ziele: Boden - Ökologie - Wohnen stellen sich im Einzelnen wie folgt dar:

Die Stiftung trias wendet sich gegen die Spekulation mit Grund und Boden. Mit Hilfe des Erbbaurechtes (vgl. Kasten S. 11) will sie aktiv als Bodenträger auftreten. Über den Erbbauzins sollen Mittel angesammelt werden, um junge Projekte unterstützen zu können.

Gleichzeitig wendet sich die Stiftung trias gegen weiteren Flächenverbrauch und will nur Projekte fördern, die auf bislang nicht landwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzten Flächen bauen. Das ökologische Bauen ist als geradezu selbstverständliches Ziel formuliert.

Dritte Säule ist die Förderung neuer Wohnformen, vor dem Hintergrund einer schrumpfenden und gleichzeitig alternden Gesellschaft.

Defizite der Wohnreformbewegung werden überall beklagt, nichts desto weniger versucht jede Initiative neue Entwicklungen voranzutreiben, ohne zu bedenken, dass an der gleichen Frage bereits fünf Andere arbeiten: eine Vergeudung von Ressourcen, obwohl wir doch alle über Mangel an Zeit und Ressourcen klagen. Die Stiftung trias will von vorne herein als Dienstleister und Vermittler auftreten. Statt eine eigene Stiftung zu gründen, kann ein Projekt sich der Stiftung trias bedienen. Der Wille des/der Stifters/in kann dort ohne Abstriche auch innerhalb eines Sondervermögens einfließen und die Verwendung der Stiftungserlöse für das eigene Projekt gesichert werden.

Um ein Wohnprojekt zu finanzieren, ist oftmals viel Kreativität notwendig. Neben den gewerblichen Instrumenten, wie Genossenschaftsanteilen oder Privatdarlehen versucht man auch Spenden und Schenkungen einzuwerben. Die Stiftung trias stellt dafür gerne ihr know-how und Instrumentarium zur Verfügung. Was hat ein Projekt von der Zusammenarbeit mit trias?

- Sicherung von Projektzielen über eine Erbbaurechtskonstruktion. Meist sind das: Spekulationsverhinderung, ökologisches Bauen, Selbstverwaltung und Mitspracherechte beim Eintritt neuer Projektgesellschafter,
- Einen dauerhaften Gesprächspartner, der „im Thema drinnen ist“ und bei dem Erfahrung und aktuelle Entwicklungen ständig zusammenfließen.

- Die nach außen dokumentierte Haltung, dass es nicht nur um die Schaffung eines Wohnbiotops für die Initiatoren, sondern um einen gesellschaftsreformerischen Ansatz geht.

- Mitwirkung an einer Initiative, die Lobby- und Aufklärungsarbeit leisten will, um den gesellschaftlichen Wert alternativer Wohnansätze, nicht zuletzt vor dem Hintergrund demographischer Entwicklungen, ins öffentliche Bewusstsein zu rücken.

Immer wenn Schenkungsaspekte eine Rolle spielen, kann es sehr interessant sein, mit der Stiftung trias zusammen zu arbeiten. Drei kurze Beispiele aus der Praxis:

- Eine ältere Dame gibt eine zweckgebundene Zustiftung in Höhe von EUR 100.000 zielgerichtet zum Erwerb des Grundstückes der von ihr favorisierten Initiative.

- Eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts will ein Grundstück von vorneherein aus der Spekulation herausnehmen. Jedes Mitglied stiftet EUR 5.000 und erhält so, je nach Progressionsstufe, eine Steuerrückvergütung. Der Restbetrag zum Kauf des Grundstückes wird von der Stiftung trias finanziert und über den Erbbauzins abbezahlt.

- Die Mitglieder eines Altenwohnprojektes wollen über das Erbbaurecht, auch gegenüber der Gemeinde und Unterstützern, die Projektziele sichern. Sie geben ein zinsloses oder niedrigverzinstes Darlehen. Über 25 Jahre wird dieses Darlehen „abgewohnt“, d.h. jährlich wird auf 4 % des Darlehensanspruches verzichtet, was einer jährlichen Schenkung gleichkommt.

Grundsätzlich sollte die Haltung mit einem Nutzen für das Projekt, aber auch für die Stiftung und damit für weitere Projekte verbunden sein. Schenkungen und Spenden als Teil einer Projektfinanzierung werden oftmals viel zu wenig bedacht. Wer weiß schon von Schenkungen mit Widerrufsrecht, von bedingten Schenkungen? Das „wie“ ist nicht immer einfach, aber wenn es eine Idee gibt, die mit Schenkung zusammen hängt, gibt es meist auch einen Weg, dies umzusetzen.

Vielleicht sollen die Projektteilnehmer auch nicht immer alles wissen. Ein anonymes Darlehen über die Stiftung? Später vielleicht umgewandelt in eine testamentarische Schenkung?

Eine Genossenschaft erhält eine Erbschaft: Und zahlt dafür ca. 50 % Erbschaftssteuer. Statt dessen wäre vielleicht die Weitergabe an die Stiftung trias und eine nachfolgende Darlehensgewährung an die Genossenschaft viel sinnvoller.

Als gemeinnützige und mildtätige Stiftung ist die Stiftung trias an die Abgabenordnung gebunden und hat bei allen Vorgängen die Regeln der Gemeinnützigkeit strikt zu beachten. Als Stiftungsziele sind formuliert:

- Jugend- und Altenhilfe bzw. -wohnen
- Natur- und Umweltschutz
- Förderung der internationalen Gesinnung
- Bildung
- Unterstützung am Wohnungsmarkt Benachteiligter

Auch wenn das Stiftungsvermögen inzwischen etwa EUR 1,25 Mio. beträgt, sind die zur Ausschüttung zur Verfügung stehenden Mittel vorerst gering. Die Stiftung trias will über weitere Zustiftungen und Mitgliedsspenden von Projekten auf Sicht einen Etat erreichen, der regelmäßiges aktives Arbeiten ermöglicht und trias als ein neues, fantasievolles Finanzierungsinstrument schlagkräftig und einsatzfähig macht. Jede Unterstützung dazu ist willkommen. Weitere Information finden Sie auf unserer home-page.

Der Autor ist Geschäftsführer der Stiftung trias. Kontakt: Stiftung trias, Postfach 80 05 38, D-45505 Hattingen (Ruhr), Tel. 02324 / 90 22 213, Fax 59 67 05, E-Mail: info@stiftung-trias.de, www.stiftung-trias.de. Spendenkonto: 103 269 600 bei der GLS Gemeinschaftsbank eG, Bochum, BLZ 430 609 67

ständig nicht so zu denken, dass wir die Erde buchstäblich in gleiche Teile aufteilen und jedem Menschen einen solchen Teil geben. Das wäre ein Rückschritt in enge, selbstversorgerische Verhältnisse. Weil wenige Landwirte alle anderen Menschen mit ernähren, muss auch nicht jeder über die gleiche Fläche als solche verfügen. Da aber jede Nutzung zugleich andere von der Nutzung eben dieses bestimmten Stückes Erde ausschließt, erfordert die Gleichheitsforderung eine Kompensation, einen gerecht bemessenen Nutzungsausgleich.

Eine Sozialbindung des Eigentums finden wir in unserem Grundgesetz in Artikel 14. Zugleich haben wir aber einen § 903 des bürgerlichen Gesetzbuchs, der den römischen Eigentumsbegriff bekräftigt: Der Eigentümer verfügt im wesentlichen unbeschränkt über die Sache - gleichgültig, ob es sich um Gegenstände des persönlichen Gebrauchs handelt oder um Unternehmen mit Tausenden von Mitarbeitern. Ein Unternehmen ist ein verkäuflicher Vermögenswert geworden und ebenso verhält es sich mit dem Boden. Auf diese Weise hat sich die moderne Fruchtfolge gebildet: Weizen, Zuckerrüben, Bauland.

### ...der Egoismus als Schatten der Individualisierung“

Warum hat sich ein wirklich modernes Eigentums- und Bodennutzungsrecht im oben geschilderten Sinne bisher nicht durchsetzen können? Das hängt gewiss zusammen mit dem Schatten, der über der modernen Entwicklung liegt, der aber zugleich auch Zeugnis gibt von dem Licht, das erstrahlen will: der Egoismus als Schatten der Individualisierung.

Vor allem der Egoismus der Bodenbesitzer hat es verhindert, dass ein modernes Bodenrecht entstanden ist - so kann man es zunächst einmal ganz platt sagen. Der Begründer der modernen Ökonomie, der Schotte Adam Smith, stellt in seinem berühmten Buch von 1776 über die Entstehung des Reichtums der Nationen ganz lapidar fest: „Sobald [...] aller Boden in Privateigentum ist, [...] fordern [...] [die Grundbesitzer] für den natürlichen Ertrag des Bodens eine Rente. Das Holz des Waldes, das Gras des Feldes und alle Früchte der Natur auf dieser Erde, die der Arbeiter, solange der Boden noch allen gehörte, nur einzusammeln und zu ernten brauchte, erhalten nunmehr selbst für ihn einen natürlichen Preis. Er muss nämlich von nun an für die Erlaubnis zum Ernten dieser Früchte etwas bezahlen, indem er dem Landbesitzer einen Teil von dem abgibt, was er durch seine Arbeit eingesammelt oder erzeugt hat.“\*

Das heißt aber doch, dass der Grundbesitzer allein kraft seines Besitzes die Möglichkeit hat, einen Teil der Früchte fremder Arbeit für sich zu beanspruchen, ohne selber dafür arbeiten zu müssen.

Gewiss: die moderne Ökonomie und Sozialphilosophie gehen bei ihrem Eigentumsbegriff und ihrer

\* Adam Smith, Untersuchung über Natur und Ursachen des Reichtums der Nationen (An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations) (1776), Buch I, Kapitel VI.

Schilderung der befreienden Wirkung des Eigentums davon aus, dass Eigentum aufgrund eigener Arbeit entsteht. Wenn in der Erklärung der Menschenrechte der Französischen Revolution davon die Rede ist, dass Eigentum sei ein unverletzliches heiliges Recht, dann denken die Verfasser an Eigentum, das durch eigene Arbeit entsteht.

Aber das ist beim Grundbesitz und bei vielen anderen Eigentumsformen ja höchstens als Grenzfall so. Goethe hat das sehr schön in einem Gedicht beschrieben, das „Kathechisation“ heißt.

Lehrer.  
Bedenk', o Kind! Woher sind diese Gaben?  
Du kannst nichts von dir selber haben.

Kind.  
Ei! Alles hab' ich vom Papa.

Lehrer.  
Und der, woher hat's der?

Kind.  
Vom Großpapa.

Lehrer.  
Nicht doch! Woher hat's denn der  
Großpapa bekommen?

Kind.  
Der hat's genommen.

Kinder und Narren sagen die Wahrheit. Man muss nur lange genug zurückgehen, dann stößt man auf den Raub als Ursache von Eigentumsverteilung.

### „Misstrauen in die Möglichkeit des Menschen ..., Freiheit in Verantwortung zu leben“

Dass man keine anderen Lösungen für das Problem findet, hängt mit dem Misstrauen in die Möglichkeit der Mitmenschen zusammen, Freiheit in Verantwortung zu leben. So glaubt man, eine moderne Ökonomie nur auf das Motiv des Egoismus gründen zu können: Wenn man den Egoismus nicht stimuliert, so die Sorge, dann kommt das gesellschaftliche Leben zum Stillstand, dann wird nichts mehr wirtschaftlich unternommen. Adam Smith war durchdrungen von der Auffassung, dass die Arbeitsteilung den gesellschaftlichen Reichtum ungeheuer mehrt. Zugleich hielt er das Selbstinteresse für die einzige Motivation des wirtschaftenden Menschen.

Arbeitsteilung heißt, etwas für andere zu tun. Egoisten tun aber nun einmal nichts von selbst für andere. Also muss man sie immer an ihrem Egoismus packen und sie mit Gewinn locken. Damit aber das Gewinnstreben nicht die Gesellschaft sprengt, muss man eben dafür sorgen, dass die Egoisten immer gegeneinander ins Rennen geschickt werden. Dadurch wird nicht nur die Beute kleiner, sondern beim Versuch, sich gegenseitig auszustechen, sinken Kosten und Preise. Schließlich tritt hinter dem Rücken der Beteiligten, wie durch eine unsichtbare Hand bewirkt, eine Umverteilung im Sinne des All-



gemeinwohls ein, - obwohl jeder der Beteiligten nur seinen eigenen Vorteil im Sinn hatte. Die Auffassung, der wirtschaftende Mensch - der berühmte „Homo oeconomicus“ - sei ein Nutzen optimierender Egoist und die Konkurrenz bringe notwendig das Gemeinwohl hervor, kennzeichnet eine bis heute vielfach herrschende Auffassung, die man richtiger Weise nicht als Marktwirtschaft, sondern als Marktfundamentalismus bezeichnen sollte.

Diese Theorie ist schon wegen ihres einseitigen Menschenbildes höchst problematisch, zugleich aber außerordentlich genial und daher nicht zu unterschätzen. Auf den Boden angewendet, wird sie allerdings vollkommen unstimmig. Denn auf einem normalen Markt kauft man ja Güter für Geld, welches man wiederum für andere Güter bzw. Leistungen erworben hat. Man hat also - mehr oder weniger gerecht, mehr oder weniger verzerrt durch allerlei Nebeneinflüsse - doch einen Leistungsaustausch. Das ist aber beim Boden gar nicht der Fall: wenn ich mein Haus nicht mehr zum Wohnen brauche, verkaufe ich es mitsamt dem Grund und Boden. Wenn ich den Acker nicht mehr selbst bewirtschafte und auch meine Kinder nicht mehr Landwirtschaft treiben wollen, dann verkaufe ich ihn. Eigentlich lässt man sich also nicht Leistung, sondern im Gegenteil die Nichtleistung bezahlen. Das ist kein Austausch von Äquivalenten! Und damit kann zwar der Egoismus umso stärker wirken, nicht jedoch die Konkurrenz.

Man kann fragen, warum man das überhaupt in Kauf genommen hat, wenn es doch eigentlich ein Element ist, das gar nicht marktwirtschaftskonform ist. An dieser Stelle muss man aber sehen, dass die Verkäuflichkeit des Bodens, so sehr sie ein Stück weit dem Marktgedanken widerspricht, doch auch zur Dynamik des marktwirtschaftlichen Kapitalismus sehr stark beigetragen hat. Das geschah dadurch, dass man den Boden benutzte als Mittel der Kreditschöpfung. Dass man Kredit bekommen kann durch eine Hypothek auf Grund und Boden, hat eine große gesellschaftliche Dynamik in Gang gebracht, die bis heute anhält, sich zum Teil sogar noch verstärkt. Wir haben in dem Bodenmarkt einen „Scheinmarkt“ vor uns. Aber da wir die Kreditschöpfung weitgehend nur auf derartige Scheinsicherheiten gründen, nimmt man den Scheinmarkt billigend in Kauf, nach dem Motto: letztlich nützt es doch der wirtschaftlichen Entwicklung.

Und scheinbar ist es ja auch so. Man betrachte nur noch einmal die Situation in der Sowjetunion und den anderen Umbruchländern nach 1989. Da kamen die Geschäftsleute aus dem Westen und sahen sich die ehemals „volkseigenen“ Betriebe an. Und dann wurde taxiert: die Gebäude, die Maschinen und Anlagen, das ist veraltet und nichts wert. Aber die Verwertung des Bodens, das ist wie eine Goldgrube. Da war es schwer, sich für ein neues Bodenrecht zu erwärmen! Blicken Sie heute nach Shanghai oder andere chinesische Boomregionen und sehen Sie, was die Kreditschöpfung über Hypotheken für eine wirtschaftliche Dynamik ausgelöst hat. Das scheint mir einer der wesentlichsten Gründe dafür, dass man das Problem bis heute nicht wirklich angegangen ist.

## „Immer wieder hat es ... Bewegungen gegeben, die versucht haben, zu einer gerechteren Bodenordnung ... zu kommen

Immer wieder hat es in dieser Neuzeit Bewegungen gegeben, die versucht haben, zu einer gerechteren Bodenordnung und zu einer gerechteren Gesellschaftsordnung zu kommen.

Da ist einmal die sozialistische Bewegung, die das Thema ganz scharf ins Visier genommen hat; „Privateigentum ist Diebstahl“ hieß es. Diese sozialistische Bewegung ist dann allerdings im Marxismus auf einen Eigentumsbegriff verfallen, bei dem es darum geht, alles in Gemeineigentum zu verwandeln. Man hat also die Initiativseite der notwendigen modernen Eigentumsformen nicht wirklich berücksichtigt.

Dennoch finden wir, wenn wir Marx im Originalton zur Kenntnis nehmen, auch sehr weitsichtige Bemerkungen. So schrieb er zum Beispiel: „Vom Standpunkt einer höheren ökonomischen Gesellschaftsformation wird das Privateigentum einzelner Individuen am Erdball ganz so abgeschmackt erscheinen wie das Privateigentum eines Menschen an einem andern Menschen. Selbst eine ganze Gesellschaft, eine Nation, ja alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammengenommen, sind nicht Eigentümer der Erde. Sie sind nur ihre Besitzer, ihre Nutznießer, und haben sie als boni patres familias [gute Familienväter] den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen.“\* „Wir haben die Erde von unseren Kindern geerbt“, so heißt das später in der grünen Bewegung.

Ich möchte mich nun den ausgesprochenen Bodenreformern in der sozialen Bewegung zuwenden. Welche Ideen zu einer Bodenreform hat es seit dem 19. Jahrhundert gegeben? Wenigstens einiges davon sei hier skizziert.

### Henry George

Zu denen, die hier zu nennen sind, gehört der US-Amerikaner **Henry George** (1839 - 1897), ein Journalist und Sozialreformer, - der auch als Seemann und Goldgräber gearbeitet hatte. Er studierte besonders die Armut und das Wohnungselend in den Städten. Dabei kam er auf den Gedanken, dass diese ganz eng mit der Bodenfrage zusammenhingen. Daher müsse man das Bodenproblem lösen, wenn man die Armut bekämpfen wolle. Der Boden ist knapp und nicht vermehrbar; seine Besitzer können aufgrund ihres Monopols anderen für die Nutzung einen Tribut auferlegen: die Bodenrente.

Henry George schlägt nun vor, nicht etwa den Boden zu verstaatlichen, sondern die Bodenrente durch eine Bodenwertzuwachssteuer zu sozialisieren. Die ungerechtfertigten Vorteile aus Bodenbesitz sollen steuerlich abgeschöpft und rückverteilt werden. Henry George war der Auffassung, durch eine solche „single tax“ könne man die Einnahmen für das gesamte Staatswesen gewinnen, man brauche keine andere Steuer mehr. Wohl gemerkt: Es geht dabei nicht um den Verdienst, den jemand aufgrund seiner Arbeit als Landwirt, Hausverwalter oder Wohnungsbaunternehmer

\* Karl Marx: Das Kapital, III. Band, 46. Kapitel.

mer erzielt, sondern zum Beispiel um das, was aus der lagebedingten Wertsteigerung eines Grundstücks oder eines Hauses an Zugewinn in Form höherer Mieten, Pachten oder Verkaufserlöse folgt: man denke an ein Geschäftshaus in einer sogenannten „ersten Auflage“ oder an die Wertsteigerung des Ackers, der zum Messegelände wird.

### Adolf Damaschke

In ähnlicher Richtung wirkte dann in Deutschland **Adolf Damaschke** (1865 - 1935), Volksschullehrer und Lebensreformer. In Berlin betrachtete er das Wohnungselend. Stark christlich orientiert, stützte er sich in seiner Argumentation auf die Bibel: Zwar dürften Menschen das Land, das ihnen Gott als Leihgabe gegeben habe, nützen, Ansprüche hätten sie jedoch nur auf den Ertrag ihrer Arbeit und nicht auf den Geldwert des Boden, den sogenannten Bodenertragszuwachs. Wie Henry George wollte Damaschke diesen Bodenwertzuwachs steuerlich abschöpfen.

Er fand eine große Anhängerschaft. Man muss wissen, dass in der Weimarer Nationalversammlung über 70 „Damaschkianer“ verschiedener parteipolitischer Couleur saßen. Das spiegelt sich auch in einzelnen Formulierungen der Weimarer Reichsverfassung von 1919. So findet man dort im Artikel 155 den Satz: „Die Wertsteigerung des Bodens, die ohne eine Arbeits- oder Kapitalaufwendung auf das Grundstück entsteht, ist für die Gesamtheit nutzbar zu machen.“ Das ist eine Formulierung, die viel weiter geht als unser heutiges Grundgesetz. Leider blieb sie in der Praxis weitgehend unwirksam. - Damaschke hat nicht nur allgemeine Vorschläge gemacht, wie man das Bodenproblem im Großen lösen könne, sondern hat sich an Siedlungsgenossenschaftsprojekten beteiligt, also auch den Weg der Veränderung im Kleinen gesucht.

### Silvio Gesell

Noch eine wichtige Persönlichkeit ist zu erwähnen: der Kaufmann und Geldtheoretiker **Silvio Gesell** (1862 - 1930). Auch Gesell hat Vorschläge für eine große gesellschaftliche Umgestaltung gemacht. Seine letzten Lebensjahre verbrachte er in einem Reform-Siedlungsprojekt, der Obstbaugenossenschaft Eden bei Oranienburg. Silvio Gesell betont sehr stark, dass die Erde nicht Völkern, nicht Staaten gehört, sondern nur dem Einzelnen. „Dem Boden und seinen Schätzen gegenüber gibt es keine Völkerrechte, kein Massenrecht, keine Staatshoheitsrechte. Das Völkerrecht darf sich nur auf das beziehen, was Menschenhand geschaffen. Sobald wir den Völkern Rechte einräumen, die über das Recht des Einzelmenschen hinausgehen, verwandelt sich solches Recht in Krieg. Alle Menschen, jeder einzelne Mensch, hat auf den Boden, auf den ganzen Erdball die gleichen unveräußerlichen Rechte, und jede Einschränkung dieses Urrechtes bedeutet Gewalt, bedeutet Krieg. Darum wiederhole ich: Will man den Völkerfrieden, so muss dieser ersten Forderung genügt werden, allen Menschen, restlos allen Menschen gehört die Erde, und weg mit dem Massenrecht, weg mit der Staatshoheit, die dieses Urrecht antastet!“\*

\* Silvio Gesell: Die Natürliche Wirtschaftsordnung, Rudolf Zitzmann Verlag; Lauf bei Nürnberg; 9. Auflage; August 1949; Herausgeber: Karl Walker. Zweiter Teil: Freiland, Einleitung: Freiland, die eherne Forderung des Friedens, Vortrag, gehalten

Jeder einzelne Mensch auf dem ganzen Erdball hat also auf den Boden die gleichen unveräußerlichen Rechte, das Recht auf ein Stück der Erde. Das ist nicht buchstäblich zu nehmen, sondern im Sinne eines gerechten Anteils an dem Ertrag, den uns die Erde schenkt. Gesells Vorschlag ist aber anders als die beiden vorgenannten. Er sagt nicht: Wir lassen erst einmal die Bodenrente beim Grundeigentümer entstehen und verteilen sie dann zurück. Sondern er sagt: Wir lassen unabhängige Ämter - mit dem Staat zusammenhängend, aber doch unabhängig - den Boden mittels verzinslicher Staatspapiere zurückkaufen, und dann werden diese Bodenflächen verpachtet - und zwar an die Meistbietenden. Gesell sagt: die Marktwirtschaft ist ganz in Ordnung, aber sie hat einen Konstruktionsfehler: sie funktioniert beim Boden nicht. (Und sie funktioniert beim Geld nicht, wobei das hier nicht unser Thema ist.) Wir stellen, so Gesell, eigentlich den Marktmechanismus erst richtig her, wenn wir einen Wettbewerb der Pachtwilligen um die Bodennutzung hervorrufen. Die Idee dahinter ist, dass der, der die höchste Pacht bieten kann, auch der „beste Wirt“ ist, den Boden am besten bewirtschaften wird. Das kann man hinterfragen, aber richtig ist jedenfalls, dass Gesell den Finger auf die Wunde legt und zeigt, dass unser Bodenrecht nicht marktwirtschaftskonform ist und auch nicht demokratiekonform.

Zukunftsweisend ist vor allem die Idee, die Gesell dazu entwickelt, was geschehen könne mit dem, was über die Pacht eingenommen wird. Er sagt nämlich, dass dieses Einkommen an die Menschen verteilt werden muss. Dabei denkt er zunächst an die Mütter und an die Kinder, letztlich führt das aber zu der Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens für alle Menschen. Dafür war die Zeit damals noch nicht reif. Aber wenn man die sogenannte Mutterrente, die Silvio Gesell vorschlägt, weiterdenkt, kommt man zur dieser Idee. Ein bedingungsloses Grundeinkommen würde tatsächlich sicher stellen, dass jeder Mensch, weil er eben die Erde bewohnt, auch ein Recht hat auf einen Teil des Ertrags, der aus der Erde und auf ihr entsteht.

### Rudolf Steiner

Wenn wir über Bodenreform sprechen, dann dürfen wir einen weiteren Namen nicht vergessen: Rudolf Steiner (1861 - 1925). In der gleichen Zeit, in der auch Damaschke und Gesell wirkten - Gesell war übrigens kurze Zeit Finanzminister der Münchner Räterepublik - versuchte Steiner eine große soziale Erneuerungsbewegung im Sinne einer „Dreigliederung des sozialen Organismus“ in Gang zu setzen, bei der ein neues Bodenrecht einen wichtigen Bestandteil bilden sollte.

Diese Dreigliederung des sozialen Organismus beinhaltet die relative Selbstständigkeit des Kulturbereichs, der Rechtssphäre und der Ökonomie, die nur in dieser Selbstständigkeit fruchtbar zusammenwirken können. Steiners entscheidendes Argument lautet: in der Art und Weise, wie wir heute mit dem Boden umgehen, verquicken wir permanent Recht und Ökonomie und verstoßen damit gegen die Lebensnotwendigkeiten des sozialen Organismus! „Wenn jemand durch Kauf ein Grundstück erwirbt, so muss das als ein Tausch des

in Zürich am 5. Juli 1917.

Grundstücks gegen Waren, für die das Kaufgeld als Repräsentant zu gelten hat, angesehen werden. Das Grundstück selber aber wirkt im Wirtschaftsleben nicht als Ware. Es steht in dem sozialen Organismus durch das Recht darinnen, das der Mensch auf seine Benützung hat. Dieses Recht ist etwas wesentlich anderes als das Verhältnis, in dem sich der Produzent einer Ware zu dieser befindet. In dem letzteren Verhältnis aber liegt es wesenhaft begründet, dass es nicht übergreift auf die ganz anders geartete Beziehung von Mensch zu Mensch, die dadurch hergestellt wird, dass jemandem die alleinige Benützung eines Grundstücks zusteht. [...] es handelt sich darum, dass mit dem Tausch des Rechtes mit der Ware das Recht selbst zur Ware gemacht wird, wenn das Recht innerhalb des Wirtschaftslebens entsteht.“\*

Ein Recht darf nicht käuflich sein, hier geht es vielmehr um die Frage, wem wir das Recht aus welchen Gründen und unter welchen Bedingungen zusprechen. Das müssen wir als große staatliche Rechtsgemeinschaft oder als Vertragsgemeinschaft zwischen Gruppen oder einzelnen Menschen miteinander ausmachen. Wenn man Recht und Ökonomie vermischt, machen wir das Recht käuflich und damit den sozialen Organismus krank.

### **„... der Sozialbindungsgedanke wird nicht zu Ende gedacht, geschweige denn konsequent umgesetzt“**

Die Dreigliederungsbewegung konnte damals nicht durchdringen, ebenso wenig wie all die anderen Reformgedanken aus der Frühzeit der Weimarer Republik. Aber aus den Impulsen der Dreigliederung entstanden viele Initiativen, in denen Menschen neue Wege suchten, besser mit Grund und Boden im Kleinen umzugehen. Das Scheitern der Weimarer Reformgedanken war sicher ein wesentlicher Grund dafür, dass dann 1933 der Rückfall in die Barbarei kam. „Blut und Boden“ wurde die Devise - das Gegenteil von sozialer Bodennutzung in einer modernen mündigen Gesellschaft.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs gibt es Ansätze zu einer Neuordnung des Eigentums, die aber nicht besonders weit gehen und durch den Kalten Krieg mit seiner ideologischen Frontbildung zwischen Privat- und Staatseigentum bald zurückgedrängt werden. Immerhin gibt es in der Bundesrepublik die bereits erwähnte Formulierung des Art. 14: Eigentum verpflichtet und sein Gebrauch hat zugleich dem Wohle der Allgemeinheit zu dienen. Das bleibt aber ziemlich unkonkret. Der Sozialbindungsgedanke wird nicht zu Ende gedacht, geschweige denn konsequent umgesetzt. Immerhin kommt man so weit, dass man durch den demokratischen Rechtsstaat die Bodennutzung „sortiert“. Das heißt: die Allgemeinheit hat das Recht zu sagen, was Gewerbegebiet sein soll, was Wohngebiet und so weiter. Viel weiter kommt man allerdings nicht. Es gibt eine Grundsteuer, aber sie bezieht sich auf Einheitswerte, die fast nichts mit dem

\* Rudolf Steiner: Die Kernpunkte der sozialen Frage in den Lebensnotwendigkeiten der Gegenwart und Zukunft, GA 23, Taschenbuchausgabe Dornach 1973, S. 58f.

Verkehrswert der Grundstücke zu tun haben. Man hat eine Grunderwerbssteuer und richtet Spekulationsfristen ein, aber letztlich wird doch nur an den Symptomen des Bodenunrechts herumkuriert. Man lässt erst eine unsoziale und undemokratische Bodenordnung zu und verteilt dann Wohngeld und andere Wohltaten, um die Folgen abzumildern.

So sind wir auch in dieser Bundesrepublik, die auf ihren sozialen Standard stolz ist, mit vielfältigen Schwierigkeiten konfrontiert, die ihre Wurzel im Bodennutzungsrecht haben: Wer ökologische Landwirtschaft betreiben will, kann häufig die Fläche nicht bezahlen, es sei denn er findet Spender. Wer eine Wohnung sucht, zahlt in der Miete beziehungsweise im Kaufpreis den Anteil mit, der durch den Bodenpreis bedingt ist. Je nach Lage und Berechnungsweise sind das 20 %, 40 %, manchmal sogar 50 % Bodenpreisanteil.

Diese Dinge erzeugen gewaltige Umverteilungseffekte in der Gesellschaft. Wenn wir heute eine immer größere Spreizung der Einkommen haben, dann hängt das mit vielen Ursachen zusammen, die im Geldwesen liegen. Aber es hängt vor allem auch mit dem ständigen Wachstum der Bodenwerte zusammen, das zu einer permanenten Umverteilung führt. Der Nachnutzer eines Grundstücks ist immer schlechter gestellt als der Vornutzer. Das Problem ist allerdings, dass viele Nachnutzer das deshalb gelassen in Kauf nehmen, weil sie sich schon ausrechnen, dass ihr späterer Nachnutzer ihnen noch mehr wird bezahlen müssen und damit noch schlechter gestellt sein wird. Wir stoßen da an das altbekannte Problem, dass viele Sklaven nicht davon träumen, die Sklaven zu befreien, sondern selber Sklaven zu besitzen. Wenn in der Schweiz bei Volksabstimmungen Bodenreformgesetze niemals eine Mehrheit fanden, kommt das nicht daher, dass die Mehrheit der Schweizer Haus- und Grundbesitzer wären, sondern eher daher, dass eine Mehrheit darauf spekuliert, es eines Tages zu sein.

Solche Denkblockaden haben auch mit dazu beigetragen, dass 1989 die große Chance des Umbruchs nicht

## **Erbbaurecht**

Erbbaurecht, veräußerliches und vererbliches Recht, auf einem fremden Grundstück ein Bauwerk (z. B. ein Haus) zu errichten (Verordnung vom 15. 1. 1919). Es entsteht durch Einigung und Eintragung ins Grundbuch. Als grundstücksgleiches Recht ist das Erbbaurecht belastbar, wovon das Grundeigentum unberührt bleibt. Der Erbbauberechtigte ist in der Regel verpflichtet, den Erbbauzins zu zahlen (wiederkehrendes Entgelt). Das Erbbaurecht erlischt nach Ablauf der vereinbarten Zeit. Das Eigentum am Bauwerk geht dann auf den Grundeigentümer über, der zur Zahlung einer Entschädigung verpflichtet ist. Eine besondere Art der Übertragung ist der Heimfall, das heißt die Verpflichtung des Erbbauberechtigten, beim Eintritt bestimmter Bedingungen das Erbbaurecht auf den Eigentümer des Grundstücks zu übertragen (gegen angemessene Vergütung).

(Entnommen aus Meyers Lexikon online, <http://lexikon.meyers.de/meyers/Erbbaurecht>)

genutzt werden konnte, obwohl es in den Umbruchländern kein privates Bodeneigentum im westlichen Sinne gab. Die Situation wäre offen gewesen, aber die Chance wurde verpasst - auch deshalb, weil es im Westen keine wirklich entwickelte Diskussion um ein modernes Bodennutzungsrecht gab. In den 70er Jahren gab es einmal Ansätze dazu. Damals machten der SPD-Bundestagsabgeordnete Peter Conradi und andere Politiker entsprechende Vorschläge, aber 1989 war diese Diskussion bereits lange abgeebbt. Nach der Wende versuchten wir, mit Peter Conradi und mit Freunden vom Seminar für freiheitliche Ordnung in Bad Boll, das Deutsche Institut für Urbanistik zu veranlassen, einen Kongress zu veranstalten, der besonders für Vertreter der Kommunen in den neuen Bundesländern ausgelegt war. Die Idee war, ihnen das Erbbaurecht (vgl. Kasten S., 11) schmackhaft zu machen - nach dem Motto: versilbert jetzt nicht alle eure Grundstücke, sondern schaut einmal auf gute Beispiele wie Stockholm und Wolfsburg, die zeigen, wie es anders geht. Leider hat es nichts gefruchtet, - auch nicht die Anwesenheit des Leiters des Liegenschaftsamtes der Stadt Wolfsburg. Ich kenne kein Beispiel dafür, dass man die Vorschläge des Kongresses umgesetzt hätte. Zu stark war der Druck, zu groß die Verführung, sich über Verkäufe scheinbar zu sanieren, als dass man die nachhaltige Wirkung von Erbbaurechten als Instrument der kommunalen Politik und auch ihrer Finanzierung aufgegriffen hätte.

So kam es nach 1989 zu einer Entwicklung, durch die sich der Gedanke der Verkäuflichkeit von Grund und Boden im Zusammenhang mit dem Vormarsch der marktfundamentalistischen Denkweise noch radikalisiert hat. Das Stichwort lautet „neoliberale Globalisierung“.

### „Wenn ... der Boden unverkäuflich ist, dann muss seine Übertragung ... kaufpreislos erfolgen“

Bleibt die Frage zu beantworten: Was müsste heute im Umgang mit Grund und Boden verändert werden, und wie?

Wenn es richtig ist, dass der Boden keine Ware sein kann im Sinne des Leistungsaustauschs, dann folgt daraus, dass er eigentlich unverkäuflich ist. Wenn aber der Boden unverkäuflich ist, dann muss seine Übertragung von einem Nutzer auf den anderen, von einem Bewohner auf den anderen, kaufpreislos erfolgen. Das ist die einfachste Möglichkeit. Sicherlich gibt es eine Reihe anderer möglicher Lösungen, meiner Auffassung nach wäre diese jedoch die einfachste und konsequenteste. Udo Herrmannstorfer hat sie 1991 in seinem Buch „Scheinmarktwirtschaft“ vorgeschlagen.\*

Gegen eine kaufpreislose Übertragung des Bodens gibt es sofort eine Reihe von Einwänden. Der erste lautet, der Vorschlag sei unvereinbar mit der Rechtsordnung, es handele sich um einen vom Grundgesetz nicht gedeckten Eingriff in Eigentumsrechte. Dazu darf allerdings auf ein Urteil des Verfassungsgerichts hingewiesen werden, in dem es heißt: „Die Tatsache, dass der Grund und

\* Udo Herrmannstorfer, Udo: Scheinmarktwirtschaft. Arbeit, Boden, Kapital und die Globalisierung der Wirtschaft. 3. Aufl. Stuttgart 1997.

Boden unvermehrbar und unentbehrlich ist, verbietet es, seine Nutzung dem unübersehbaren Spiel der Kräfte und dem Belieben des einzelnen vollständig zu überlassen; eine gerechte Rechts- und Gesellschaftsordnung zwingt vielmehr dazu, die Interessen der Allgemeinheit beim Boden in weit stärkerem Maße zur Geltung zu bringen als bei anderen Vermögensgütern [...] Es liegt hierin die Absage an eine Eigentumsordnung, in der das Individualinteresse den unbedingten Vorrang vor den Interessen der Gesellschaft hat.“\*\* Hier zeigen sich durchaus rechtliche Möglichkeiten.

Ein zweiter gewichtiger Einwand lautet: Durch die kaufpreislose Übertragung entsteht doch Filz, Bürokratie. Der Skeptiker sieht im Geiste schon die Ämter vor sich, die ihm nötig scheinen, um zu bestimmen, wer den Boden nutzen darf. Da erscheint Silvio Gesells Vorschlag der Verpachtung an den Meistbietenden manchen eleganter. In der Tat wäre das natürlich auch ein möglicher Weg - ebenso wie die Bodenwertzuwachssteuer. Man soll sich nur nicht täuschen: überall stößt man auf dasselbe Problem. Mit ihm muss man sich auf jeden Fall auseinandersetzen. Wo Ämter den Boden verpachten, da wird es auch Filz geben. Und die Rückverteilung der Bodenertragszuwachssteuer ist auch nicht problemfrei, aus zwei Gründen: Einmal bringt Rückverteilung immer ein Akzeptanzproblem mit sich: Man hat die Empfindung, ich habe erst etwas bekommen und jetzt nimmt man es mir wieder weg. Zum anderen kann man etwa an der EU die Bürokratieprobleme von Rückverteilungsprozessen studieren.

Das entscheidende Gegenargument aber lautet: Bei der kaufpreislosen Übertragung braucht man gar nicht an eine Verteilungsbürokratie zu denken. Es ist viel einfacher. Man sagt, der Boden ist ja genutzt und der oder die bisherigen Nutzer können in der Regel am besten entscheiden, wer Nachnutzer werden soll.

Wir brauchen kein Gemeineigentum im alten Sinne, sondern wir brauchen eine Eigentumsform, bei der die Gesellschaft sozusagen der Treuhänder ist, während der jeweilige Nutzer so gestellt ist wie bisher ein Eigentümer. Mit dem einen Unterschied: Er kann nicht mehr verkaufen. Er kann nur noch das Nutzungsrecht kaufpreislos übergeben. Das ist im Grunde die Antwort. Also brauchen wir keine Instanzen, die das von oben bestimmen. Wenn es nicht um eine Erstnutzung geht, gibt es eben einen Nutzer und der kann in der Regel am besten beurteilen und bestimmen, wer kommt nach mir, wenn er sich von der Nutzung zurückzieht.

### „Die ... vorgeschlagene Lösung ... ein ‚Bodennutzungsausgleich‘“

Wie ist es mit den Bebauungen? Ich stimme mit denen überein, die sagen, dass man Bebauungen im Gegensatz zum Boden verkaufen können muss. Ein Haus ist das Ergebnis von Leistungen von Architekt, Handwerkern und so weiter; sie müssen vergleichbar sein mit anderen Leistungen, und ebenso wie diese über einen Geldwert erfassbar. Nur dasjenige, was eben nicht die Frucht

\*\* Beschluss vom 12.1.67 (I BvR 169/63), zit. nach Herrmannstorfer, a.a.O., S. 76.

menschlicher Leistung ist, sondern Geschenk der Natur oder was sich der glücklichen Lage eines Grundstücks verdankt, muss man anders behandeln. Der Normalfall wäre also, dass der Eigentümer sein Haus verkauft und dass dabei das Nutzungsrecht am Boden an den Hauskäufer als neuen Nutzer übergeht.

Mit dem Nutzungsrecht wird auch die Verpflichtung weitergereicht, einen Ausgleich dafür zu zahlen, dass andere von der Nutzung ausgeschlossen sind. Gesell will diese Kompensation über die Pacht erreichen, andere über die steuerliche Abschöpfung des Bodennutzungswachses. Die von Herrmannstorfer vorgeschlagene Lösung ist ein „Bodennutzungsausgleich“, den der jeweilige Eigentümer an die Allgemeinheit zu entrichten hat. Diese Abgabe muss selbstverständlich sinnvoll gestaffelt sein, so dass etwa der höhere Nutzungswert für ein Haus in der Fußgängerzone einer Großstadt richtig abgebildet wird.

Über die Gesichtspunkte, nach denen die Staffelung erfolgt, kann man sich verständigen. Durch das Prinzip der Staffelung entsteht eine größere Gestaltungsmöglichkeit, als wenn nur das höchste Gebot entscheiden würde. Jetzt kann sich die Gemeinschaft fragen, was sie besonders fördern will. Vielleicht eine Bauweise, die der Zersiedelung der Landschaft entgegenwirkt? Man könnte die Investition in eine Solaranlage auf den Bodennutzungsausgleich anrechnen. Ökologische Landwirtschaft könnte vom Bodennutzungsausgleich freigestellt und so gefördert werden; das wäre zugleich ein aktiver Beitrag zum Klimaschutz. Denn Bio ist prima fürs Klima, das ist bewiesen!

Eine andere Frage ist die der Entschädigung. Das Grundgesetz erlaubt keine entschädigungslose Enteignung und das ist gut so. Es handelt sich zwar nicht um eine Enteignung, aber doch um einen schwerwiegenden Eingriff in bisherige Rechte der Eigentümer, so dass diese Regelung hier greift. Allerdings darf man sich nicht vorstellen, alle Häuser müssten zum Verkehrswert entschädigt werden: Dann würde es unbezahlbar. Aber hier lauert eine Denkfalle. Gerechter Weise müsste nämlich gar nicht der Verkehrswert entschädigt werden. Alle Häuser nach dem heutigen Verkehrswert zu entschädigen wäre geradezu eine Fiktion. Denn man stelle sich einmal vor, dass plötzlich alle Häuser und Grundstücke auf einmal zum Verkauf stehen: dann würde das Überangebot die Verkehrswerte drastisch reduzieren.

Wenn wir sagen, dass wir niemandem einfach wegnehmen dürfen, was er erworben hat, dann würde dem ja durchaus genüge getan, wenn wir den Anschaffungswert des Grundstücks ersetzen, inflationsbereinigt und vielleicht mit einem Zuschlag. Das wiederum könnte angerechnet werden auf den Bodennutzungsausgleich, so dass die Entschädigung über eine zeitweilige Freistellung von der Zahlung des Bodennutzungsausgleichs geleistet werden könnte. Damit so etwas Wirklichkeit werden kann, müssen genügend Menschen eine solche Lösung denken können, bei der eigentlich fast alle gewinnen und die in diesem Bereich wirklich demokratische Verhältnisse schaffen würde.

Die Kreditsicherung müssen wir anders lösen. Wir müssen vom „Realkredit“ wegkommen und hingelangen

zum „Personalkredit“ (R. Steiner). Damit ist gemeint, dass die wirkliche Sicherheit gar nicht in den dinglichen Gütern liegt und noch weniger im „Scheinwert“ des verkäuflichen Bodens. Die eigentliche Sicherheit, an die wir glauben können - Kredit hat mit „credere“ = „glauben, vertrauen“ zu tun - das sind die Fähigkeiten von Menschen, die aus dem Geld, das wir ihnen anvertrauen, erst etwas machen. Nur trauen wir uns nicht recht zu, das zu beurteilen. Wegen dieses unseres Unglaubens bekommt heute nur derjenige Kredit, der schon Geld hat, nur gerade nicht flüssig in Geldform, sondern zum Beispiel in Form eines Grundstücks.

Auch andere Dinge im Zusammenhang mit dem Boden müssten wir ändern. Das Erbrecht und auch die Erbschaftssteuer sind zum Beispiel ein solches Thema. Früher war die Vererbung eines Hofes eine Art Schenkung im Blutstrom, bei der der Hof an einen Sohn überging, der weiter für die landwirtschaftliche Nutzung sorgen konnte. Heute nimmt nur zu oft der Sohn nicht den Hof, sondern er ergreift einen anderen Beruf. Nun kommt jemand, der den Hof auf Ökolandwirtschaft umstellen will. Was früher die Nutzung erleichterte, ja ermöglichte, wird heute zur Behinderung: Der Nutzer muss das Grundeigentum vom Erben für teures Geld erwerben. Und so führt uns das Nachdenken über die Bodenfrage noch auf viele weitere Fragen nach dem gesellschaftlichen Veränderungsbedarf.

Etwas wenigstens muss hier noch angemerkt werden, auch wenn es nicht entfaltet werden kann: Ich habe am Anfang davon gesprochen, dass „Boden“ als Inbegriff für die uns tragende Natur aufgefasst werden kann. Wenn das so ist, müssen wir nicht nur vom Erdboden als solchem, sondern auch vom Wasser, der Luft und den Bodenschätzen sprechen. Heute wird uns die Knappheit dieser Ressourcen bewusst. Aus ihr entstehen Knappheitsrenten. Und wir müssten deshalb dafür sorgen, dass zum Beispiel die Wasserversorgung, nicht privatisiert und kommerzialisiert wird. Eine große Diskussion wird heute um die Privatisierung der öffentlichen Güter geführt. Weltweit agierende Konzerne wollen diese Privatisierung, weil sie enorme Geschäfte verspricht. Das Abkommen der Welthandelsorganisation WTO über den Handel mit Dienstleistungen - zu denen auch die Wasserversorgung gehört -, und andere Abkommen liegen ganz auf dieser Linie, weil sie solche Privatisierung erleichtern, ja teilweise erzwingen. Den Zugang zum Wasser aber müssen wir als Menschenrecht anerkennen. An dem, was die Natur uns schenkt - und dazu gehören auch die Rohstoffe - muss jeder Mensch einen Anteil haben. Die Bodenschätze gehören ebenso wenig einfach denen, die darauf sitzen, wie sie den mächtigen Ölkonzernen und anderen Konzernen gehören. Sie gehören der ganzen Menschheit - und wir müssten Formen finden, wie das, was allen gehört, auch allen zu Gute kommt.

### „Die Welt ist keine Ware ... Eine andere Welt ist möglich“

Viele Menschen haben sich auf die Suche nach neuen Formen des Zusammenlebens und Zusammenarbeitens gemacht. Viele Initiativen gibt es, die an unterschiedlichen Punkten für eine andere, eine neue Welt der

sozialen Gerechtigkeit und der Menschlichkeit arbeiten. In den Kontext dieser Bemühungen können und müssen wir die Arbeit für einen neuen Umgang mit Boden, Ökologie und Wohnen einordnen. Das gilt auch für die Stiftung trias.

Am Ende des letzten Jahrtausends, 1999 im US-amerikanischen Seattle, scheiterte die dritte Gipfelkonferenz der 1995 gegründeten Welthandelsorganisation WTO. Die Proteste und Demonstrationen der „Battle of Seattle“ zeigten, dass sich eine neue Kraft formiert hatte in der Weltarena. Wir sprechen von ihr als der globalen Zivilgesellschaft. Diese zivilgesellschaftliche Bewegung ist eine soziale Bewegung neuen Typs. Denn sie ist nicht zentral geleitet, sondern horizontal vernetzt; sie organisiert sich vielfach spontan, das heißt es übernehmen Gruppen die Verantwortung in einer Frage, andere Gruppen in anderen Fragen. „Die Welt ist keine Ware“ lautet eine der „Parolen“ dieser Bewegung.

Diese zivilgesellschaftliche Bewegung hat sich einen freien Raum - frei von ökonomischen Profitinteressen und politischen Machtinteressen - geschaffen, in dem über Alternativen der gesellschaftlichen Entwicklung, also auch über eine Erneuerung des Bodenrechts, diskutiert werden kann und auch diskutiert wird. Ich spreche von den Weltsozialforen, die zuerst in Brasilien stattgefunden haben, dann in Indien und in diesem Jahr in Nairobi, in Kenia - und die auch zahlreiche kontinentale, nationale und regionale Foren zur Folge gehabt haben. Das ist - ich kann das aus eigener Erfahrung der Teilnahme sagen - ein Raum freien Austauschs, der wie eine Art Brutkasten für neue Ideen wirken kann. Es ist aber auch ein Raum, wo man sich austauscht über Initiativen, die jetzt im Kleinen die Dinge schon anders machen. Die Losung, unter der das Ganze steht, lautet: „Eine andere Welt ist möglich.“ Diese Losung gewinnt eben dadurch an Strahlkraft, dass man sagen kann, diese andere Welt wird an einzelnen Punkten, an dieser oder jener Stelle der Erde, von dieser oder jener Initiative schon im Leben antizipiert. Das ist nicht nur eine Vorstellung, nicht nur ein Ideal, das uns ganz allgemein leitet, sondern das ist ein Ideal, das schon in der Wirklichkeit aufleuchtet, sichtbar wird und tätig ist.

Im November gab es in Berlin einen großen Kongress „Solidarische Ökonomie“. Die Veranstalter waren selbst überrascht, dass dort 1.400 Menschen aus den verschiedensten Ländern erschienen. Darunter viele, die Initiativen vertraten, die mit Bodennutzung, Ökologie und Wohnen zu tun haben: Landwirtschaftskooperativen, die Landlosenbewegung in den Ländern Lateinamerikas und andere Bewegungen, die versuchen, zu einer gerechteren Verteilung des Bodens zu kommen. Brasilien hat übrigens einen eigenen Staatssekretär für solidarische Ökonomie, Paul Singer, der bei dieser Konferenz anwesend war. Wie immer man seine Arbeit bewertet: die Lula-Regierung will offenkundig etwas bewegen in diesem Bereich.

Ein Thema, das beim dem Kongress eine Rolle spielte, war: Wie können die vielen Initiativen so arbeiten, dass sie nicht nur jede für sich etwas anders und besser machen, sondern Effekte erzielen, durch die auch bessere Bedingungen für andere Initiativen ent-

stehen? Baut, um ein Beispiel zu nennen, eine Wohnungsbaugenossenschaft nur solange Wohnungen, bis alle Genossen eine haben? Oder geht es dann weiter? Kauft eine Initiative Land aus dem Kreislauf der Spekulation heraus und nur der eine Ökohof, der dieses Land nutzt, hat die Vorteile? Oder wird ein Teil des Vorteils weitergegeben, damit auch andere Initiativen Land nutzen können?

### „... die Bewegung für eine andere Welt braucht ... Initiativen wie trias“

Ich denke, es wäre eine große Chance für eine Stiftung wie trias, beizutragen zur Vernetzung zwischen verschiedenen Projekten - Wohnprojekten, landwirtschaftlichen Projekten, ökologischen Projekten - so dass zwischen ihnen immer mehr Solidar- und Synergieeffekte entstehen.

Man sollte die unglaublich schwierige, aber auch so notwendige Veränderungsarbeit im Rahmen einzelner Initiativen und Projekte auch nicht in Gegensatz bringen zur gesamtgesellschaftlichen Veränderungsarbeit, die wir leisten müssen.

In einem Aufsatz Rudolf Steiners von 1920 gibt es eine wunderbare Stelle: „Das Neue stellt sich neben das Alte hin. Jenes hat sich durch seine innere Kraft und Berechtigung zu bewähren; dieses bröckelt aus der sozialen Organisation heraus. Die Dreigliederung ist nicht ein Programm für das Ganze des sozialen Organismus, das fordert, dass das ganze Alte aufhöre und alle Dinge neu ‚eingrichtet‘ werden. Diese Idee kann von der Bildung sozialer Einzeleinrichtungen ihren Ausgang nehmen. Die Umbildung des Ganzen wird dann durch das sich verbreitende Leben der einzelnen sozialen Gebilde erfolgen.“ Das sei wirklichkeitsgemäß.\* Das ist gewiss kein Plädoyer gegen gesamtgesellschaftliche Veränderungen und für die Beschränkung auf Einzelprojekte. Es ist vielmehr ein Hinweis auf den Wegcharakter der sozialen Erneuerung. Ein neues Bodenrecht oder ein bedingungsloses Grundeinkommen sind Themen, die auf gesamtgesellschaftlich-staatlicher Ebene demokratischen Konsens finden und durchgesetzt werden müssen.

Wichtig ist die Einsicht, dass es verschiedene Einstiegs- punkte in die gesellschaftliche Erneuerung gibt, die alle wichtig sind und die eben darum zusammenwirken können, so dass insgesamt eine Bewegung entsteht, die die Kraft entwickelt, die soziale Welt schließlich grundlegend zu verändern.

Alle Initiativen im Partikularen, die sich von den richtigen Gedanken leiten lassen, die den richtigen Kurs steuern, sind deshalb mehr als Gebilde der Nische. In ihnen scheint etwas auf und beginnt zu leuchten, was irgendwann die ganze Gesellschaft erhellen wird. Insofern darf trias sich verstehen als ein Bestandteil einer Bewegung für eine andere Welt. Und die Bewegung für eine andere Welt braucht solche Initiativen wie trias!

\* R. Steiner: Dreigliederung und soziales Vertrauen (Kapital und Kredit). Aufsätze über die Dreigliederung des sozialen Organismus und zur Zeitlage 1915-1921, GA 24, Dornach 1982, S. 262.

# Die Europäische Union

## zwischen Russland und den USA

*Kai Ehlers*

(Bei diesem Text handelt es sich um die überarbeitete Fassung eines Vortrages von Kai Ehlers zur Attac-Konferenz „EU - global - fatal 2“, die am 30./31.3. in Stuttgart stattfand und sich mit der EU-Osterweiterung beschäftigte. Zum geplanten Sammelband über diese Konferenz siehe S. 20, zu Verlauf und Ergebnissen siehe S. 31 in diesem Heft.)

Zur Debatte der aktuellen Ostpolitik der Europäischen Union und angesichts der Spannungen, die sich in letzter Zeit zwischen der EU und Russland sowie in den Ländern zwischen diesen beiden Integrationsräumen ergeben - Ukraine, Weißrussland, Moldawien -, aber auch den EU-Neumitgliedern wie Ungarn, Polen u.a. sollen hier folgende Fragen beleuchtet werden: 1. EU zwischen Russland und USA - neue Weltordnung? 2. Grenzzonen zwischen EU und Russland - Neutrale Zonen? 3. Perspektiven? Alternativen? - solidarische zwischenstaatliche Beziehungen?

Die Frage der Ost-Politik der EU steht unter der generellen Fragestellung einer möglichen neuen Weltordnung: Können die USA eine hegemoniale unipolare Weltordnung unter ihrer Führung erzwingen - man könnte auch bereits sagen, konservieren - oder entsteht eine kooperative multipolare Weltordnung? Wenn wir die Entstehung einer multipolaren Ordnung für möglich oder gar wünschenswert halten, welche Rolle hat die EU für deren Entstehung, welche Rolle kann sie darin übernehmen? Welches sind die möglichen Partner? Welches die Konstellationen? Welches sind die Beziehungen zwischen Großmächten und neutralen Zonen?

### EU zwischen Russland und USA - neue Weltordnung?

Die EU steht heute gegenüber den USA zwischen einem Vasallenstatus und dem Konzept einer globalen US-Hegemonie, wie Brzezinski es in seinem Buch „Die

einzig Weltmacht“ skizziert, und einer Rolle als aktiver Träger einer sich herausbildenden multipolaren Ordnung, in der Russland und Europa zwei besonders eng miteinander verbundene Partner, jedoch keine „Achse“ darstellen. Die EU verfügt bisher über keine klare Strategie für die eine oder die andere Option, sondern schaukelt zwischen beiden Optionen hin und her. Man könnte auch positiv formulieren: Ein Selbstverständnis der EU über ihre Rolle im Prozess der Herausbildung der neuen multipolaren Ordnung ist erst im Entstehen. Das geschieht im Wesentlichen in der Auseinandersetzung mit Russland, bzw. mit der Frage, welche Rolle die EU gegenüber den USA zum einen und Russland zum anderen einnehmen soll und will. Durch die Erweiterung ist dieser Widerspruch in der außenpolitischen Linie der EU in paradoxer Weise zu einem innenpolitischen geworden: die „alte“ EU sucht die Nähe Russlands, die „neuen“ EU-Beitrittsländer setzen sich gegen Russland ab. Im Konkreten muss das notwendigerweise zu einer widersprüchlichen Politik der EU gegenüber Russland und im weiteren Sinne Eurasien einerseits sowie den USA andererseits führen - solange sich die Konturen multipolarer Beziehungen noch nicht als prägende Ordnung herausgebildet haben. Alle weiteren Einzelheiten folgen aus dieser Grundkonstellation.

### Grenzzonen zwischen EU und Russland - Neutrale Zonen?

Im Zuge der Herausbildung einer neuen Ordnung in Eurasien ist zwischen Russland und der EU eine geopolitische Pufferzone entstanden, die sich von den baltischen Ländern im Norden über Polen, Weißrussland, die Ukraine und Moldawien bis nach Bulgarien und Rumänien hinunterzieht. Länder auf diesem Streifen liegen entweder im Grenzland zwischen Russland und EU, ohne zum einen oder zum anderen Gebiet zu gehören, oder sie liegen auf dem Territorium Russlands bzw. der EU als Grenzländer mit besonderem und tendenziell unsicherem Status. Eine ähnliche Situation wie im Westen Eurasiens ist übrigens auch im Osten entstanden, wo die Mongolei einen Puffer zwischen Russland und China abgibt. Betrachtet man die Entwicklung in Richtung einer multipolaren Ordnung, so kommt diesen Pufferzonen die wichtige Funktion der militärisch und politisch neutralen Zonen zwischen den Hauptmächten zu.

### Welches sind die Beziehungen zwischen Großmächten und neutralen Zonen?

Unter dem Diktat einer unipolaren strategischen Orientierung ist das herrschende Prinzip zwischen den Staaten das der imperial geprägten Konkurrenz. In der Perspektive einer multipolaren Weltordnung sind die Beziehungen zwischen den Völkern, Ländern und Staaten kooperativer Natur und orientiert am Prinzip der gegenseitigen Hilfe. Von Perspektive und Alternative könnte man sprechen, wenn sich Grundsätze der solidarischen Wirtschaft im internationalen Verkehr entwickeln könnten, die an den Elementen der internationalen Solidarität der sozialistischen Zeit wieder ansetzen - ohne die Fehler des Block- und Lagerdenkens zu wiederholen. Ansätze in solche Richtung lassen sich

dort erkennen, wo es nicht gelungen ist, die Krise der sozialistischen Länder dadurch zu lösen, dass ihnen „der Kapitalismus“ als Heilmittel übergestülpt worden ist. Vielmehr ist zu sehen, dass statt Kopien „des Kapitalismus“ sozio-ökonomische Mischformen in diesen Ländern entstehen, die nicht mehr „sozialistisch“, aber auch nicht „kapitalistisch“ sind. Das gilt vor allem für Russland. Ansätze sind auch in Ländern der ehemaligen 3. Welt zu sehen, die weder den „sozialistischen“ noch den „kapitalistischen“ Weg gehen wollen, besonders deutlich Venezuela.

## EU - Traum oder Alptraum?

### Rolle der EU im Weltsystem - EU zwischen Russland und den USA

Ich könnte hier mit einer Kritik der „Berliner Erklärung“ der EU-Regierungskonferenz beginnen oder mit dem aktuellen Raketenstreit, den die USA mit ihrem Vorhaben ausgelöst haben, in Ost-Europa Mittelstreckenraketen stationieren zu wollen, sowie mit den Antworten, die Russland darauf gegeben hat. Wir könnten auch mit den letzten Ereignissen auf dem Energiesektor einsteigen, dem Bau der Ostseepipeline, den Gerüchten über die Entstehung einer „Gas-OPEC“ oder dem Vertrag über den Bau der neuen Pipeline vom bulgarischen Schwarzmeerhafen Burgas ins griechische Alexandroupolis. So könnten wir fortfahren. Die Presse bringt jeden Tag Neues zum Thema, gerade gestern noch die Meldung zur Aufrüstung des Grenzsicherungsprogramms Frontex, flankiert von neuen Asylgesetzen der EU. All dies ist ja höchst aktuell. Ich werde jedoch nicht so beginnen. Dem Motto der Konferenz „EU -Traum oder Alptraum“ sowie dem Auftrag unseres Workshops folgend, die „EU im Weltsystem zwischen Russland und den USA“ anzuschauen, möchte ich vielmehr zunächst skizzieren, von welcher Welt und von welchen Träumen wir eigentlich sprechen. Stellen wir uns zunächst einmal vor, es gäbe heute keine EU. Das wird uns helfen, unsere Kriterien zu objektivieren. Da wäre dann erst einmal festzuhalten: EU und Europa sind nicht identisch, Europa gäbe es auch ohne die EU. Überschriften wie: „Es gibt nichts zu feiern“ jedoch und ähnliche, die man zum 50. Jahrestag der EU jetzt hören konnte, sind trotzdem wenig hilfreich, denn Tatsache ist auch: Das heutige Europa ist ohne EU nicht mehr denkbar. Die Frage ist nur: Wie soll die EU sein und welche Ziele soll sie verfolgen? Trägt sie zum Frieden bei oder gehen von ihr neue Bedrohungen aus? Nehmen wir die bisher unübertroffene Offenbarung zur Hand, die der US-Strategie Zbigniew Brzezinski, ehemaliger Sicherheitsberater des US-Präsidenten Carter und bis heute eine der grauen Eminenzen der US-Politik, nach dem Ende des Kalten Krieges unter dem Titel: „Die einzige Weltmacht - Amerikas Strategie der Vorherrschaft“ zur Beschreibung unserer heutigen Welt veröffentlichte. (fischer tb, 14358, 1999; Originaltitel: „The Grand Chessboard. American Primary and Its Geostrategic Imperatives“, 1997) Ein kurzer Blick ins Vorwort soll uns hier reichen: „Seit den Anfängen der Kontinente übergreifenden politischen Beziehungen vor etwa

fünfhundert Jahren“, beginnt Brzezinski, „ist Eurasien stets das Machtzentrum der Welt gewesen.“ Heute habe sich die Weltlage dahingehend verändert, dass zum ersten Mal ein außereurasischer Staat, die USA, als Weltmacht hervorgetreten sei. Wörtlich: „Mit dem Scheitern und dem Zusammenbruch der Sowjetunion stieg ein Land der westlichen Hemisphäre, nämlich die Vereinigten Staaten, zur einzigen und im Grunde ersten wirklichen Weltmacht auf.“ Eurasien habe jedoch dadurch seine geopolitische Bedeutung keineswegs verloren. Inwieweit die USA ihre globale Vormachtstellung geltend machen könnten, hänge daher davon ab, „ob Amerika mit den komplexen Machtverhältnissen auf dem eurasischen Kontinent fertig wird - und ob es dort das Aufkommen einer dominierenden, gegnerischen Macht verhindern“ könne. Etwas taktischer verpackt heißt es dann am Schluss des Vorworts: „Amerikanische Politik sollte letzten Endes von der Vision einer besseren Welt getragen sein: der Vision, im Einklang mit langfristigen Trends sowie den fundamentalen Interessen der Menschheit eine auf wirksame Zusammenarbeit beruhende Weltgemeinschaft zu gestalten. Aber bis es soweit ist, lautet das Gebot, keinen eurasischen Herausforderer aufkommen zu lassen, der den eurasischen Kontinent unter seine Herrschaft bringen und damit auch für Amerika eine Bedrohung darstellen könnte.“ Europa, im Besonderen Deutschland, und auf der anderen Seite des Globus Japan nehmen in dieser Weltsicht die Funktion von „Brückenköpfen“ im Osten und im Westen Eurasiens ein, von denen aus die US-Herrschaft gesichert werden soll; Afghanistan hat eine ergänzende Funktion im Süden. Russland ist der Gegner, dessen „Aufkommen“ verhindert werden soll.

Damit ist der amerikanische Traum der heutigen Welt umrissen, vor dessen Folie Geschichte und Aktualität der EU betrachtet werden muss. Das gilt ungeachtet der Tatsache, dass Brzezinski sich von der stümperhaften Umsetzung seiner Strategie durch G.W. Bush und seine neo-konservative Regierung inzwischen distanziert.

### Warum Eurasien? Warum Russland?

Eurasien ist der größte zusammenhängende Landblock der Erde. Seine Pole sind Japan und China im Osten, Europa im Westen, das Eismeer im Norden und der indische Ozean im Süden. Eurasien ist Schauplatz und Ursprung der geschriebenen Völkergeschichte und Kulturentwicklung. Eurasien ist Träger der wichtigsten Erdöl- und Ergasvorkommen der Welt im Bereich der sogenannten strategischen Ellipse, die von Experten der Energiesicherheit heute von den arabischen Staaten über den mittelrussischen Raum bis zur Barentssee gezogen wird. In dieser Ellipse liegen ca. 70 % der konventionellen Erdölreserven und 68 % der Weltgasreserven. (Siehe dazu „Osteuropa“ 9-10, 2004) Dieser Raum bildet auf absehbare Zeit das Zentrum des globalen Energie-Bedarfs. Wie wir wissen, steigt der Bedarf im Zuge der Globalisierung heute exponential. Eurasien ist die Verbindung zwischen Ost und West, China und Europa, auf der eurasischen Landbrücke zogen Völker, Kulturen, Religionen Jahrtausende von Ost nach West, von Westen nach Osten, auch in nordsüdlicher Rich-



tung, selbst bis nach Afrika. Die eurasische Landbrücke, die immer wieder Völker miteinander verbunden hat, steht im Gegensatz zur maritimen atlantischen Trennung der Kontinente, die erst im Zuge der industriellen Revolution dauerhaft überwindbar wurde.

Eurasien ist ein somit Modell der alten Welt, zu dem die neue hinzutritt. Russland ist das Zentrum Eurasiens. Russland ist Teil Europas und Teil Asiens. Es ist aber nicht nur das Gebiet zwischen Asien und Europa, es ist die Begegnung von beidem, der zentrale Integrationsraum zwischen Osten und Westen, das Herzland Eurasiens, in dem sich die Mehrzahl der eurasischen Völker unter russischer Hoheit miteinander verbunden hat, bzw. in dem sie auch verbunden wurden. Russland ist aber nicht nur Integrationsraum der Völker und Kulturen, es ist auch ein unermessliches Reservoir an Naturschätzen. Als solches ist Russland praktisch autark.

Brzezinski skizziert daher folgerichtig: Wer die Welt beherrschen will, muss Eurasien beherrschen. Wer Eurasien beherrschen will, muss Russland beherrschen. Er vergisst dabei allerdings die historischen Erfahrungen: Wer Russland von außen beherrschen wollte, verlor sich darin und hinterließ Krise und Krieg. Die prägnantesten Beispiele dafür sind: Napoleon, danach Hitler.

Russland muss sich selbst beherrschen. Das ist Russlands Besonderheit als eurasisches Zentrum. Die Vielfalt seiner Kulturen stellt ihm die Aufgabe, der Reichtum an Naturschätzen gibt ihm die Mittel dazu. Wenn Russland zerfällt, zerfällt Eurasien, ergeben sich territoriale Desintegration und Völker-Chaos. Die Russen nennen diesen Vorgang: SMUTA, die verwirnte Zeit, Finsternis. Solche Verhältnisse hat es immer wieder in der eurasischen Geschichte gegeben. Die letzte Smuta - der Zerfall der Sowjetunion - hat zu einer katastrophalen Desintegration des gesamten eurasischen Raumes geführt, die sich in der globalen Krise fortsetzte.

Erst unter Putin hat Russland begonnen, sich auf seine historische Rolle als Kraft der Integration zu besinnen: Russland als Integrationsknoten zwischen Asien und Europa zu stärken, war von Anfang ein zentrales Anliegen Putinscher Politik. Putins Schritte dazu waren:

- autoritäre Modernisierung,
- Rückgriff auf die Gemeinschaftstraditionen Russlands,
- und außenpolitischer Spagat zwischen Europa und China.

Die Ordnung, die Russland nach sieben Jahren Putin wieder anbietet, ist ein

- zentralisierter, korporativer Pluralismus nach innen und
- multipolarer, kooperativer Pluralismus nach außen.

### Traum Europa

Zur Debatte, ob Russland zu Europa gehöre, die 1996 anlässlich der Aufnahme oder Nicht-Aufnahme Russlands in den Europa-Rat sowie den Nato-Rat geführt wurde, prägte Russlands Chef-Provokateur

Wladimir Schirinowski den Spruch: „Russland ist kein Teil Europas, sondern Europa besten Falles ein Appendix Russlands.“ Ein Bonmot natürlich, aber nicht ohne ernstesten Hintergrund.

Klären wir also, bevor wir weiter die Rolle der EU im Weltsystem bestimmen, was denn Europa eigentlich ist: Europa ist eine kleinräumige, zerrissene Halbinsel mit tief gegliederten Küsten am nord-westlichen Ende Eurasiens, der Attraktion eines gemäßigten milden Klimas und einer offenen Flanke in die Tiefe des asiatischen Raums. Europa war daher immer wieder Ausweichziel und Traum von Völkern aus der Tiefe des rauerer asiatischen Raumes. Europas Kultur ist dennoch ein Spätentwickler. Bis zum 14. Jahrhundert blieb Europa weit hinter seinen Antipoden in Mesopotamien, Zentralasien, China zurück. Erst mit dem Ausscheiden Chinas von den Weltmeeren im Jahre 1405 konnten europäische Mächte zur Seemacht aufsteigen - Holland, Portugal, England. Im Zuge seiner Aufholjagd wurde Europa zur Geburtsstätte religiöser und nationalistischer Kriege, imperialen Denkens, der Konkurrenz als Prinzip. Europas Völker zerfetzten sich gegenseitig im Kampf um die Vorherrschaft auf der kleinräumigen Halbinsel - und trugen ihre Konflikte, Kriege und die dazugehörige Ideologie der Konkurrenz und Hegemonie als Kolonialismus in die Welt hinaus.

USA und Russland sind Produkte der europäischen Dynamik, die sich von Europa lösten. Dabei bilden sich zwei grundverschiedene Typen des Kolonialismus heraus, deren Unterschiede auch für die heutige Situation von Bedeutung sein könnten: Der russische Kolonialismus entwickelte sich als schrittweise Durchdringung des eurasischen Raumes. Völker wurden als Völker unter dem Zaren zusammengeführt, der als übergeordnete Macht die Völkerordnung repräsentierte. Das geschah nicht immer gewaltfrei, aber keineswegs nur militärisch, sondern in einem durchwachsenen, langen Prozess der gegenseitigen Durchdringung der Völker. Das Wesen dieses Kolonialismus ist Adaption und Integration. Die Kolonisation Nordamerikas steigerte den europäischen Kolonialismus der überseeischen Eroberung und Ausbeutung ohne Integration dagegen ins Extrem. Sie war Produkt individueller Einwanderer, die einen erbitterten Krieg gegen die einheimische indianische Bevölkerung führten, der mit deren Vernichtung endete. An der Aufarbeitung des „Wilden Westens“ laboriert Hollywood bis heute. Ende des 19. Jahrhunderts wird Europa zum Auslaufmodell: Im Ersten und endgültig im Zweiten Weltkrieg zerstört es sich selbst. Nach den beiden Weltkriegen war Europa zum Gefangenen seiner Ausleger geworden, zum „Brückenkopf“ der USA im Westen, zum Glacis der Sowjetunion/Russlands im Osten. Geteiltes Deutschland, geteiltes Europa, geteilte Welt. Vor dem Hintergrund dieser Geschichte muss man festhalten: Der europäische Einigungsprozess nach 1945 ist ein Comeback des Verlierers auf neuem historischen Niveau, ein historischer Impuls, der Möglichkeiten zur Entwicklung jenseits von Nationalismus, Faschismus, Imperialismus und Krieg freisetzte. Das ist der Traum von Europa, auf den man als Deutscher oder als EU-Bürger im Russland der 80er und 90er angesprochen wurde. Als erst die Sowjetunion, dann auch Russland zerfiel, sagten die Russen verzweifelt: „Ihr einigt Euch, wir zerfallen!“

Auch aus diesem Impuls ist die Gründung und Entwicklung der EU hervorgegangen. Ob die EU die Verwirklichung dieses Traumes von Europa ist, wie die „Berliner Erklärung“ es für sich in Anspruch nimmt, ist eine Frage, die entlang der politischen Tatsachen geprüft werden muss, welche sie schafft.

## Europa als Modell?

Damit sind wir bei der Realität von heute. Ist die EU ein Modell, wie es die „Berliner Erklärung“ für sich in Anspruch nimmt? Im ersten, erst recht im zweiten Weltkrieg traten Russland und die USA, jedes auf seine Weise als Befreier Europas auf den Plan, lieferten sie die Modelle: Russland mit dem „Angebot“ des Sozialismus und seiner anderen Form der Kolonisation, die sich als sozialistische „Bruderhilfe“ fortsetzte, die USA mit dem Angebot des entwickelten Kapitalismus. Heute, ein halbes Jahrhundert später, sind beide Angebote in der Krise: Russland - in der Gestalt der Sowjetunion - durchlebte den rasantesten Zerfallsprozess seiner Geschichte: die Verwandlung seines zentralistischen Pluralismus in eine Hyper-Anarchisierung. Die USA gingen von einer progressiven Kraft in eine konservative über, deren Ideologie der Freiheit sich in ein totalitäres Instrument eines neuen weltumspannenden Imperialismus verwandelt. In der weltweiten Desintegration, die wir in der Folge dieser Auflösung der bipolaren Welt heute erleben, ist die europäische Einigung zweifellos ein attraktives Modell der Integration. Andere Integrationsräume bilden sich allen strategischen Wünschen der USA zum Trotz nach ihrem Muster: Die Reorganisation des russischen Integrationsraumes durch Putin, die Entstehung des Integrationsraumes Inneres Asien: China, Russland, Kasachstan u.a., der Ansatz für eine lateinamerikanische Union - Brasilien, Venezuela -, in Ansätzen eine Afrikanische Union und tendenziell trotz aller Behinderungen: eine Arabische Union. Neue Linien einer multipolaren globalen Ordnung zeichnen sich ab und der Herstellung der großen globalen Integrationsräume entspräche deren innere Gliederung entlang dezentraler Regionen und Kommunen. Hier treten jedoch auch die Grenzen deutlich hervor. Bleiben wir bei der EU; ihre Grenzen werden sichtbar: - Wenn nur ein „Kern-Europa“ die Geschicke der EU lenkt - wie die „Diskretion“ um die Entstehung der „Berliner Erklärung“, die hinter verschlossenen Türen ausgeklügelt und schließlich nur von drei Personen unterschrieben wurde, soeben wieder anschaulich vor Augen geführt hat. - Wenn sich die Osterweiterung als ein Prozess des Outsourcing und des Lohndumpings erweist - wie die Standortkämpfe der osteuropäischen Länder zeigen, die mit Steuervorteilen und Billiglöhnen Investitionen und gleichzeitig Fördergelder an sich ziehen, während sie damit zugleich Reallohnsenkungen, Arbeitslosigkeit und Sozialabbau in den „Kernländern“ verursachen. Die Grenzen werden sichtbar: - Wenn die EU-Nachbarschaftspolitik einen Cordon Sanitaire aus Pufferstaaten schafft - der im Vorhof der Union nicht nur die Standortkonkurrenz noch weiter verschärft, sondern auch als Grenzwärter und Auffanglager zum „Durchkämmen“ der Einwanderungswilligen nach nützlichen und weniger nützlichen dient. - Wenn die im Zuge der Nachbarschaftspolitik angebotenen „Aktionspläne“ ausdrücklich unter Erfolgskriterien, das heißt Anpas-

sungsdruck gestellt werden. - Wenn die sogenannten „eingefrorenen“ Konflikte - Transnistrien, Abchasien, Süd-Ossetien, Nagorny Karabach, auch Tschetschenien - mit der Begründung gelöst werden sollen, es gehe darum den russischen Einfluss im Kaukasus zurückzudrängen. - Wenn die Beziehungen zu Russland trotz „strategischer Partnerschaft“ innerhalb der EU umstritten sind und unter dem Primat einer aggressiven „Energiesicherheitspolitik“ immer wieder unter das Primat der US-Einkreisungsstrategie gestellt werden - wie das Hick-Hack um die schon längst anstehende Verlängerung des Kooperations- und Partnerschaftsabkommens zeigt. - Wenn schließlich die ganze „Neue Ostpolitik“ samt „Wandel durch Verflechtung“ gegenüber Russland letztlich mit der Notwendigkeit begründet wird, der chinesischen Konkurrenz zuvorzukommen. Wenn dies alles - also Outsourcing, Lohndumping, Grenzsicherung und Abschottung nach außen, die bloße Energiesicherung und die Konkurrenz zu China - das treibende Motiv der Integration innerhalb der EU und ihrer Politik gegenüber Russland ist, allgemeiner gesprochen, wenn der Integrationsraum der EU und der Integrationsraum Russlands vornehmlich unter dem Blickwinkel der Konkurrenz, statt dem der Kooperation gesehen und die Länder auf dem Korridor dazwischen nur als Einflusszonen, nicht als Partner gesehen und behandelt werden, - dann droht der Alptraum den Traum zu überwuchern. Dann droht sich durchzusetzen, was schon in der Gründung der EU angelegt war, nämlich die EU als Instrument zur Eindämmung der Sowjetunion entlang der von Truman 1947 vorgegebenen Politik des Containments. Dann sind wir bei der EU als „Brückenkopf“, wie Brzezinski es nannte. Dann steht nur noch die Frage an, ob die EU diese Funktion selbstständig oder als Vasall der USA ausüben möchte. Wenn das alles so ist, dann droht sich die EU heute im Zuge der Osterweiterung und ihrer neuen „Nachbarschaftspolitik“ auch nach innen zur „Maschine“ zu entwickeln, wie Romano Prodi es anlässlich des „Geburstages“ nannte, die Europa im Zuge ihrer geplanten weiteren „Effektivierung“ in einen Schauplatz der zwei oder noch mehr Geschwindigkeiten verwandelt: Zentrum, Peripherie, Außen. In dieser „Maschine“ sind die Zonen der unterschiedlichen Geschwindigkeiten nicht durch Kooperation, sondern durch Konkurrenz aneinander gebunden. Nicht überflüssig zu sagen, dass den „drei Geschwindigkeiten“ nach außen, die soziale Differenzierung in Gewinner und Verlierer nach innen entspricht.

Aber das kann ich an dieser Stelle nicht ausführen. Unter solchen Vorzeichen kommt jedenfalls dem Satz der „Berliner Erklärung“, dass „wir Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union zu unserem Glück vereint“ seien, eine fatale Bedeutung zu: Nach außen wird damit eine „Sonderzone des Glücks“ definiert, die gegen den Rest der Welt erobert und verteidigt werden müsse. Nach innen ist das eine Verhöhnung all derer, die innerhalb und an den Rändern der EU zu den Verlieren gehören, ganz zu schweigen von denen, die in den Zäunen der EU-Außengrenzen hängen bleiben. In diesem Zusammenhang möchte ich nur an das soeben beschlossene Aufrüstungsprogramm „Frontex“ erinnern, das mich in seiner Methodik und mit der demagogischen Begründung, man wolle zunächst einmal Leben retten, indem man die illegale Einwanderung unterbinde, später, wenn dies gelungen sei, wolle man dann auch den

Ursachen der Migration nachgehen, fatal an die Aufrüstung der GSG 9 Mitte der 70er Jahre in West-Deutschland erinnert. Ein EU-Verfassungsvertrag, der bis 2009 von oben durchgezockt werden soll, statt einen Konsens für ein Europa der Regionen und der Vielfalt wachsen zu lassen, ist Ausdruck dieser Politik.

## Aktuelle Bündniskrise

Unter den genannten Umständen gewinnt der von den USA angezettelte Raketestreit prinzipiellen Charakter: Ich verstehe das Ansinnen der USA, Raketen in Ost-Europa aufzustellen, als einen Versuch, die EU provokativ an ihre Rolle als Brückenkopf in der Hegemonialstrategie der USA gegenüber Russland zu erinnern. Das geschieht in einer Situation, in der die EU und Russland - trotz aller Unsicherheiten und Querschüsse - dabei sind, sich wirtschaftlich enger zu verbinden. Das betrifft insbesondere auch den Energiesektor, für dessen Entwicklung - wiederum trotz aller Querschüsse, mit denen man Russlands Position als angeblich monopolistischer Lieferant zu schwächen versucht - die am Anfang erwähnten Abkommen zur Ostseepipeline wie auch zur neuen Pipeline von Bulgarien (EU) nach Griechenland symptomatisch sind. Es geschieht in einer Situation, in der Russland sich wieder auf seine Integrationsrolle besinnt und sich seinerseits anschickt, seine Kultur der Integration und Kooperation gegen den Alleinherrschaftsanspruch des US-Imperialismus zu setzen. Hierhin gehören Putins Rede vor der NATO-Sicherheitskonferenz ebenso wie seine Reaktionen auf die „Berliner Erklärung“ - also das Angebot zur Erneuerung des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens mit der Europäischen Union. Auch die Unterzeichnung des Vertrages einer strategischen Partnerschaft mit China gehört hierhin. Bei allen Reden und Vorschlägen Putins geht es darum, die EU als Partner für den Aufbau einer multipolaren kooperativ organisierten globalen „Sicherheitsstruktur“ zu gewinnen. Es geschieht dies in einer Situation, in der China, Indien, Kasachstan sich mit Russland zu einer Eurasischen Union zusammenfinden (Schanghaier Bündnis, Gas-OPEC, Eurasischer Wirtschaftsraum) und dies der Welt auch demonstrativ kundtun, wie es China kürzlich mit dem Abschuss eines Satelliten getan hat. In dieser Situation kann der Vorstoß der USA nicht anders denn als ein Versuch der Spaltung und Destabilisierung der gewachsenen Integrationsräume und der zwischen ihnen entstehenden Kooperation verstanden werden. Der Vorstoß setzt an erkennbaren Bruchlinien der EU an - an den Widersprüchen zwischen alten und neuen EU-Ländern in ihrer Haltung zu Russland; - an der unentschiedenen Situation im kaukasischen Nachbarschaftsraum zwischen EU und Russland, der durch die Absicht, Raketen in der Ukraine, Georgien oder Aserbeidschan zu stationieren, erneut und verschärft zum Konfliktfeld zwischen Russland, EU und USA gemacht wird. Der Gürtel zwischen den Integrationsräumen Russlands und denen der EU wird auf diese Weise destabilisiert; das wird deutlich am NATO-Russland-Rat, der durch die bilaterale Anfrage der USA an Polen, die tschechische Republik und die Ukraine umgangen und praktisch ausgehebelt wird, - und an dem prekären Zustand, in dem das strategische Bündnis zwischen EU und Russland sich befindet, das aktuell einer Erneuerung und langfristigen Bestätigung

bedarf. Schließlich sorgt der US-Vorstoß auch für Brüche in der großen Koalition in Deutschland, die als EU-Ratspräsidentschaft zur Zeit zugleich strategische Impulse für die EU vorgeben soll. Der sozialdemokratische Flügel ruckt am US-Zügel, will mehr Selbstständigkeit für die EU, die Konservativen wollen zur atlantischen Partnerschaft halten. Der Riss geht quer durch die EU. Kurz: Die EU wird provoziert, ihre Bündnisentscheidung für die USA und gegen Russland zu aktualisieren. Will sie weiter Vasall der US-Hegemonialpolitik bleiben oder eigene Ziele verfolgen? Damit steht die EU am Scheideweg, weiter „Brückenkopf“ für die USA zu sein und sich zusammen mit den USA auf eine weitere Militarisierung der internationalen Beziehungen einzulassen, oder Russlands/Putins Angebot einer Demilitarisierung der internationalen Beziehungen, insbesondere des Weltraums anzunehmen und selbst zu verfolgen. Bedauerlicherweise sieht es trotz aller Bekenntnisse zum „Wandel durch Verflechtung“ von sozialdemokratischer Seite - Schröder, Steinmeier, Beck, einschließlich solcher Menschen wie des Leiters der Russlandsabteilung der Körberstiftung Alexander Rahr - so aus, als ob die EU auf den militärischen Weg setzen möchte. Das wird nicht nur in der Absicht der deutschen Bundesregierung erkennbar, Tornados zum Einsatz in Afghanistan zu schicken; Schlimmeres lassen die „Visionen“ fürchten, die Außenminister Walter Steinmeier bei den Feierlichkeiten zur Aufnahme Rumäniens in die EU kürzlich als nächsten Schritt in der Entwicklung der EU formulierte, nämlich: Innerhalb von 10 Jahren ein EU-Heer haben zu wollen, das unabhängig von den USA weltweit agieren kann.

Ebenso Unangenehmes lassen auch die Andeutungen der „Berliner Erklärung“ befürchten, bis zum Jahre 2009 einen Grundlagentext verabschiedet haben zu wollen, das heißt, einen neuen Anlauf zur Verabschiedung einer EU-Verfassung durchziehen zu wollen. Frau Merkels persönliche Anmerkungen am Rande der Erklärung ließen keinen Zweifel daran, wo die Reise hingehen soll, nämlich ebenfalls zu einer schlagkräftigen Armee innerhalb der nächsten zehn Jahre. Auch hier wäre meine Option eine andere, versteht sich: Nämlich eine breite Debatte um Sinn und Ziel einer kooperativ und demokratisch organisierten EU, die sich effektiv als friedensstiftende Kraft um eine multipolare Welt bemüht.

## Alternativen

Konkret wäre zu entwickeln: -eine Kampagne für eine Volksabstimmung zu den Grundlagen Europas und gegen das Durchwinken eines EU-Verfassungsvertrages bis 2009, - eine Unterstützungskampagne für die von Putin und den BRIC-Staaten, also Brasilien, Russland, Indien, China, vorgeschlagenen Abrüstungsinitiativen und gegen die Stationierung von US-Raketen im Ost-europäischen und kaukasischen Raum.

Grundlegender hieße das, sich einzusetzen:

- Für ein Europa der Regionen und Kommunen, das ist ein Europa der dezentralen bedarfsorientierten intensiven Entwicklung, wie sie unter den Vorzeichen einer klimabewussten, ökologisch orientierten Strategie notwendig ist.

- Für ein Europa als Teil einer aktiven Koalition zur Entwicklung einer multipolaren Völkerordnung, die sich dem Erhalt der Welt widmet, statt Neuaufgaben profitorientierter Expansion zu produzieren.
- Für ein Europa des kooperativen Konsenses. Das heißt, für die Einrichtung von Visions-Kommissionen und eine von ihren Ergebnissen angeregte Volksabstimmung zu Grundlagen für ein EU-Grundverständnis.

Zu Russland wäre im Besonderen zu sagen: „Wandel durch Verflechtung“ ist ein gutes Motto, wenn es gegenseitige Transformation von EU und Russland beinhaltet, nicht etwa einseitige Übernahme neo-liberaler Werte durch Russland. Gegenseitige Transformation mit Russland bedeutet: Aufnehmen der sozio-ökonomischen Impulse im Sinne der nachsowjetischen/russischen Entwicklung, einschließlich DDR, die über die bloße Kopie des westlichen Kapitalismus hinausweisen. Der Sinn gegenseitiger Transformation liegt in der Tatsache begründet, dass die russische Krise exemplarischen Charakter für die heutige Entwicklung der Industriestaaten hat.

Die russische Krise ging der generellen Krise nur voran, insofern der Realsozialismus nichts anderes war als die nachholende Konzentration der allgemeinen Industrialisierung durch staatliche Beschleunigung. Nach 15 Jahren Transformation ist erkennbar, dass die Krise nicht dadurch zu lösen ist, dass Planwirtschaft durch Marktwirtschaft, Sozialismus durch Kapitalismus, Dirigismus durch Liberalismus ersetzt wird. Die Krise lässt vielmehr Übergänge zu Wirtschafts- und Lebensweisen entstehen, die nicht mehr „sozialistisch“, aber auch nicht „kapitalistisch“ sind, sondern über beides hinausgehen. Es entwickelt sich eine Symbiose von Gemeinschaftsproduktion und Privateigentum, die die brauchbaren sozialistischen Impulse aufgreift, ohne den Kardinalfehler des Realsozialismus, den Zwang, mitzunehmen und ohne den Kapitalismus als Neo-Imperialismus neu aufzulegen. In diesen neu entstehenden Verhältnissen ist das Interesse des einzelnen Menschen, der Mensch selbst die Basis, der mit anderen zu gegenseitigem Nutzen und Freude kooperiert, wie verwirrt die Verhältnisse im Moment auch hier und dort noch sein mögen. In dieser Entwicklung können Russland und Europa, insbesondere Deutschland einander treffen. Sie sind dazu durch ihre Erfahrungen mit Faschismus und Stalinismus nicht nur besonders geeignet, sondern auch verpflichtet.

Hier könnte man sicher an einer der wenigen kritischen Stimmen in der EU-„Familie“ anknüpfen, der des tschechischen Präsidenten Vaclav Klaus, der in seinem „Geburtstagsbeitrag“ erklärte, „dass wir mehr Integration und weniger Unifikation brauchen, mehr horizontale Kooperation der Länder und weniger vertikale der Regierungen“. Grundlage muss aber die breite Debatte in der Bevölkerung der europäischen Länder, einschließlich der nicht der EU beigetretenen, über ein Europa der Regionen sein.

Kai Ehlers ist Publizist und hat diverse Bücher zu Russland verfasst. Kontakt: [www.kai-ehlers.de](http://www.kai-ehlers.de), [info@kai-ehlers.de](mailto:info@kai-ehlers.de).

## Quo vadis EUropa?

### Irrwege und Auswege

Materialband zur Konferenz  
„EU global - fatal 2“,  
Stuttgart, 30./31. März 2007

Dokumentation der Ergebnisse und Vorträge.  
Erscheint voraussichtlich im Juli. Preis ca. 9 EUR.  
Weitere Info und Bestellung: Elke Schenk, Nussbaumweg 24/1, 71665 Vaihingen/Enz, E-Mail: [e.schenk@gmx.eu](mailto:e.schenk@gmx.eu)

#### Mit Beiträgen von:

Annamaria Artner (Attac Ungarn)  
Thomas Betz (Ökonom, Berlin)  
Dorothee Bohle (Central European University, Budapest)  
Ulrich Duchrow (Theologe, Kairos Europa)  
Kai Ehlers (Publizist)  
Annette Groth (Stuttgart, Attac)  
Claudia Haydt (IMI, Tübingen)  
Hannes Hofbauer (Historiker, Wien)  
Monika Karbowska (Initiative féministe européenne pur une autre Europe)  
Joze Mencinger (Universität Ljubljana, Slowenien)  
Ulrich Morgenthaler (Stuttgart, Forum 3, Attac)  
Ralf Pichler (Stuttgart, Attac)  
Ryszard Pratkowski (Gewerkschafter, Attac Polen)  
Elke Schenk (Stuttgart, Attac)  
Christoph Strawe (Initiative Netzwerk Dreigliederung, Attac Stuttgart)  
Traute Wolk (Fraueninformationszentrum Stuttgart)  
Darek Zalega (Chefredakteur der Tribuna Robotnika, Polen) u.a.

Themen der Konferenz: Wie weit soll EUropa reichen? Warum muss die EU immer größer werden, um sich zu erhalten? - Wer sind die treibenden Kräfte, die Gewinner und Verlierer der Osterweiterung? - Welches sind die offenen und verdeckten Ziele der EU-Eliten in Richtung Kaspisches Meer, Zentralasien? Welche Konflikte im Hinblick auf konkurrierende Interessen sind zu erwarten? - Welche aktuellen Entwicklungen beim EU-Verfassungsvertrag lassen sich ausmachen und welche zivilgesellschaftliche Alternativen dazu gibt es? - Wo sehen die sozialen Bewegungen Alternativen für ein humanes, solidarisches EUropa nach innen und außen?

Veranstalter waren u.a. Attac in Verbindung mit Verein für eine gerechte Weltwirtschaft - Forum 3 - Initiative Colibri - ver.di Bezirk Stuttgart - Kairos Europa - Städtebündnis Wasser in Bürgerhand - Wasserforum Stuttgart - Initiative Netzwerk Dreigliederung - Informationsstelle Militarisierung - Gesellschaft Kultur des Friedens. Förderer waren die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, das Rosa-Luxemburg-Forum Baden-Württemberg und der Katholische Fonds.

# G8-Gipfel in Heiligendamm

## Get out of the way if you cant lend a hand\*

**Die selbstorganisierte Welt der Vielen gegen die Anmaßung der Acht Mächtigen - ein Kampf um Informationshoheit und Bürgerrechte**

*Bericht aus Rostock  
von Carol Bergin und Johannes Lauterbach\*\**

Die Spannung hat sich gelöst - die Polizisten haben sogar die Helme abgelegt und können das Grinsen über die Clowntruppe nicht verkneifen, die gerade den Brezelunfall eines international bekannten Politikers nachstellt. Eine bunte Schar tausender Menschen genießt diesen sonnigen Donnerstag nachmittag vor dem stacheldrahtbewehrten Zaun: Einem 12 km langen, 12,5 Millionen Euro teuren Zaun - errichtet, um so viel Distanz wie möglich zwischen „uns“ und „denen“ herzustellen. Wir sind mitten in der Demonstrationsverbotszone - und blockieren die Hauptzufahrtsstraße zu dem angeblich wichtigsten politischen Ereignis des Jahres, dem G8-Gipfel in Heiligendamm.

Dieser friedliche, föhliche Ausgang war nicht zu erwarten nach dem, was in den Tagen zuvor geschehen war. Die Blockaden von Heiligendamm waren in mehr als einer Hinsicht erfolgreich. Wir haben nicht nur gegen die selbsternannte Weltregierung und ihre zerstörerische Politik demonstriert und unser Recht, den Protest zu denen zu tragen, gegen die er sich richtet, bekräftigt. Es war zuallererst eine Demonstration der Fähigkeit der Menschen, eine von Gewalt und Repression geprägte Situation in einen friedlichen und freien Raum zu transformieren, eine Demonstration der Fähigkeit der Bewegung zur Zusammenarbeit trotz aller Verschiedenheiten der Überzeugungen, eine Demonstration des Mutes, der Entschlossenheit und der Kreativität. Wenn es irgendwelche Zweifel über den Sinn einer so massiven Mobilisierung gegen eine Regierungskonferenz bei vielen gab: die Menschen in

\* Sinngemäß: „Geht aus dem Weg wenn ihr nichts Hilfreiches beitragen könnt“ - aus Bob Dylan's Song „The times they are a changin“ („Die Zeiten ändern sich“)

\*\* Die Autoren waren bei den Aktivitäten gegen die G8 in Rostock für die Initiative Colibri e.V. und das internationale, globalisierungskritische Netzwerk „Our World is not for Sale“ tätig, u.a. in der Organisation von Workshops beim Alternativgipfel.

Heiligendamm haben ihr durch ihr Handeln hier und jetzt Bedeutung verliehen.

### Geld regiert - G8 kurzgefasst\*\*\*

Aber warum soviel Lärm um die G8?

Es begann 1975 mit „informellen“ Treffen der Regierungschefs der sechs, später sieben ökonomisch potentesten Staaten, den „G(roßen)7“ - Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada und USA. „Informelle Treffen“, die seither als „Weltwirtschaftsgipfel“ tituliert werden - 7 Regierungen, die gut 10 % der Weltbevölkerung vertreten, beherrschen die Weltwirtschaft. Russland kam in den späten Neunzigern für den politischen Teil dazu - seither spricht man von der „G8“ -, ist aber nicht in die Runde der G7-Finanzminister integriert.

Damals war der Westen wirtschaftlich in der Krise: die Ölpreise stiegen, der Boom nach dem Zweiten Weltkrieg war vorbei, das ökonomische Wachstum stagnierte und das globale Finanzsystem verlor an Stabilität. 1971 hatten die USA einseitig ihre Verpflichtung, Dollars zu einem festen Preis in Gold zu tauschen, aufgekündigt. Damit war das „Bretton Woods-System“ mit festen Wechselkursen und der Bindung an den goldgedeckten Dollar als Leitwährung zusammengebrochen.

Gleichzeitig erhoben neue soziale Bewegungen ihre Stimme: die Umweltbewegung hinterfragte die Nachhaltigkeit der westlichen Konsumgesellschaft, die Solidaritätsbewegung mit der „Dritten Welt“ stellte die Frage nach der globalen sozialen Gerechtigkeit, Friedensbewegungen protestierten gegen Kriege und Wetrüsten, während Freiheitsbewegungen und sozialistische Regierungen im Süden begonnen hatten, sich aus der westlichen Vorherrschaft zu lösen.

Die Kooperation der G7-Regierungen diente in dieser Situation zunächst dem Krisenmanagement, entwickelte sich aber - zusammen mit anderen Akteuren, wie dem IWF oder der Weltbank\*\*\*\* - in den 80er und 90er Jahren zu einem wesentlichen Motor für die Umgestaltung der Weltwirtschaftsordnung, die ab den 90er Jahren meist „neoliberale Globalisierung“ genannt wurde. Im Kern handelte es sich dabei um eine Abkehr von einer auf Stabilisierung und sozialen Ausgleich ausgerichteten Politik zugunsten ungehinderter Handlungsfreiheit und Profitsteigerung der Konzerne und Kapitaleigner. „Deregulierung, Liberalisierung, Privatisierung“ wurden zum Leitmotiv.

Der Umbau des internationalen Finanzsystems stand anfänglich im Vordergrund, wobei als vorrangiges Ziel an die Stelle der Stabilität die Schaffung von

\*\*\* Ausführlichere Darstellung des Hintergrunds der G8 s. z.B: Rainer Falk, G7/G8 - Kleine Gipfelgeschichte, aus W&E Sonderdienst 07/2005, aktualisierte Fassung von 02/2007 unter <http://www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org/cms/wearchiv/50018896840e70901.php>

\*\*\*\* In beiden Institutionen verfügen die G7 Staaten als größte Anteilseignern aufgrund des Prinzips „ein Dollar - eine Stimme“ über komfortable Mehrheiten und können diese daher zur Umsetzung ihrer Agenda instrumentalisieren.

Anlagemöglichkeiten für Privatinvestoren trat\*. Die Liberalisierung der Finanzmärkte, einschließlich der Freigabe der Wechselkurse, setzte nationale Währungen spekulativen Transaktionen aus und führte zu einer Serie verheerender Finanzkrisen.\*\* Die seither immer weiter aufgeblähte Spekulationsblase - in der hochriskante Hedge-Fonds allein rund 1,5 Billionen Dollar ausmachen - droht heute zu platzen.

Die gleichfalls vorangetriebene Freihandels-Agenda, - die auf die Öffnung globaler Märkte zugunsten transnationaler Konzerne des Nordens ausgerichtet ist - konnte nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion im multilateralen Handels-Regime unter der Welthandelsorganisation\*\*\* und anderen Freihandelsabkommen umgesetzt werden. Die globale Ökonomie wurde in einen „Wettlauf nach unten“ um die niedrigsten Löhne und geringsten Menschen- und Arbeitsrechte, Sozial- und Umweltstandards getrieben.

Privatisierung und Kommerzialisierung öffentlicher Dienste und Güter und die Demontage der sozialen Sicherungssysteme wurden in den Ländern des Südens überwiegend mit sogenannten Strukturanpassungsprogrammen des IWF und der Weltbank durchgesetzt. Zu Hause führten dies die acht Regierungen direkt durch, - unabhängig von der Parteizugehörigkeit der jeweils Regierenden.

Offener Krieg und verdeckte Aktionen wurden benutzt, um ökonomische Ziele zu erreichen, Ressourcen zu sichern und abweichende Länder auf „Linie“ zu bringen - einschließlich der von der CIA gedeckten Staatsstriche in Chile und Argentinien, der Zerstörung des jugoslawischen dritten Weges und der militärischen Besetzung großer Teile des ölreichen mittleren Ostens durch die USA und die NATO, die sich immer mehr zum militärischen Arm der G7 entwickelte.

Das globale Finanzsystem ist heute instabiler als in den siebziger Jahren, aber - in Heiligendamm wurde dies nicht einmal rhetorisch behandelt. Der Fehlschlag des Versuchs, Hedge-Fonds wenigstens zu regulieren, ist symptomatisch für den Mangel an Willen und Fähigkeit der G7/G8, die Zerstörungskräfte zu kontrollieren, die sie selbst auf den Plan gerufen haben. Die halbherzigen Vorschläge der G8 zur Reduzierung der globalen Erwärmung sind ein weiteres Beispiel des Mangels an Willen und typisch für die Methode der G8, „hausgemachte“ Probleme zu „lösen“, indem sie in den Rest der Welt exportiert werden. Die G8-Staaten sind seit Jahrzehnten die primäre Quelle der Emission von Treibhausgasen. Dennoch versuchen sie, Schwellenländern die Schuld zu geben und forcieren den Ausbau des in seinen Wirkungen höchst fragwürdigen CO2-Emissionshandelssystems und der Produktion sogenannter Bio-Kraftstoffe in Ländern

\* S. auch Peter Wahl, G8: PR-Show oder Weltregierung, VSA Verlag, 2006, Auszug unter [www.attac.de/heiligendamm07/media/text\\_dl/texte/Bretton-Woods.pdf](http://www.attac.de/heiligendamm07/media/text_dl/texte/Bretton-Woods.pdf)

\*\* Während der sogenannte Asienkrise 1998 wurden binnen weniger Monate Millionen von Menschen unter die Armutsgrenze gedrückt, der Aufstieg der „Tigerstaaten“ war zu Ende. Die Krise wurde zu einem der Auslöser für die globalisierungskritische Bewegung.

\*\*\* 1995 in Kraft getreten.

des Südens, die zu kontraproduktiven Monokulturen, Landraub und Hunger führen.\*\*\*\*

Das „Krisenmanagement“ der früheren G7, das auf die Aufrechterhaltung der Hegemonie der industrialisierten kapitalistischen westlichen Länder gerichtet ist, ist für die meisten Menschen auf der Erde zu einem sozialen und ökologischen Alptraum geworden, während eine kleine Schicht von Konzernlenkern und Kapitaleignern davon profitiert. Auch wenn man den G8-Gipfel nicht allein dafür verantwortlich machen kann - hier ist ein komplexes Geflecht von Akteuren und Institutionen wirksam - so wird hier doch die ungerechte Weltordnung am sichtbarsten. Es ist die ungehinderte Macht der G8-Regierungen, die Weltwirtschaftsordnung zu bestimmen und dabei in andere Länder hineinzuregieren, verbunden mit einer Agenda zugunsten der Konzerne und Kapitaleigner in den G8-Ländern, die Menschen von außerhalb und innerhalb der G8 dazu treibt, zu protestieren und zu fordern: „Geht aus dem Weg, wenn ihr nichts Hilfreiches beibringt.“

## Eine kurze Geschichte der Anti-G8-Protteste

Der Protest gegen die G8 ging lange Zeit hauptsächlich von NGO's aus den Umweltbewegungen und der Solidaritätsbewegung mit dem Süden aus und wurde oft auf Gegenkonferenzen artikuliert. Im Gegensatz zu dem von den Massenmedien erweckten Eindruck, dass die Protestierenden keine Analyse und keine Gegenkonzepte haben, existierten solche alternativen Konzepte und Analysen von Beginn an und befeuerten die Protteste.

Auch Massenproteste gab es vereinzelt bei früheren Gipfeln. Mit dem Aufstieg der globalen Bewegung gegen die konzerngesteuerte Globalisierung wurde die G8 regelmässig zur Zielscheibe von Massenmobilisierung.

Im Kielwasser der massiven Protteste gegen die WTO in Seattle 1999, gegen die EU-Gipfel in Nizza und Göteborg brachte die Mobilisierung gegen das G8-Treffen 2001 in Genua 250.000 Menschen auf die Straße. Gewalt brach aus, ganze Straßen wurden verwüstet, Autos brannten. Demonstranten wurden absichtlich mit Tränengas traktiert, die Polizei schlug Menschen zusammen, die im Kommunikationszentrum in Schlafsäcken nächtigten, andere wurden in Polizeigewahrsam verprügelt. Ein junger Demonstrant wurde von einem jungen Polizisten getötet. Bei Gerichtsprozessen wurde später festgestellt, was viele Menschen schon während der Protteste behauptet hatten, nämlich dass die Polizei als Zivilisten verkleidete „Agents provocateurs“ unter den Protestierenden hatte, die einige der Gewalttaten selbst begingen, auch angebliche Waffenfunde in Quartieren der Demonstranten waren von der Berlusconi-Polizei inszeniert.

Genua wurde zum fast mythischen Kristallisationspunkt für die Bewegung gegen die konzerngesteuerte Globalisierung in Europa. Innerhalb weniger Wochen

\*\*\*\* S. hierzu u.a. Kevin Smith, The Carbon Neutral Myth, Transnational Institute, Niederlande 2007, oder [www.carbon-tradewatch.org](http://www.carbon-tradewatch.org)

schlossen sich Tausende allein in Deutschland der Attac-Bewegung an.

Seitdem halten die Regierungen ihre Konferenzen in abgeschiedeneren Orten ab, vorzugsweise in leicht kontrollierbarer Uferlage, außerhalb der großen Städte. Das verschaffte ihnen teilweise etwas Ruhe, aber 2003 in Evian marschierten wieder 100.000 auf den Straßen. Das „intergalaktische Dorf“, ein großes selbstorganisiertes Camp nahe Evian, wurde für tausende von Menschen - die auch dort schon versuchten, den Gipfel zu blockieren - zum Trainingslager in basisdemokratischer Praxis und im zivilen Ungehorsam.

2005 in den Gleneagles kam ein neues Element hinzu, als zwei Rockstars die massive Aufmerksamkeit der Medien auf sich zogen, indem sie sich der „Globalen Kampagne gegen Armut“ (GCAP) anschlossen und bei einem Benefizkonzert vor rund 1 Million Zuhörern von der G8 forderten, die Armut zu überwinden („make poverty history“). Die G8-Führer griffen diese Möglichkeit, ihr Image aufzubessern, dankbar auf und lächelten wohlwollend. Zusätzliche Milliarden Dollars für die Armutsbekämpfung wurden versprochen, doch kaum war der Gipfel vorbei, war auch das Versprechen „vergessen“.

Im selben Jahr bei der WTO-Ministerkonferenz in Hongkong zeigten die acht Regierungen ihr wahres Gesicht, als sie unterließen, was den Armen mehr als alle Hilfgelder geholfen hätte: Die Forderung, ihre preisdrückenden Exportsubventionen auf Agrarprodukte zu streichen und damit Kleinbauern wieder eine selbstbestimmte Existenz zu ermöglichen, stieß auf taube Ohren. Und eine Revision des berüchtigten Abkommens über geistige Eigentumsrechte\*, um wenigstens Bio-Piraterie\*\* zu stoppen und den Menschen in den armen Ländern die Produktion erschwinglicher Medikamente zu ermöglichen, wurde abgelehnt.

2006 fand der Gipfel erstmals in Russland statt, in St. Petersburg. Proteste wurden weitgehend polizeilich unterdrückt. Statt dessen „demonstrierte“ drinnen der russische Präsident Putin mit scharfer Kritik gegen die USA.

## Eine „Kuschel“-Demo mit hässlichem Ausgang

Die Vorbereitung der Aktivitäten gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm hatte bereits zwei Jahre vorher begonnen und führte zu der bisher wahrscheinlich breitesten Bündnisbewegung innerhalb der deutschen Zivilgesellschaft. In einer Reihe offener Aktionskonferenzen hatten Menschen aus einem weiten Spektrum vielfältige Aktivitäten geplant, von der großen internationalen Demonstration über die thematischen Aktionstage, kleinere Demonstrationen, Festivals und einen großen internationalen Alternativgipfel bis hin zu den Blockaden. Schon früh hatte eine großes Aktivistenbündnis („Block G8“) beschlossen, besonderen Nachdruck

\* TRIPS: Trade related intellectual property rights, ein Abkommen im Rahmen der WTO

\*\* Die Patentierung von z.B. indigenem Wissen, oder von natürlich vorkommenden Pflanzenwirkstoffen, durch die sich Konzerne ein Monopol auf die Nutzung von Gemeingütern erschleichen

## Vandana Shiva: Energie- und Ernährungswende gefordert

Bei dem Alternativen G8-Gipfel haben bedeutende Vertreter der zivilgesellschaftlichen Bewegung wie der Schweizer Soziologie Jean Ziegler, Uno-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, und die indische Physikerin Vandana Shiva die Politik der G8 scharf kritisiert und die Umsetzung der Menschenrechte eingefordert. Shiva forderte eine Energie- und Ernährungswende und den Umbau des Wirtschaftsystems in eine solidarische Weltwirtschaft. Der Gegengipfel wurde veranstaltet von einem breiten Spektrum von Organisationen wie z.B. Greenpeace, Attac, BUND, Katholische Jugend, Evangelischer Entwicklungsdienst, Heinrich Böll Stiftung, IG-Metall, Interventionistische Linke, IPPNW, Misereor, OXFAM, Pro Asyl und Rosa Luxemburg Stiftung.

## Mohammed Yunus: Globalisierung muss allen zugute kommen

Der Friedensnobelpreisträger und Gründer der Grameen Bank in Bangladesch, Muhammad Yunus, hat die Regierungen der G8-Länder auf einem „Vision Summit“ in Berlin und bei verschiedenen Fernsehauftritten aufgefordert, sich mehr für eine Überwindung der Armut zu engagieren. Er kritisierte die Ungerechtigkeiten im Welthandel. So seien in den USA die Zölle für Textilien aus Bangladesch etwa 5mal so hoch wie die Zölle für vergleichbare Artikel aus Großbritannien. Bei hinreichenden Anstrengungen sei in den meisten Ländern das UN-Millenniumsziel, die Zahl der Armen bis 2015 zu halbieren, erreichbar. Am 6. Juni nahm Yunus auf Einladung des Interfakultativen Instituts für Entrepreneurship an einer Veranstaltung im Audimax der Uni Karlsruhe teil, gemeinsam mit dem Unternehmer Götz Werner und dem brasilianischen Senator Eduardo Suplicy, der in seinem Land eine teilweise Verankerung des Grundeinkommens im Gesetz erreichte. Diskutiert wurde der Zusammenhang zwischen der Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen und dem Ansatz der Mikrokredite.

## Polizei bestätigt Einsatz von Zivil-Beamten

Die besondere Aufbauorganisation der Polizeidirektion Rostock (Kavala) hat am 8.6. den Einsatz von Zivilpolizisten während der Gipfelproteste zugegeben. Angeblich hatte der Beamte lediglich Informationen über die Planung und Begehung von Straftaten gesammelt und nicht dazu angestiftet. Am 5.6. war ein Zivilbeamter in der Blockade an der Galopprennbahn Bad Doberan von Protestteilnehmern enttarnt worden. Der schwarz gekleidete angebliche Autonome hatte Aktivisten angesprochen und aufgefordert, Steine zu werfen sowie selbst einen Stein geworfen. Das haben mehrere Zeugen unabhängig voneinander berichtet. Ein Protestteilnehmer aus Bremen erkannte den ebenfalls aus Bremen stammenden Polizisten. Dieser weigerte sich, seine Identität preiszugeben und seinen Ausweis zu zeigen. Als die Stimmung unter den anderen Blockierern immer gereizter wurde, begleiteten mehrere Protestteilnehmer den Zivilbeamten aus der Menge und übergaben ihn der Polizei. (Quelle: [www.attac.de/aktuell/neuigkeiten/zivilbeamter.php](http://www.attac.de/aktuell/neuigkeiten/zivilbeamter.php))

## Stellungnahme von WEED

### „Eine harte Agenda gegen Entwicklung und Klimaschutz“

Die entwicklungspolitische Nichtregierungsorganisation WEED bewertet Heiligendamm als Gipfel der Scheinheiligkeit. Die verabschiedete wirtschaftspolitische Agenda der G8 stehe im offenen Widerspruch zur angeblichen ‚Hilfe für Afrika‘ oder dem ‚Klimaschutz‘. „Gerade auch Umwelt- und Entwicklungs-NGOs sowie wohlmeinende Musiker dürfen der PR-Strategie von Frau Merkel nicht auf den Leim gehen. Die von ihr durchgesetzte Gipfelerklärung ‚Wachstum und Verantwortung in der Weltwirtschaft‘ schreibt die brutale Globalisierung nach den Regeln der Reichen fort: Deutschland und den G8 geht es gar nicht um Klimaschutz und Gerechtigkeit - ihre eigentliche Agenda steht im Wirtschaftsprogramm des Gipfels. Sie lautet: Investitionsfreiheit für Unternehmen, Privatisierung von Wissen, Verhinderung von Technologietransfer und billigen Medikamenten durch den Schutz sogenannter ‚Geistiger Eigentumsrechte‘, ferner ungehinderter Freihandel mit Rohstoffen und Abwehr jedweder verbindlicher Regulierung gegenüber Transnationalen Konzernen“, so Peter Fuchs, handels- und investitionspolitischer Referent bei WEED.

„Das derzeitige finanzmarktorientierte Wirtschaftssystem ist verantwortungslos gegenüber den Beschäftigten, sozial Schwachen und der Umwelt weltweit. Die G8 sind scheinheilig, indem sie einerseits Krokodilstränen über die Armen dieser Welt vergießen, andererseits aber jegliche - und sei sie noch so unverbindlich - Regulierung der Hedge-Fonds ablehnen“, so Peter Wahl, Finanzmarktexperte bei WEED. „Das Ende des Casino-Kapitalismus ist Bedingung für eine sozial gerechte, ökologisch nachhaltige und demokratische Finanzarchitektur. Merkel und Steinbrück wollen aber - zusammen mit Bush und Co. - das Gegenteil!“

„Der G8-Gipfel war eine klimapolitische Nullnummer, die keine verbindlichen Fortschritte zur Rettung des Weltklimas brachte,“ bilanziert Umwelt- und Klimareferentin Daniela Setton. „Anstatt mit rhetorischen Kompromissformeln von der eigenen Handlungsunwilligkeit abzulenken, sollte endlich der Ausstieg aus fossiler Ressourcennutzung und die Energiewende hin zu erneuerbaren Energien eingeleitet werden.“

„Afrika saß auch in Heiligendamm am Katzentisch der Mächtigen. Die G8-Staaten verschleiern hinter dem Euphemismus der ‚Reformpartnerschaft‘, dass stärkerer Patentschutz und Zugang zu strategischen Ressourcen des Kontinents im Mittelpunkt ihres Interesses stehen“, kritisiert der entwicklungspolitische Referent Klaus Schilder. „Die Entwicklungsversprechen der G8 bleiben ein unverbindliches Lippenbekenntnis. Die Bundesregierung hat mit der angekündigten Erhöhung der Entwicklungszusammenarbeit (ODA) um 3 Mrd. Euro bis 2010 sowie 200 Mill. Euro mehr für die Bekämpfung von AIDS ihre internationalen Verpflichtungen zur Überwindung der Armut nicht erfüllt - dazu benötigen wir dringend die Einführung internationaler Steuern, insbesondere auf Devisentransaktionen und Kerosin.“

Quelle: [www.weed-online.org/themen/596545.html](http://www.weed-online.org/themen/596545.html)

auf den zivilen Ungehorsam zu legen und den Gipfel durch Straßenblockaden wirksam von der Infrastruktur abzuschneiden. Dieses Projekt wurde unfreiwillig unterstützt, durch die Entscheidung, den Gipfel gegen jeden Protest mit einem 12 km langen Zaun mit ganz wenigen Eingängen zu schützen.

Am Samstag, dem 2. Juni, marschierten die Protestierenden durch ein menschenleeres Rostock zum Ausgangspunkt der Hauptdemonstration. Viele Ladenbesitzer hatten im Glauben an die Propaganda der Polizei und der Massenmedien, dass Terroristen im Anmarsch seien, um die Stadt zu verwüsten, ihre Schaufenster verbarriadiert. Dennoch war die Stimmung unter den Demonstranten und bei der Polizei gelassen. Die meisten waren überzeugt, dass an diesem Tag nichts passieren würde und glaubten, dass die Schwierigkeiten erst mit den Blockaden beginnen würden. Einige Polizeibeamte sprachen sogar über die Erwartung einer „Kuschel-Demo“.

Doch wir haben uns alle geirrt.

Der Marsch der 60- bis 80.000 war friedlich, bunt, kreativ - fast wie Karneval. Dann änderte sich die Situation. Es ist immer noch unklar, was zum Ausbruch der Gewalt führte, aber gegen Ende des Marsches, als Demonstranten den Hafenplatz für die Schlusskundgebung füllten, attackierten ein paar verummte und in Schwarz gekleidete Leute ein einsames Polizeiauto, das mit einer nur kleinen Besatzung auf dem Platz der Schlusskundgebung geparkt hatte. Eine Schlacht zwischen Polizei und dem sogenannten schwarzen Block begann. Steine wurden aus dem Bürgersteig gerissen und auf die Sturmtrupps der Polizei geworfen, ein anderes Auto wurde angezündet. Die Polizei begann, auf den friedlichen Teil der Demonstration einzustürmen, angeblich um Verdächtige zu fassen, während Wasserwerfer im großen Bogen mit Tränengas angereichertes Wasser in die Menge sprühten, gewalttätige und friedliche Demonstranten gleichermaßen treffend. Stellenweise brach Panik aus. Viele friedliche Demonstranten, von denen etliche versuchten deeskalierend dazwischen zu gehen, wurden durch Pfefferspray oder Steine verletzt. Ein Polizeihubschrauber kreiste direkt über dem Platz der Kundgebung, die wegen des Lärms lange Zeit nicht beginnen konnte. Nach ein bis zwei Stunden beruhigte sich die Situation: das Kundgebungsprogramm begann, gefolgt von einem Abendkonzert mit 20.000 Zuhörern, die friedlich auf dem Platz verweilten.

In den folgenden Tagen kam es zu einer dramatischen Zunahme der ohnehin schon rigiden und oft unbeholfen wirkenden Polizeiaktivitäten: Kontrollen auf dem überfüllten Hauptbahnhof, Festnahmen von Menschen, die mehrere Tage in Käfigen gefangen gehalten wurden, unter 24-stündiger Beobachtung und bei Dauerbeleuchtung, einige ohne Möglichkeit der Kontaktaufnahme mit ihrem Rechtsanwalt. Die Demonstration für die Rechte der Migranten wurde mehrere Male verschoben und schließlich von einer überdimensionalen Polizeipräsenz verhindert, mit der Begründung, dass die Teilnehmerzahl zu hoch sei. Die drei Camps, in denen Tausende eine Woche lang ein selbst organisiertes und basisdemokratisches Leben praktizierten, wurden permanent observiert und zeitweise durch ein großes Polizeiaufgebot



blockiert. Militärflugzeuge flogen im Tiefflug über die Camps, um Fotos zu machen, ein Vorgang, der das Parlaments und das Bundesverfassungsgericht in den kommenden Wochen beschäftigen wird. Die geplanten Märsche zum Zaun wurden verboten wegen „Sicherheitserfordernissen“.

Aber trotz des schlechten Starts, blieb die überwältigende Mehrheit der Menschen friedlich und die meisten Aktivitäten konnten weitergehen. - Intensive Diskussionen in den Lagern führten zur Bestätigung der Zusammenarbeit im Bündnis und des Konsenses in der Frage der Gewaltfreiheit während der Blockaden.

## Der Alternativgipfel in Rostock

Etwa 2000 Teilnehmende aus 50 verschiedenen Ländern nahmen an dem zweitägigen Alternativ-Gipfel teil. In 130 Workshops wurden Themen aufgegriffen wie globale Gerechtigkeit, Klimawandel, erneuerbarer Energien, die so genannten European Partnership Agreements (EPAs), Bildung, Krieg und Militarisierung, Migration und Rassismus, Arbeit, soziale und Genderfragen. Die Koalition aus 39 verschiedenen Organisationen, die den Gipfel initiiert hatte, reichte von Attac, der globalen Bauernbewegung Via Campesina bis zu mehr traditionellen NGOs wie Greenpeace und Misereor. Dennoch gelang es den Mainstream-Medien, jede Berichterstattung über den Gipfel und über die Inhalte des Protestes zu vermeiden.

Ein zentrales Thema war der Klimaschutz, unter anderem auch auf einem mit mehreren hochkarätigen Rednern besetzten Podium des Our World is not for Sale Networks (OWINFS). Hier ging es allerdings nicht um eine Wiederbelebung des Kyoto-Prozesses, sondern um eine Kritik an den als gescheitert anzusehenden marktformigen Lösungsversuchen und der Suche nach Alternativen. In einem weiteren OWINFS-Workshop über „Alternativen zur konzerngesteuerten Globalisierung“ wurde dem von oben verordneten Einheitsmodell der neoliberalen Globalisierung die Vielfalt demokratisch organisierter regionaler Modelle und Kooperationen entgegengestellt.

Als unglücklich erwies sich die Entscheidung der Organisatoren, den Alternativ-Gipfel mit dem G8-Gipfel zusammenzulegen, - in der Hoffnung, dadurch Medienpräsenz zu erreichen. Statt dessen berichteten die Medien fast ausschliesslich über die G8 und die Blockaden. Viele Teilnehmer äußerten auch Unmut darüber, sich zwischen Alternativ-Konferenz und Blockaden entscheiden zu müssen.

## Eine Kampf um Informationshoheit und Bürgerrechte

Während Genua durch Straßenschlachten geprägt war, war die „Schlacht von Rostock“ vorrangig ein Kampf um Wahrheit und Bürgerrechte. Sie begann Monate vor dem Gipfel, als Polizeivertreter und Politiker die Diskussion über Sicherheitsmaßnahmen anheizten, und über ominöse Bedrohungslagen sprachen. Währenddessen mussten sich die Organisatoren des Protests

mit der Verzögerungstaktik der Polizei herumschlagen, was Auflagen für die vielen Aktivitäten anging. Dies ließ kaum noch Zeit, rechtliche Schritte gegen unrechtmäßige und verfassungswidrige Polizeiaufgaben einzuleiten, so zum Beispiel gegen die Entscheidung, eine zusätzliche Sicherheitsbarriere rund um den sowieso schon mächtigen Zaun zu legen. Dadurch wurde ein Areal von Hunderten Quadratkilometern geschaffen, auf dem Bürgerrechte suspendiert waren, und es war praktisch unmöglich, den Protest zu denjenigen zu tragen, an deren Adresse er sich richtete. Einige Wochen vor dem Ereignis führte die Polizei Razzien in Büros und Versammlungsräumen einiger der organisierenden Gruppen durch, was mit einer akuten „Gefahr terroristischer Anschläge“ begründet wurde. Die Begründung wurde von vielen Juristen als fadenscheinig kritisiert. Es kam zu einer Welle der Solidaritätsbekundungen, selbst Regierungsmitglieder kritisierten die Aktion. Während der Protestwoche arbeitete eine unheilige Allianz von Polizeisprechern und Massenmedien bei der Verbreitung verzerrter und teilweise falscher Informationen zusammen, wobei die Medien oft ihre Quelle nicht angaben. So sprach die Polizei von 25.000 Teilnehmer bei der Hauptdemonstration und 2- bis 3.000 gewalttätigen Protestierenden. Beobachter vor Ort zählten jedoch 60- bis 80.000 friedliche Demonstranten und rund 500, die in Gewalt gegen die Polizei involviert waren. Demnach hätten wir es also mit weniger als einem Prozent gewaltbereiter Teilnehmer zu tun gehabt, wären die Polizeizahlen suggerieren, es seien 10 % gewesen.

Am Samstag Abend war in den Schlagzeilen von 1.000 Verletzten und 30 bis 40 schwer verletzten Polizisten die Rede, was in den Printmedien vom Montag vielfältig wiederholt wurde. Es stellte sich heraus, dass zwei Polizeibeamte stationär behandelt werden mussten (das übliche Kriterium für „schwer verletzt“), von denen einer am Montag wieder entlassen wurde. Die meisten Verletzungen waren durch Tränengas und Pfefferspray verursacht. Die falschen Zahlen haben vermutlich die Entscheidung des Verfassungsgerichts beeinflusst, die Sicherheitszone um Heiligendamm aufrechtzuerhalten und Demonstrationen zum Zaun nicht zuzulassen, ungeachtet der eigenen Argumente dafür, dass dies nicht verfassungskonform sei.

Der Tendenz von Massenmedien, die radikaleren Teile der Protestierenden als gewalttätig zu denunzieren, wurde offensichtlich, als ein Reporter der Deutschen Presseagentur einen der Redner auf der Abschlusskundgebung falsch zitierte, indem er berichtete, dieser habe gefordert, den „Krieg in die Demonstration zu tragen, weil wir mit friedlichen Mitteln nichts erreichen“. In Wirklichkeit, - und durch eine Videodokumentation nachprüfbar, die bereits am Samstag abend online verfügbar war - hatte er über den Krieg im Irak und Afghanistan gesprochen und verlangt, den Krieg als Thema in das Meeting hineinzubringen, „weil es ohne Frieden keine Gerechtigkeit gibt“. Dieses falsche Zitat wurde in großen Zeitungen am Montag zur Schlagzeile, dpa brauchte bis Dienstag, um eine Korrektur und eine Entschuldigung zu verschicken. Dennoch wiederholte „Die Zeit“ das falsche Zitat noch am folgenden Donnerstag und weigerte sich, dies in ihrer nächsten Ausgabe zu korrigieren.

## Attac wertet Gipfelproteste als Erfolg

Das globalisierungskritische Netzwerk Attac betrachtet die Proteste gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm als vollen Erfolg. „Wir haben die größte globalisierungskritische Massenmobilisierung erlebt, die es in Deutschland je gegeben hat“, sagte Werner Rätz vom Attac-Koordinierungskreis. Organisiert wurden die Proteste von einem breiten gesellschaftlichen Bündnis, dessen Spannweite vom Rand der institutionellen Kirche über Attac bis zu linken Basisgruppen reichte. Der Gipfel habe erneut gezeigt, dass die G8 keinerlei Lösungen für die Probleme der Welt anzubieten haben. Die Legitimationskrise der G8 sei offenkundig geworden. Ein Klimakompromiss, der vom bereits zweimal reduzierten Mindestziel nach unten abweicht und nur erwogen wird, sei ein Witz. Dasselbe gelte für das Thema Afrika: Die G8 hätten ausschließlich die bis heute nicht erfüllten Versprechen vom G8-Gipfel 2005 in Gleneagles wiederholt.

In der Vergangenheit hätten die G8 es meist geschafft, zwischen ihren internen Machtansprüchen erfolgreich zu vermitteln. Doch dieser Konsens trage nicht mehr. „Da stehen die so genannten Schwellenländer und fordern ihren Anteil. Da steht die internationale Gemeinschaft und akzeptiert ihre Ausgrenzung immer weniger, wie die immer wieder scheiternden WTO-Verhandlungen zeigen. Und da stehen die Menschen überall in der Welt, die nicht nur Kuchen oder Brot, sondern die ganze Bäckerei fordern“, so ein Sprecher. Das alles zusammen verstärke die Legitimationskrise der G8. Entsprechend unsouverän sei die Reaktion der acht Regierungs-Chefs auf den breiten Protest aus der Zivilgesellschaft. Quelle: [www.attac.de/aktuell/presse/presse\\_ausgabe.php?id=740](http://www.attac.de/aktuell/presse/presse_ausgabe.php?id=740)

## Greenpeace: G8-Gipfel gescheitert

Für Greenpeace ist der G8-Gipfel weitgehend gescheitert. Der G8-Gipfel bringe keine Aussage zur Begrenzung des Temperaturanstiegs. Es gebe keine Verständigung auf Emissions-Reduktionen der Industriestaaten. Es gebe keinen Beschluss, die Urwald-Abholzung zu stoppen. Der G8-Gipfel sollte eine Verständigung auf klare Ziele bei der Reduktion von CO<sub>2</sub>-Emissionen erreichen und sei daran gescheitert. Um als Klimaschützerin zu gelten, müsse Merkel jetzt vorangehen. „Für Deutschland heißt das: 40 Prozent CO<sub>2</sub> bis 2020 einsparen. Dazu gehört auch, dass die Bundesregierung dieses Ziel nicht wie bislang von Verpflichtungen anderer Staaten abhängig macht. Zu begrüßen ist einzig, dass US-Präsident George W. Bushs Initiative von vergangener Woche, die eine Beschädigung des UN-Prozesses zum Ziel hatte, abgewehrt worden ist. Im Schlüsselsatz des sogenannten Klima-Durchbruchs heißt es: ‚(...) wir werden ernsthaft die Entscheidungen der Europäischen Union, Kanadas und Japans, die globalen Emissionen bis 2050 zu halbieren, in Betracht ziehen.‘ Das sei so, „wie wenn’s brennt und die Brandstifter sagen, dass sie ernsthaft erwägen werden, das Feuer zu löschen“. Quelle: [www.greenpeace.de](http://www.greenpeace.de)

Immer wieder wurden falsche oder übertriebene Berichte über Gewalt verbreitet, und dann benutzt, um Wasserwerfer- und Gummiknüppelattacken gegen eine der friedlichen Blockaden zu rechtfertigen. Ein Höhepunkt war die Polizeimeldung, dass einige der Clowns - die das martialische Gehabe der Polizei durch Persiflagen aufzulockern versuchten oder schlicht Deeskalation betrieben, indem sie die Leute zum Lachen brachten - mit ihren Wasserpistolen gefährliche Chemikalien auf die Polizei gespritzt hätten. Es stellte sich heraus, dass einige etwas Spülmittel ins Wasser gegeben hatten, um Seifenblasen zu erzeugen. Keines der vielen Kamerateams konnte während der Blockaden irgendwelche Bilder von Steinewerfern oder anderen Gewalttätern aufnehmen. Und so wurden ab Donnerstag die Berichte in den Medien positiver.

Der Verdacht, dass in Zivil gekleidete Polizeibeamte als „Beobachter“ unter den schwarzen Block gemischt waren, wurde inzwischen von „Kavala“, der speziellen Polizeieinheit, die für die Sicherheit des Gipfels verantwortlich war, bestätigt. Einige Zeugen sagen aus, gesehen zu haben, wie einige dieser „Beobachter“ als „Agents Provocateurs“ tätig wurden und versuchten, Protestierende dazu anzustacheln, während sonst völlig friedlicher Blockaden Steine zu werfen.

Zum ersten Mal hatte ein „legal team“ aus freiwilligen Rechtsanwälten flächendeckend und rund um die Uhr internationale Proteste begleitet und war gegebenenfalls eingeschritten. In einer Pressekonferenz nach dem Gipfel zogen die Anwälte ein Resumé und bescheinigten Polizei und Staat vielfältige Verletzungen der Bürgerrechte. Neben den von Bundestagsabgeordneten angestrebten parlamentarischen Untersuchungen wird es auch ein Nachspiel vor den Gerichten, insbesondere wegen der „Käfighaltung“ von Festgenommenen geben.

## Der Staat verfügt, die Bürger handeln

Während Richter und Politiker sich um die Rechtslage streiten dürfen, haben die Bürger längst Fakten geschaffen. Vor dem Zaun von Heiligendamm wurde die wichtigste Wahrheit von Heiligendamm sichtbar gemacht: Unsere Rechte werden uns nicht vom Staat gegeben, sie gehören uns Kraft unseres Menschseins und nur wenn wir sie auch gegen staatliche und polizeiliche Gewalt praktizieren, haben sie Bestand.

Wir bedanken uns bei allen denen, die sich für die friedlichen Proteste und Blockaden eingesetzt haben! Nach Heiligendamm wird die Zivilgesellschaft in Deutschland eine andere sein. Was an Zusammenhalt unter den meist jungen BlockadeteilnehmerInnen praktiziert wurde, lässt auf zukünftig intensivere Zusammenarbeit hoffen. „The times they are truly changing...“

# Betrachtungen, Berichte, Termine

konsequent, dass er sich mit den Fragen der Geldreform und der Regionalgeldbewegung beschäftigte und dass er in der zivilgesellschaftlichen Bewegung für eine gerechtere Globalisierung aktiv wurde. Als Aktivist des Stuttgarter Wasserforums verband er Lokales und Globales. Ein feines Gespür für die Gefahren der Anpassung und Integration alternativen Engagements ins Bestehende, aber auch für die Gefahren der Sektiererei war ihm eigen.

Seine Begeisterungsfähigkeit wirkte ansteckend, mit seiner Offenheit und Herzlichkeit wirkte er immer zugleich impulsierend und integrierend. Er wird uns immer nahe sein.

## Gedenken

### Paul Benkhofer

\* 7.5.1949, + 25.3.2007

*Christoph Strawe*

In der Nacht vom 24. auf den 25. März 2007 ist Paul Benkhofer im Alter von 57 Jahren auf der Fahrt von Tübingen nach Stuttgart - ohne erkennbare Fremdeinwirkung - mit dem Auto tödlich verunglückt, kurz bevor er eine neue Aufgabe am Waldorfflehrerseminar und bei der Gemeinnützigen Treuhandstelle in Hamburg in Angriff nehmen wollte.

Mit Paul Benkhofer waren wir über viele Jahre hinweg in Freundschaft verbunden. Er hatte Volkswirtschaft studiert, war dann bei der Dresdner Bank tätig, bevor er sich mit der Waldorfbewegung verband. In Schwäbisch Hall war er 10 Jahre lang als Lehrer und Geschäftsführer an der Waldorfschule tätig, wobei ihm besonders auch die Bildung von Sozialfähigkeiten und Sozialverständnis im Unterricht am Herzen lag. Er war Mitautor eines Buches über die pädagogische Bedeutung der Buchführung und ihren Einsatz im Waldorfflehrplan.\*

Über dieses Thema referierte er 1997 auch bei einem Seminar unserer Fortbildungsreihe „Individualität und soziale Verantwortung“. Auch an weiteren Seminaren war er als Teilnehmer oder Referent beteiligt. 1993 hatte sich Paul Benkhofer intensiv mit der Arbeit der GLS-Gemeinschaftsbank und der Gemeinschaft für Sozialgestaltung verbunden. Wie viele Projekte und Initiativen hat er als Kundenbetreuer begleitet! An wievielen „Baustellen“ war er darüber hinaus engagiert - ich denke etwa an seine Begleitung der Arbeit des anthroposophischen Jugendseminars in Stuttgart.

Bei allem hatte er immer auch die großen Fragen der gesellschaftlichen Veränderung im Blick. Es war nur

\* Michael Brater, Claudia Munz, Paul Benkhofer, Erhard Fücke: Die pädagogische Bedeutung der Buchführung. Überlegungen und Erfahrungen zu ihrem Einsatz in der Waldorfschule. Stuttgart 1994. Menschenkunde und Erziehung Band 64.

## Klimawandel

### Der Klimawandel und die Investitionen

*Michael Rist*

*Johannes Kreyenbühl Akademie in Zusammenarbeit  
mit dem Konsumentenverein Zürich*

Der Klimawandel ist in aller Munde. Der Film von Al Gore, dem Vizepräsidenten von Bill Clinton, „Eine unbequeme Wahrheit“ hat manchem die Augen geöffnet, sowohl bei den Konsumenten als auch in der Politik und Wirtschaft.

Immer mehr einfache Menschen ernähren sich biologisch oder biologisch-dynamisch. Sie ernähren sich damit gesund, ersparen Krankheitskosten und energieverschwendenden Kunstdünger sowie giftige Spritzmittel. Auch gehen sie zu Fuß oder per Fahrrad zum Bahnhof und benützen die öffentlichen Verkehrsmittel. Sie setzen auf Mini-Energiehäuser, Holzheizung und Sonnenenergie.

Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel, selbst Physikerin, nannte es einen „qualitativen Durchbruch“, dass bis 2020 in der EU verbindlich 20 % des Energiekonsums durch Sonne, Wind, Wasser und Biomasse abgedeckt werden sollen. Auch der englische Premier Tony Blair und Frankreichs Präsident Jacques Chirac stimmten zu (Zürcher Tages-Anzeiger vom 10. 3. 07). Auch in Amerika scheint Aufbruchsstimmung aufzukommen. So wollen US-Präsident G.W. Bush und Brasiliens Staatschef Lula bei der Produktion von Biokraftstoffen zusammenarbeiten. In Brasilien seien bereits 80 % der neu in Verkehr gesetzten Fahrzeuge mit einem Flex-Motor ausgerüstet, der sowohl mit Benzin als auch Ethanol aus Zuckerrohr oder Mais läuft. Die Japaner (Toyota und Honda) sind führend in der Herstellung von Hybrid-Autos, die einen Teil der Brems- und Talfahrtenergie wieder als elektrische Energie zurückgewinnen und dadurch nur 4,5 - 5,0 l Benzin für 100 km benötigen.

Diese ganze Entwicklung war allerdings nur möglich, weil sich verschiedene kleine und mittlere Unternehmen, oft mit eigenen Mitteln, auf Energieeffizienz, die Ausnutzung von Sonnen- und Windenergie und Recycling spezialisierten.

Nun haben auch die Banken - wenn auch etwas spät - eingesehen, dass „die Erderwärmung eine unbestreitbare Tatsache ist“ (Zürcher Tages-Anzeiger vom 1. 2. 07). Ein Chefökonom der Investmentbank UBS stellte eine Studie zur Auswirkung des Klimawandels auf die Finanzmärkte vor und bemerkte, „der Anstieg der Treibhausgaskonzentrationen ist die Folge eines Marktversagens“. Auch die Credit Suisse meldet sich mit Annoncen wie „Neue Perspektiven. Für Stiel“ in „Saft und Kraft“, (dem Kundenmagazin der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich Nr. 1, 2007) zu Wort. Also auch die Großbanken haben eingesehen, dass erneuerbare Energien einen Zukunftsmarkt darstellen, in dem Geld zu verdienen ist. Natürlich geht es immer noch um das Geldverdienen, kann man doch selbst nicht so schnell umstellen. Aber immerhin bekommen damit auch die Alternativen ein zunehmendes Gewicht.

Infolge der großen Geldmengen, die die Pensionskassen der Industrieländer und damit meist die Banken verwalten, kommen die letzteren immer mehr in einen Investitionsnotstand. Schlaue Banker sind deshalb auf die Idee gekommen, auch Kleinkredite, z. B. an indische Frauen auszugeben, indem sie Geld zu niedrigen Zinsen in den reichen Industriestaaten aufnehmen und zu relativ hohen Zinsen in den ärmeren Ländern ausleihen. Die indischen Frauen zahlen sehr korrekt die Zinsen und die Investitionen zurück und stecken die mäßigen Gewinne aus ihren Kleinrationalisierungsmaßnahmen vor allem in die Bildung ihrer Kinder, sodass damit das Entwicklungspotenzial dieser Menschen neben der Wirtschaft auch der Individualentwicklung zugute kommt. - Hierzulande werden unter anderem als Folge dieser Entwicklungen T-Shirts und Unterwäsche aus biologisch-dynamisch angebaute Baumwolle angeboten.

Natürlich besteht bei der Gewinnung von Rohstoffen und Energie aus nachwachsenden Rohstoffen die Gefahr, dass vor allem bei wachsender Weltbevölkerung (heute 6,5 Milliarden) die Lebensmittelproduktion für die Menschheit knapp wird und die einzelnen Staaten sowohl in der Nahrungsmittelerzeugung als auch in der industriellen Produktion sich die Rohstoffe und Energien für ihre Autokratie sichern wollen. Dies kann leicht zu neuen Wirtschaftskriegen führen und steht der Sozialverträglichkeit entgegen. Deshalb bildet sich für die vernünftige Menschheit die bereits von Aristoteles (384 - 327 v. Chr.) befürwortete Wirtschaftsweise des Ausgleichs von Mangel und Überschuss auch im Zeitalter der Globalisierung an. Denn auch auf dem ganzen Erdball sind die materiellen Ressourcen und ebenso die Energieeinstrahlung endlich.

Das Ausgeführte lässt sich bildhaft so zusammenfassen: Das Erwachen der Individualitäten führt zunächst in alter Selbstversorgermentalität zum Neoliberalismus mit dem selbstverursachten Klimawandel, der mit einer Kinderkrankheit verglichen werden kann. Durch eine vernünftige öko- und sozialverträgliche Wirtschaftsordnung mit entsprechenden weltweiten Investitionen in Alternativen und namentlich durch deren Vernetzung ist diese Krankheit jedoch heilbar.

## McPlanet-Kongress: „Reclaim the Climate“

### Für ein Klima der Gerechtigkeit

Mit scharfer Kritik an der Klimapolitik der Bundesregierung ist am 6. Mai der Kongress McPlanet.com an der TU Berlin zu Ende gegangen. Mehr als 2000 Menschen aus Umweltbewegung und globalisierungskritischer Bewegung, Politik, Wissenschaft und Kirche waren der Einladung zum Kongress gefolgt, der von Attac, BUND, EED, Greenpeace und der Heinrich-Böll-Stiftung in Kooperation mit dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie veranstaltet wurde. Zum ersten Mal entstand eine gemeinsame Kongress-Deklaration der beteiligten Organisationen. Sie steht unter dem Motto „Reclaim the Climate! - Für ein Klima der Gerechtigkeit“. Nachstehend die Erklärung im Wortlaut:

**Klimachaos:** An den Polen schmelzen die Eiskappen und der Permafrost taut mit atemberaubender Geschwindigkeit. Selbst die riesigen Ozeane versauern; in der Karibik erreichen die Hurrikane eine ungeahnte Stärke und Häufigkeit. Dürren plagen selbst die Urwälder im regenreichen Amazonasbecken und ungeahnte Regenfluten den indischen Wüstenstaat Rajasthan. Hitzewellen erfassen Europa. Die gesamte Schöpfung ist bedroht.

**Wir wissen:** Klimachaos tötet. Die Armen des Planeten trifft es am härtesten. Das sind Kleinbäuerinnen, die ihre Ernten verlieren. Es sind Küstenfischer, deren Fänge durch das Absterben der Korallen zurückgehen. Es sind Viehhirten, deren Herden bei Dürrekatastrophen verhungern. Es sind Slumbewohnerinnen, deren Hütten durch Flutkatastrophen weggespült werden. Dem Hurrikan Katrina fielen in New Orleans 1300 Menschen, vor allem arme Afroamerikaner, zum Opfer. Schon jetzt gibt es weltweit 20 Millionen sogenannter Klimaflüchtlinge.

**Wir wissen:** Klimachaos ist radikaler Ausdruck globaler Ungerechtigkeit. Es trifft diejenigen am härtesten, die am wenigsten zu seinen Ursachen beitragen. Schon zu lange missbrauchen wir unsere Atmosphäre als Mülldeponie für CO<sub>2</sub>. Diese Deponie ist zu über 85 % gefüllt mit den Emissionen der Industrieländer: Sie sind die Verantwortlichen. Die Reichen der Erde bauen ihre Fehl-Entwicklung darauf auf, die fossilen Tresore der Erde zu plündern. Andere folgen nun diesem Pfad nach.

**Wir wissen:** Uns rennt die Zeit weg. Um die gravierendsten Auswirkungen des Klimachaos noch abzuwenden, muss die globale Erwärmung möglichst unter zwei Grad gehalten werden. Dazu müssen wir weltweit innerhalb von 10 Jahren den steil ansteigenden Emissionstrend brechen, und dann bis 2050 die Emissionen gegenüber dem Niveau von 1990 halbieren. Als Industrieland muss Deutschland seine Emissionen um mindestens 80 % reduzieren.

**Wir wissen:** Klimaschutz ist machbar. Die Hälfte des Energieverbrauches kann schon mit heutigen Technologien eingespart werden. Erneuerbare Energien haben das Potenzial, einen Großteil des verbleibenden Ener-

giebedarfes zu befriedigen. Es sind vor allem mächtige eingefahrene Lobbyinteressen, die einem ambitionierten Klimaschutz im Weg stehen.

**Wir wissen:** So wichtig internationale Verhandlungsprozesse auch sind: 15 Jahre nach Unterzeichnung der Klimakonvention in Rio und 10 Jahre nach Abschluss des Kyoto-Protokolls steht der entscheidende Durchbruch in der internationalen Klimapolitik immer noch aus. Viel zu lange sind globale Klimaverhandlungen als Placebo für echte Klimapolitik missbraucht worden. Schönen Worten folgte nur eine kümmerliche Umsetzung. Auch die G8 haben mit ihrer Energiepolitik wirksamen Klimaschutz verhindert.

**Reclaim the Climate!** Wir können den Schutz des Klimas nicht länger nur an diese Prozesse delegieren. Wir müssen selbst aktiver werden, den Klimaschutz in unseren Städten und Gemeinden und in unseren nationalen Parlamenten weiter stärken, die verantwortlichen Unternehmen vor unsere Gerichte zerren.

**Wir haben es satt,** dass Politik vorrangig von Wirtschaftsinteressen gesteuert wird. Die Politik hat ihr Mandat vom Volk, nicht von den Konzernen. Wir erwarten von den VolksvertreterInnen, endlich klare Position für einen gerechten Klimaschutz zu beziehen.

**Wir haben es satt,** dass die Bundesregierung sich in Deutschland, der Europäischen Union und bei den G8-Verhandlungen mit schönen Formulierungen in Szene setzt, ihre tatsächliche Politik dem Klimaschutz aber vielfach zuwiderläuft. Im grenzenlosen globalen Wettbewerb, den die G8 gemäß dem neoliberalen Wirtschaftsmodell entfesseln wollen, wird Klimaschutz zum Standortnachteil.

**Wir haben es satt,** dass die gewählten Regierungen weiterhin die fossile Energiewirtschaft staatlich fördern, in vielen der G8-Staaten allen voran die Mineralölwirtschaft, deren Beitrag zum Klimawandel und deren oft unverantwortliches Verhalten in der Ölförderung keine Steuergelder verdienen.

**Wir haben es satt,** dass Billigflieger mit Subventionen gepöppelt werden, während Bahnreisen immer teurer werden. Die Reisepreise müssen die ökologische Wahrheit sagen.

**Wir haben es satt,** dass die Klimaopfer im Süden mit den Folgen des Klimachaos allein gelassen werden. Die Verursacher des Klimawandels müssen für die Schäden einstehen und die Kosten für Anpassungsmaßnahmen tragen. - Wir haben es satt, dass europäische Autokonzerne ihre Selbstverpflichtung zur Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes ihrer Flotten missachten und die Einführung verbindlicher Standards torpedieren.

**Wir haben es satt,** dass Stromkonzerne den Klimawandel missbrauchen, um eine Laufzeitverlängerung für hochriskante Atomreaktoren durchzudrücken, statt endlich entschieden in Energieeffizienz und erneuerbare Energien zu investieren. Der Atomausstieg muss beibehalten werden. Was wir brauchen ist eine radikale Steigerung der Energieeffizienz, die Nutzung erneuerbarer Energien und die Kraft-Wärme-Kopplung.

Kohle ist der klimaschädlichste Energieträger, ihre Nutzung muss so schnell wie möglich zurückgefahren werden.

**Wir haben es satt,** dass dieselben Stromkonzerne ihre Monopolstellung missbrauchen, um auf Energiegipfeln immer neue, milliardenschwere Zugeständnisse für längst vergangene Investitionszusagen rauszuschlagen. Wir brauchen endlich fairen Wettbewerb: Die Monopolstellung der großen Stromkonzerne muss zerschlagen sowie das Netz vom Betrieb der Kraftwerke getrennt werden.

**Wir haben es satt,** dass unsere Regierungen milliardenschwere Emissionsrechte an die Verschmutzer verschenken. Die Emissionsrechte müssen zu 100 % auktioniert werden. Der Himmel gehört uns allen, nicht den Konzernen.

**Wir haben es satt,** dass durch Brandrodung jahrtausendealter Urwälder in Asien und Amazonien der Klimawandel massiv vorangetrieben wird. Antriebskraft hierfür ist nicht zuletzt der Hunger der Industriestaaten nach Agrarprodukten wie Soja oder Palmöl. Die letzten Urwälder müssen unter Schutz gestellt werden und die Industriestaaten hierzu finanzielle Beiträge leisten.

**Wir haben es satt,** dass globale Klimaverhandlungen zum Mikadospiel degenerieren, nach dem Prinzip „Wer sich als erster bewegt, verliert“. Es ist höchste Zeit, dass die EU sich ohne Vorbehalte auf ein Emissionsziel von minus 30% bis 2020 festlegt. Deutschland muss mit der Verpflichtung, 40% seiner Treibhausgase zu senken, offensiv die Verhandlungen vorantreiben. Nur wenn die Industrieländer ihre Glaubwürdigkeit wiedererlangen, können sie auch die aufstrebenden Entwicklungsländer in ein Klimaschutzregime einbinden.

**Zeit zum Handeln:** Jetzt Klimachaos stoppen! Wir sind fest vom Ziel einer sozial gerechten und ökologisch nachhaltigen Gesellschaft überzeugt. Beides ist untrennbar miteinander verbunden: Wir werden soziale Errungenschaften nur vor dem Klimachaos schützen können, wenn wir die ökologischen Grenzen des Planeten achten und unseren Wohlstand nachhaltig erwirtschaften. Aber auch ambitionierter Klimaschutz ist nur machbar, wenn Chancen und Lasten gerecht verteilt werden. Die Verwirklichung dieser Vision bringt der Markt nicht aus sich hervor, er braucht klare, politisch gesetzte Rahmenbedingungen.

**Reclaim the Climate - Für ein Klima der Gerechtigkeit:** Das Klimachaos ist unser Problem. Daher werden wir uns ihm entschlossen entgegenstellen. Druck machen müssen alle: Frauen und Männer, Junge und Alte, die Gewerkschaften, die Kirchen, die Wissenschaft, die Medien und die Kunst, die Arbeitslosen und auch die Unternehmen, die gelernt haben, dass sie Gewinne nicht mehr auf Kosten Dritter machen können. Wir werden unsere Verantwortung für unser Klima wahrnehmen: Nicht nur als Konsumenten, sondern auch als Wähler und als politisch aktive Bürger: Am 02. Juni in Rostock, und am 08. Dezember in Berlin werden wir auf die Straße gehen, um für ein Klima der Gerechtigkeit zu demonstrieren. Zusammen können und werden wir die Klimakatastrophe verhindern!

# EU-Entwicklung

## Konferenz verabschiedet Alternative Berliner Erklärung

Forsa-Umfrage bestätigt die Initiatoren

C. Strawe

Nach dem Nein in Frankreich und den Niederlanden lag der EU-Verfassungsvertrag zunächst auf Eis. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft hat dann die Initiative ergriffen, das Projekt wiederzubeleben, - wenn nötig in deutlich modifizierter Form, aber unter Bewahrung der wesentlichen Elemente, die von der Zivilgesellschaft scharf kritisiert worden waren. Dies soll bis zu den Wahlen zum Europäischen Parlament 2009 über die Bühne gehen, wie aus der am 25. März auf der EU-Regierungskonferenz unterzeichneten Berliner Erklärung hervorgeht.

Am gleichen Tag wurde im Festsaal der Waldorfschule Kreuzberg auf einer Konferenz „Europa nicht ohne uns!“ von einer breiten Koalition zivilgesellschaftlicher Akteure auch aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten nach ausführlicher Diskussion ohne Gegenstimmen eine Alternative Berliner Erklärung verabschiedet, die einen anderen Weg aus der Verfassungskrise vorschlägt. In eine ähnliche Richtung gehen teilweise Forderungen, die in einem 10-Punkte-Katalog der europäischen Attacs erhoben werden, der bereits vor dem 25. März veröffentlicht worden war.

In der Einladung von Mehr Demokratie e.V., der EU-Democrats und der Initiative Netzwerk Dreigliederung, denen sich dann zahlreiche weitere Organisationen und Persönlichkeiten anschlossen, hatte es geheißen: „Anstatt einer rückwärtsgerichteten elitären Jubelfeier ziehen wir es vor, die tatsächlichen Probleme der EU anzusprechen.“ Wie richtig es ist, die Demokratiedefizite der EU zu thematisieren, zeigt eine jetzt veröffentlichte forsa-Umfrage im Auftrag von Mehr Demokratie. Ihr zufolge sind 82 Prozent der Deutschen für Referenden in allen Mitgliedsstaaten. Was die Ausarbeitung eines Verfassungs- oder Grundlagenvertrages angeht, finden nur 9 Prozent der Befragten, das dies Sache der Staats- und Regierungschefs sein soll, 15 Prozent bzw. 20 Prozent wären für die nationalen Parlamente und das Europäische Parlament. Den größten Zuspruch erhielt mit 43 Prozent der Befragten eine von den EU-Bürgern eigens dafür gewählte verfassungsgebende Versammlung. Außerdem würden 73 Prozent es gut finden, wenn sie in der EU die Möglichkeit hätten, europäische Gesetze selbst einzuleiten und in europaweiten Volksentscheiden darüber abzustimmen (Quelle: [www.mehr-demokratie.de](http://www.mehr-demokratie.de)).

Ganz auf dieser Linie liegt die alternative Erklärung, die den Gedanken der Demokratie in all seinen Konsequenzen auf die Bestimmung der Grundlagen der EU anwendet. Ein anwesender britischer Unterhausabgeordneter sagte; er sei sicher, das britische Volk werde für diese Erklärung stimmen und gegen die offizielle der Regierungskonferenz, wenn ihm beide vorgelegt würden. In dem Dokument heißt es u.a.: „**Dialog braucht eine neue**

**Qualität:** [...] Wir fordern die Regierungsvertreter und die deutsche Ratspräsidentschaft dazu auf: Respektieren Sie das klare Nein zum vorliegenden Verfassungsvertrag in Frankreich und den Niederlanden! Es ist Ausdruck der Entfremdung zwischen den Wählern und der politischen Klasse und ein Votum für ein Europa der Bürgerinnen und Bürger. [...] Wir fordern einen ergebnisoffenen Prozess, der von unten gestaltet wird und offen ist für alle Initiativen aus der Zivilgesellschaft. Zu diesem Gestaltungsprozess müssen Foren über die europäische Zukunft geschaffen und genutzt werden, in denen sich die Menschen begegnen und artikulieren können, wie z.B. Regionalforen, Europäisches Sozialforum, runde Tische mit Vertretern der Zivilgesellschaft bzw. der Kultur, der Regierungen und Geschäftswelt. Damit Gesprächsergebnisse gebündelt und bis in die rechtliche Ordnung hinein umgesetzt werden können, braucht das Gespräch über die Zukunft Europas einen neuen Konvent:

**Ein neuer Konvent für die Zukunft Europas:** Eurokraten und führende Politiker der Mitgliedsstaaten sind weit von den Problemen und Wünschen der Bürger entfernt. Der bisherige EU-Konvent war weder demokratisch legitimiert noch ergebnisoffen. Wir fordern einen neuen Konvent über die Zukunft Europas, der tatsächlich die Interessen der Bürger vertritt. Dies muss durch klare Spielregeln gewährleistet werden, z.B.:

- Der Konvent wird direkt gewählt. Seine Mitglieder kommen aus allen Bereichen und Ebenen der Gesellschaft.
- Ergebnisoffen und ohne Zeitdruck erarbeitet der Konvent Vorschläge für ein Dokument über eine demokratisch verfasste Zukunft Europas. Dieses muss im Einklang mit den Verfassungen der Mitgliedsstaaten stehen. In Referenden in allen EU-Staaten wird das Ergebnis zur Abstimmung gestellt.
- Das Gremium tagt öffentlich. Einzelne Bürger, zivilgesellschaftliche Gruppierungen und Organisationen müssen die Möglichkeit haben, sich im Sinne einer fortlaufenden Bürgerbeteiligung direkt an der Diskussion zu beteiligen und die Ergebnisse zu beeinflussen.
- Kommt es in dem Konvent in einzelnen Fragen nicht zu einer Einigung, so können Minderheitenpositionen als Varianten des Dokuments mit zur Abstimmung gestellt werden. Parallel zum Konvent muss es durch ein Bürgerinitiativ-Verfahren möglich sein, bei den Referenden in allen EU-Staaten den Wählern einen Alternativentwurf zum Konvents-Dokument zur Abstimmung vorzulegen.
- Bei den zur Abstimmung gestellten Varianten und Alternativen ist eine faire und ausgewogene Information der Öffentlichkeit sicherzustellen.

Demokratie ist der grundlegende europäische Wert, der die Aspekte der Freiheit, der Teilhabe und der Solidarität und damit das Bekenntnis zu den Grund- und Menschenrechten einschließt. Wir fordern die Regierungen auf: Stehen Sie einer demokratischen Weiterentwicklung Europas von unten nicht im Wege! Helfen Sie vielmehr mit, die Bedingungen dafür zu schaffen!“

Text der Erklärung: [www.mehr-demokratie.de/eu-zukunft.html](http://www.mehr-demokratie.de/eu-zukunft.html) und <http://www.berlin2007.org/> Dort findet man den Text auch in Dänisch, Spanisch, Französisch, Rumänisch, Italienisch und Slowakisch.

Es käme jetzt darauf an, sich innerhalb der Zivilgesellschaft weiter zusammenzusprechen, über Kernforderungen zu verständigen und gemeinsame Positionen wirksam in die öffentliche Debatte und in viele einzelne Gespräche einzubringen. Nur so kann es gelingen, der Entwicklung noch einmal eine neue Wendung zu geben, d.h. die Implementierung eines Verfassungs- oder Grundlagenvertrages zu verhindern, der grundlegenden Werten Europas - Freiheit, demokratische Teilhabe und Solidarität - nicht gerecht wird.

**Internationale Attac-Tagung am 23./24. Juni in Hannover:** Gelegenheit zu diesem Gespräch wird auch eine internationale Tagung des wissenschaftlichen Beirats von Attac bieten, die unter dem Titel „Die Europäische Verfassung - Kritik und Alternativen“ in Hannover (im Pavillon am Raschplatz) stattfindet. Infos zu Programm und Anmeldung: [www.attac.de/aktuell/termine/Tagung-EU-Verfassung-1.pdf](http://www.attac.de/aktuell/termine/Tagung-EU-Verfassung-1.pdf).

## Für ein humanes, solidarisches Europa

**Attac-Europa-Konferenz am 30. und 31. März in Stuttgart**

Mit einer lebendigen internationalen Gesprächsrunde zur Zukunft der EU und zur Überwindung der Spaltung innerhalb der EU ist die zweitägige Konferenz „EU global - fatal 2: Traum oder Alptraum im Osten?“ zu Ende gegangen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer hatten zuvor Gelegenheit, in zahlreichen Vorträgen und Workshops differenzierte Analysen von Referentinnen und Referenten aus neun - mehrheitlich mittel-osteuropäischen - Ländern zur wirtschaftlichen, politischen und sozialen Situation in Mittel-Ost-Europa sowie zur Frage nach Demokratiedefiziten und Fehlentwicklungen der EU generell zu hören und zu diskutieren.

In seinem Eingangsvortrag „From Socialism to EU-Membership - Illusions and Reality“ räumte Joze Mencinger, ehemaliger Wirtschaftsminister und Vizepremier Sloweniens und Ökonomieprofessor in Ljubljana, mit dem im Westen verbreiteten Vorurteil auf, der Osten werde vom Westen subventioniert. Anhand genauer volkswirtschaftlicher Daten zeigte er, wie das Kapital von Ost nach West fließt. Eine Schlüsselrolle spielten hier die ausländischen Direktinvestitionen, die nicht, wie von Freihandelsvertretern behauptet, zu Wirtschaftsentwicklung und Technologietransfer führten, sondern vor allem für Akquisitionen (Westkonzerne kaufen sich im Osten ein) und im Finanzsektor eingesetzt würden, statt für Neuinvestitionen im Produktionssektor. So seien Monopolbildung mit einhergehender Zerstörung regionaler Wirtschaftsstrukturen, hohe Arbeitslosigkeit und Außenhandelsdefizite die problematischen Folgen.

Slowenien habe die Transformation zur Marktwirtschaft besser überstanden als die meisten anderen mittel-osteuropäischen Länder, da es sich in reformkommunistischer Tradition schon seit dem Ende der 60er Jahre wirtschaftlich geöffnet und sich geweigert habe, die

Schocktherapien der neoliberalen amerikanischen Berater ungeprüft zu übernehmen und stattdessen die Transformation stärker sozial abgefedert habe.

Dorothee Bohle von der Central European University in Budapest sieht in den letzten Erweiterungsrounden einen Paradigmenwechsel im Umgang mit den Neumitgliedern. Die EU habe hier ein selektives Beitrittsmodell praktiziert, wonach die Integration in die EU-Freizone schon vor dem EU-Beitritt ohne schonende Übergangsfristen verlangt wird, während die Teilhabe an EU-Subventionen - beispielsweise im Agrarsektor - oder die Arbeitnehmerfreizügigkeit mit langen Übergangsfristen versehen würden.

Darek Zalega von der Gewerkschaftszeitung „Trybuna Robotnicza“ betonte, dass die Menschen unter der hohen Arbeitslosigkeit bei gleichzeitig mangelhaft ausgeprägten sozialen Sicherungssystemen seit der Transformation nur deshalb überleben könnten, weil es in Polen wie auch in anderen Beitrittsstaaten noch ausgeprägte Strukturen von Subsistenzwirtschaft auf dem Land gebe. Diese würden von der EU-Agrarpolitik, die industrialisierte landwirtschaftliche Großbetriebe begünstige, gefährdet.

Probleme der Migration brachte Monika Karbowska von der Europäischen Feministischen Initiative für ein anderes Europa nahe, ebenso Traute Wolk vom Fraueninformationszentrum in Stuttgart, die zunehmend Frauen aus osteuropäischen (EU)Ländern betreut, die Opfer von Frauenhandel und Zwangsprostitution geworden sind.

Ulrich Duchrow, Theologieprofessor und Gründer von Kairos Europa, forderte, sich bei der Diskussion über ein humanes Europa, nicht von der falschen Alternative staatsbürokratischer Sozialismus und privater Kapitalismus gefangen nehmen zu lassen. Breite Zustimmung erhielt er für die Forderung, die Garantie privater Eigentumsrechte an öffentlichen Gütern zurückzunehmen und die Entwicklung von neuen Formen sozialen Eigentums und der Mitbestimmung der Betroffenen als Baustein für ein solidarisches Europa voranzubringen. Besorgt äußerten sich die Teilnehmenden über nationalistische Tendenzen in Ost- und Westeuropa.

Einig waren sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer darin, dass ein zu entwickelndes Sozialprojekt Europa auch ein Friedensprojekt für Europa brauche und die Aufstellung neuer US-Raketensysteme an der Ostgrenze der EU zur Gefahr einer weiteren Spaltung Europas und einer neuen Rüstungsspirale führen kann. Mit großer Sympathie wurde die Ankündigung von Aktionen der polnischen und tschechischen Zivilgesellschaft gegen diese Pläne, so zum Beispiel ein europäisches Jugendcamp an einem geplanten Stationierungsort, aufgenommen. Gleiches gilt für den Vorschlag eines osteuropäischen Sozialforums.

Die Konferenz unterstützte ausdrücklich auch die Alternative Berliner Erklärung, die am 25. März von einer Konferenz verschiedener zivilgesellschaftlicher Bewegungen verabschiedet worden war (<http://www.berlin2007.org/german/berlin.htm>). In dieser Erklärung wird u.a. von den EU-Regierungen gefordert, das Nein zum vorliegenden Verfassungsvertrag in Frankreich und

den Niederlanden zu respektieren. Gefordert wird ein ergebnisoffener, demokratischer Prozess der den Bürgerinnen und Bürgern das entscheidende Wort über die Zukunft Europas gibt. Hierzu soll es einen demokratisch gewählten Konvent, permanente Bürgerbeteiligung, völlige Offenheit für Initiativen aus der Zivilgesellschaft und Referenden in allen EU-Staaten geben.

ReferentInnen der Konferenz kamen aus Deutschland, Polen, Ungarn, Slowenien, Rumänien, Lettland, Frankreich und Österreich. Kurzbiographien und Statements der ReferentInnen sind bei Interesse verfügbar. Eine Dokumentation mit Vorträgen und Ergebnissen der Konferenz ist in Vorbereitung (vgl. S. 20). Veranstalter der Konferenz waren Attac in Verbindung mit dem Verein für gerechte Weltwirtschaft - Forum 3 - Initiative Colibri - ver.di Bezirk Stuttgart - Kairos Europa - Städtebündnis Wasser in Bürgerhand - Wasserforum Stuttgart - Initiative Netzwerk Dreigliederung - Informationsstelle Militarisierung - Gesellschaft Kultur des Friedens u.a. Förderer waren die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, das Rosa-Luxemburg-Forum Baden-Württemberg und der Katholische Fonds.

kommen - Befreiung von der Arbeit oder Befreiung der Arbeit" lautete das Thema. Bei diesen Veranstaltungen, den Plenumsvorträgen und weiteren Gesprächsrunden wirkten außer den Genannten der belgische Unternehmer Roland Duchâtelet, Kai Eicker-Wolf vom DGB Hessen-Thüringen, Sascha Liebermann von der Initiative Freiheit statt Vollbeschäftigung, Stefan Wolf von der Linkspartei, Birgit Zenker von der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung und Ulrich Morgenthaler vom Forum 3 Stuttgart mit. Am Samstag Abend begeisterte das Theaterkabarett-Trio Birkenmeier-Vogt das Publikum.

Auch ein abendliches Vernetzungsgespräch und die vielen informellen Absprachemöglichkeiten werden sicher dazu beitragen, die Bewegung für ein bedingungsloses Grundeinkommen weiter zu stärken. Der Dank der TeilnehmerInnen galt Organisator Nothart Rohlf und allen Kasseler MitarbeiterInnen.

Audio-CDs mit den Beiträgen sind erhältlich unter [www.sonnenweb.com/os/catalog](http://www.sonnenweb.com/os/catalog). Übrigens: Der Omnibus für direkte Demokratie hat jetzt eine Aktion „Volksabstimmung für Einkommen - Arbeit für Volksabstimmung!“ gestartet, um die gesellschaftliche Debatte über das Thema weiter voranzubringen und neue Gesichtspunkte mit einzubringen. Ein Flugblatt zum Ausdrucken und Verteilen auf Veranstaltungen findet man im Internet unter [www.omnibus.org/262.html](http://www.omnibus.org/262.html).

## Bedingungsloses Grundeinkommen

### Großer Erfolg der Kasseler Tagung

400 Teilnehmer bei Tagung „Bedingungsloses Grundeinkommen - wie?“ im Anthroposophischen Zentrum

*Christoph Strawe*

Rund 400 Teilnehmerinnen fanden sich vom 1. bis 3. Juni im Anthroposophischen Zentrum Kassel zu einer Arbeitstagung „Bedingungsloses Grundeinkommen - wie?“ zusammen. Es war eine Tagung, die Mut machte, viele Dialoge und Begegnungen ermöglichte und zu einem differenzierteren Verständnis des Themas beitrug. Das begann mit der Eröffnung durch Johannes Stüttgen und Gerald Häfner und setzte sich bis zum abschließenden Plenum fort, dem eine von Häfner souverän moderierte Dreierunde zwischen Thüringens Ministerpräsident Dieter Althaus, Götz Werner und dem Autor vorwegging, die bei allen Unterschieden in einzelnen Bewertungen ohne den oft üblichen Schlagabtausch zum echten Gespräch geriet.

Dazwischen lagen parallele Vorträge und Zweiergespräche vor und mit dem Publikum. Ich selbst traf dabei auf Ronald Blaschke vom Netzwerk Grundeinkommen: zusammen versuchten wir in einem freundschaftlichen Austausch mehr Klarheit über Grundeinkommen und Arbeitsbegriff zu gewinnen - „Bedingungsloses Grundein-

### Podiumsdiskussion in Wien

*Hellmut Fischmeister, Sabine Soucek*

Am 28. April fand in der Diplomatischen Akademie, Wien, veranstaltet vom Karl Julius Schröder-Zweig und der Landesgesellschaft Österreich der Allgemeinen Anthroposophischen Gesellschaft, eine Podiumsdiskussion zum Grundeinkommen mit einem interessanten Teilnehmerkreis statt:

*Margit Appel* ist Politologin an der Katholischen Sozialakademie Österreichs und Koordinatorin des österreichischen Netzwerks Grundeinkommen und sozialer Zusammenhalt. Sie hat zusammen mit den Grundeinkommen-Netzwerken Deutschlands und der Schweiz im Oktober 2005 den ersten deutschsprachigen Kongress zum Thema veranstaltet. Als die bestmögliche Fürsprecherin des bedingungslosen Grundeinkommens in der österreichischen Politik umreißt sie in großer Klarheit die Grundgedanken des Konzepts und geht auf die gebräuchlichsten Einwände ein. *Benediktus Hardorp* hat gemeinsam mit Götz Werner das Konzept eines konsumsteuer-finanzierten Grundeinkommens ausgearbeitet, das er wie kaum ein anderer zu begründen versteht. *Herbert Rauch* ist Rechts- und Sozialwissenschaftler, Begründer und Leiter des Instituts für Sozialanalyse und Vize-Präsident von ESD (European Association for the Promotion of Sustainable Development). Zusammen mit Alfred Strigl, Biochemiker und Wirtschaftswissenschaftler, und mit Teams befreundeter Experten hat er die „Wiener Deklaration für eine zukunftsfähige Weltordnung“ erarbeitet. In der dort vorgeschlagenen Version soll allen Staatsbürgern eine „Grundsicherung“



zwar nicht bedarfsgeprüft, aber doch nicht bedingungslos zukommen. Sie soll verdient werden durch einen Gemeinschaftsdienst - eine Art erweiterter Zivildienst -, der nach der Schule von jedem jungen Mann und jeder jungen Frau erwartet werden könne. *Gerhard Schuster* arbeitet in der Initiativ-Gesellschaft EuroVision, die sich u.a. für den Ausbau direkter Demokratie durch dreistufige Volksgesetzgebung einsetzt. Für Schuster ergibt sich das Grundrecht auf Einkommen aus den gewandelten Grundverhältnissen unserer Gesellschaft, in denen die Trennung von Arbeit und Einkommen längst zur Realität geworden ist, jedoch in den gesellschaftlichen Ordnungen noch nicht vollzogen wurde. *Rahel Uhlenhoff*, Magisterstudentin an der Freien Universität Berlin, ist Gründungs- und Vorstandsmitglied der Bürgerinitiative bedingungsloses Grundeinkommen mit Sitz in Berlin. Ein weltweites Grundeinkommen schein, so *Uhlenhoff*, zwar noch in geradezu utopischer Ferne zu schweben. Doch wenn die zunehmende Wirtschaftsverflechtung eine Weltwirtschafts- und Währungsunion nötig macht, so könnte diese auch eine Weltozialunion nach sich ziehen.

Gesamteindruck: Über das grundsätzliche Ziel herrscht Einigkeit, über die Wege wenigstens in den Anfängen. Aber was hindert uns alle, gemeinsam so weit zu gehen, wie die Gemeinsamkeiten reichen? Dabei ergeben sich weitere Gemeinsamkeiten, und am Ende kommen wir vielleicht doch gemeinsam ins Ziel. - Die Veranstaltung wurde auf Video und DVD aufgezeichnet; die Aufnahme ist für EUR 15 bei der Firma Ing. Friedel Hans, Tel. ++43 (0)1 / 869 99 77 erhältlich. Weitere Information unter [www.videotechnik.at/grundeinkommen/](http://www.videotechnik.at/grundeinkommen/)

## Agro-Gentechnik

### Vandana Shiva ruft zu zivilem Ungehorsam gegen Agro-Gentechnik auf

Bei ihrer Rede am 7. Juni, mit der der G8-Gegengipfel schloss, rief die Trägerin des alternativen Nobelpreises zu zivilem Ungehorsam auf. „Wenn Menschen Gesetze schaffen, die uns der Freiheit berauben, kann man nur frei sein, indem man diese Gesetze bricht“, rief sie und lobte die Blockaden von Heiligendamm unter großem Applaus in der Nikolaikirche. Gandhi habe ein großes Vermächtnis hinterlassen. Die leidenschaftliche Gentechnik-Gegnerin warb anschließend für zwei Anti-Gentechnik-Aktionen: für die Aktion „Genfrei gehen“ - einen Marsch von der Ostsee bis zum Bodensee mit Start am 27. Juli - und für das Gendreck-weg!-Wochenende vom 19. - 22. Juli 2007 östlich von Berlin. Am Sonntag, dem 3. Juni, hatte in Rostock ein „Aktionstag globale Landwirtschaft“ stattgefunden. Zur Auftaktkundgebung an der Uni Rostock, die zahlreiche Gentechnik-Freilandversuche durchführt, waren über 5000

Menschen gekommen. Ein breites Bündnis demonstrierte in den Straßen gegen konzernorientierte Landwirtschaft und gegen Agro-Gentechnik, Geschmückte Traktoren, das Patentmonster der BUKO-Kampagne gegen Biopiraterie, zahlreiche Großpuppen und viele Transparente trugen zur Wirkung der phantasievollen Demonstration bei. Im zeitlichen Zusammenhang mit dem G8-Gipfel fanden auch „Feldbefreiungen“ von Genmaiefeldern in Mecklenburg und Brandenburg statt. Quelle: [www.gendreck-weg.de](http://www.gendreck-weg.de)

## Gegen Zwangsernährung mit Gentechnik

### Appell von foodwatch-Geschäftsführer Thilo Bode

In einem Schreiben Thilo Bodes an foodwatch-Interessierte heißt es unter anderem: „Sicher verfolgen auch Sie seit einiger Zeit die Diskussion um Gentechnik in unserem Essen. Laut Umfragen lehnen Verbraucher den Einsatz von Gentechnik bei der Nahrungsmittelherstellung mehrheitlich ab. Keiner weiß, welche Folgen der Einsatz dieser Technik für kommende Generationen haben wird. Wie es wirklich ist, werden vielleicht erst unsere Kinder erfahren. Leider könnte es dann zu spät sein!“ Aus diesem Grund fordert Bode, „dass die Verbraucher beim Einkaufen erkennen können, welche Produkte gentechnisch verändert wurden, damit sie sich frei dafür oder dagegen entscheiden können: „Vielleicht denken Sie, dass Sie diese Möglichkeit schon haben. Also echte Wahlfreiheit besitzen. Schließlich gibt es ja seit April 2004 eine Kennzeichnungspflicht für gentechnisch veränderte Lebensmittel.“ Dies sei jedoch ein Trugschluss: „Sie haben keine Wahlfreiheit. Denn es gibt keine Kennzeichnungspflicht für Fleisch, Milch und Eier, also für Produkte, die mit Hilfe von Gentechnik-Futtermitteln hergestellt wurden. Das ist insofern fatal, als dass 80 Prozent aller gentechnisch veränderten Pflanzen in den Mägen von Tieren landen, deren Fleisch wir später verzehren. Und das bedeutet: Wir Verbraucher sind machtlos, weil wir nicht wissen, ob die tierischen Nahrungsmittel, die wir kaufen, mit Hilfe von Gentechnik hergestellt wurden oder nicht!“ Bode bezeichnet das als „Zwangsernährung“, die „völlig unakzeptabel“ sei und einen „Angriff auf unser Selbstbestimmungsrecht als Verbraucher“ darstelle. Bode ruft zur Gegenwehr auf und wirbt dafür, Fördermitglied bei foodwatch zu werden, um die Kampagnenfähigkeit der Organisation zu stärken. Viel sei schon erreicht, „wenn große Konzerne Fleisch anbieten, das mit gentechnikfreiem Futter hergestellt worden ist. Dann haben wir Verbraucher mehr Auswahl und der Markt für gentechnikfreies Futter wird anwachsen. Deshalb wollen wir große Unternehmen dazu bringen, gentechnikfreies Fleisch anzubieten. Einen Anfang haben wir mit der foodwatch ‚Bürgerbewegung‘ gemacht, mit der wir McDonald’s auffordern, auch Burger ohne Gentechnik anzubieten.“ Konzerne wie McDonald’s reagierten nur auf öffentlichen Druck und wenn Gewinneinbußen drohten. Quelle: foodwatch Newsletter vom 7.6.2007, foodwatch e.V., Brunnenstr. 181, 10119 Berlin, Tel. +49 (0) 30 / 24 04 76-0, Fax 24 04 76-26, info@foodwatch.de, [www.foodwatch.de](http://www.foodwatch.de)

## Grüne Gentechnik in Deutschland verhindern, aber wie?

Leserbrief zum Artikel „Der Kampf gegen die Gentechnik braucht solidarische Unterstützung“, in „Sozialimpulse“ Nr. 1, März 2007

Gabriele Wickenhäuser

In der Funktion von passiven Fördermitgliedern von Greenpeace sind wir als „gute“ Bürgerinnen und Bürger gewohnt, unseren finanziellen Beitrag an Idealisten zu leisten, die bewusst Ordnungswidrigkeiten wie Blockaden oder strafrechtsrelevante Regelverletzungen wie „Feldbefreiungen“ begehen, indem wir in deren Rechtshilfefond einzahlen. Aber sind diese Methoden in jedem modernen Kampf „David gegen Goliath“ die angemessene Lösung?

Die „gerechteren“ Spielregeln werden heute endlich durch das deutsche staatliche Recht gebildet. Ein gerechter Mitspieler nutzt die geltenden Gesetze für sich, indem er alle zulässigen Rechtswege durchschreitet, um sein Ziel zu erreichen - notfalls bis vor den Europäischen Gerichtshof in Luxemburg. Ein Widerstandsrecht (Art. 20 Abs. 4 GG) ist - ausnahmsweise - nur zur Rettung der verfassungsmäßigen Ordnung selbst vorgesehen, nicht zur Rettung von ursprünglichen Naturzuständen.

Im aktuellen Konfliktfall der Existenzbedrohung von biologisch wirtschaftenden Landwirten und Imkern durch die Freisetzung von genmanipulierten Pflanzen gilt als Rechtsgrundsatz in der EU die friedliche Koexistenz. Aber ist diese überhaupt real möglich? Ein Musterprozess könnte mit Hilfe einer - die Gerichte überzeugenden - rationalen Antwort auf diese Frage die Lösung des Konflikts für ganz Europa bringen. Gibt es diese rationale Begründung als Abwehrstrategie gegen das drohende landwirtschaftliche Produktionssystem mit genetisch veränderten Organismen (GVO) überhaupt? Können wir unser intuitives Unbehagen in der Sache über die Bewusstseinsschwelle heben und in rationale Argumente verwandeln? Als wahre Europäer müssten wir dies unbedingt wollen, um gegenüber anderen Rechtskreisen als glaubwürdig gelten zu können.

Ich will nun den Volljuristen ihre Arbeit nicht abnehmen. Aber vielleicht kann ich als Rechtsphilosophin eine Spur legen. Meiner Einschätzung nach bietet nur die moderne analytische Philosophie einen möglichen rationalen Begründungsansatz, der dann noch überzeugend in ein gerichtliches Prozessverfahren eingebracht werden müsste. Rein formal haben bekanntlich Ökolandwirte und „Grüne Gentechniker“ die gleichen Rechte. Inhaltlich sind diese beiden bürgerlichen und liberalen Grundrechtsansprüche auf Berufsfreiheit und Eigentumsschutz jedoch ungleich. Denn durch die tatsächliche (faktische) Existenz eines Feldes mit gentechnisch verändertem Mais MON810 wird die Existenz des in der Nähe liegenden Feldes mit Ökopflanzen biologisch (= bedeutungslogisch) verneint. Diese bio-logischen Tatbestände, die die Menschen dann zu den sogenannten „Notstandsreaktionen“ provozieren, lassen sich ja wohl heute nicht mehr wegdiskutieren. Sie sind ja bereits

„aktenkundig“ geworden in Form von Strafverfahren wegen Sachbeschädigung. Die „Feldbefreier“ sehen in einem Genfeld durch die natürlichen Prozesse der Aussamung und des Bienenflugs eine schädliche Emissionsquelle, die jedes Ökofeld in der Umgebung existenziell, d.h. in seinem Wesensgehalt vernichtet. Diesen Widerspruch könnte man mit moderner philosophischer Terminologie als bio-logische Negation bezeichnen. Der Muster-Ökobauer könnte gegen einen realen benachbarten Gentechniker mit dieser logischen Begründung vor dem zuständigen Gericht der ersten Instanz auf Bestandschutz klagen. Auch schon vor Eintritt eines tatsächlichen Schadensfalles müsste diese Argumentation vernünftig und rational denkende Richterinnen und Richter in einem tatsächlich gegebenen regionalen Präzedenzfall einer Koexistenz von GVO- und GVO-freiem Anbau überzeugen. Denn bei einer Kollision von Grundrechten muss das Gericht nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit abwägen. Nofalls müsste ein akademisch-wissenschaftlich anerkanntes philosophisches (forensisches) Gutachten helfen.

Die Wahrscheinlichkeit, dass sich alle deutschen Richterinnen und Richter des vollen Instanzenweges in ihrer freien Urteilsbildung gemäß Artikel 97 unseres Grundgesetzes zugunsten des „Grünen Gentechnikers“ entscheiden werden, halte ich persönlich für gering. Dazu wurde die deutsche Richterschaft nach den traumatischen Erfahrungen des Nationalsozialismus im Allgemeinen zu gründlich in Logik (hier: Subsumtion) geschult. Außerdem hat in der Geschichte der Erde am Ende bisher immer wieder die Natur über alle menschlichen oder unmenschlichen Machbarkeitswahnvorstellungen gesiegt. Vertrauen wir doch darauf, wenn wir schon nicht der Logik vertrauen!

## Das Christus-Ereignis im Zwischenmenschlichen

Seminar mit J. Ben-Aharon, 22. - 25. 3. 2007 im Haus Freudenberg der Christengemeinschaft (Starnberg bei München)

Ein Erlebnisbericht von Hellmut Fischmeister\*

„Das soziale Leben in Christus-durchdrungene Alltagsrealität zu verwandeln, ist die größte Verantwortung, die diejenigen Menschen, die die Wiederkunft wahrhaft erlebt haben, heute auf sich nehmen können. Das moderne Christus-Erlebnis ist zugleich das Urbild und das verborgene Fundament für die neue menschliche Begegnung.“ (J. Ben-Aharon, aus dem 7. Kapitel seines Buches „Die neue Erfahrung des Übersinnlichen“.)

„Die Wiederkunft wahrhaft zu erleben“ ist eine Gabe, die nach Rudolf Steiner ab der Mitte des 20. Jahrhunderts zuerst einigen wenigen, dann immer mehr Menschen zuteil wird, bis sie in fernerer Zukunft allen Menschen gegeben sein wird. Es handelt sich um eine Veränderung der menschlichen Seelenorganisation, die schließlich die

\* Hellmut Fischmeister, Fürstenwartweg 11, 8020 Graz, Tel. ++43 316 586425, hellmut.fischmeister@tugraz.at

ganze Menschheit umfassen soll. Was aus Saulus vor Damaskus den Paulus machte, war die erste derartige Begegnung eines Menschen mit dem in der Äthersphäre der Erde fortwirkenden Christus. Über die Jahrhunderte konnten Menschen mit besonderer Begabung derartige paulinische Christus-Erlebnisse haben. Steiner macht darauf aufmerksam, dass sie in unserer Zeit immer häufiger auftreten. Es sei wichtig, sie als das zu erkennen, was sie sind: Begegnungen mit dem Christus.

Jesaiah Ben-Aharon ist ein israelischer Philosoph und Biologe, der von einer Gastprofessur in USA zurückkehrte, um an dem schwierigen Geschick seines Landes mitzuwirken. Er lebt im anthroposophischen Kibbutz Harduf, den er mit Freunden begründet hat, und lehrt unter anderem an der Universität von Jerusalem. Sein erstes Buch (1993) trägt den Titel „Das spirituelle Ereignis des 20. Jahrhunderts - die okkulte Bedeutung der zwölf Jahre von 1933 bis 1945“. Es wirft ein völlig neues, sinngebendes Licht auf die zentrale Zivilisationskatastrophe Europas. Sein zweites Buch, „Die neue Erfahrung des Übersinnlichen - Das anthroposophische Erkenntnisdrama der Wiederkunft“ (1995) befasst sich methodisch mit der Möglichkeit heutiger Menschen, eine Christus-Begegnung der paulinischen Art zu empfangen und zu verarbeiten. Ein drittes Buch, „Die globale Verantwortung der USA“ (2004) entwickelt praktisch-politische Konsequenzen vor dem Hintergrund einer vom Christus-Erlebnis durchdrungenen Gegenwartssicht.

Im Seminarzentrum Freudenberg der Christengemeinschaft hat Ben-Aharon in den letzten Jahren bereits mehrere Seminare aus dem Themenfeld seines zweiten Buches gehalten. Das diesmalige Seminar schloss an das 7. Kapitel des Buches an, betitelt „Die Christus-Erscheinung im Zwischenmenschlichen“. Wenn wir die Gegenwart des Christus in der moralischen Sphäre der Erde gewahr werden, reichen die Konsequenzen für jeden Einzelnen bis tief in die sozialen Verhältnisse hinein: das Zwischenmenschliche, unser Verständnis für einander, unser Umgang mit einander, kann in einer Welt, die den Christus ernst nimmt, nicht äußerlich und oberflächlich bleiben. Ben-Aharon schildert, wie das paulinische Erlebnis sich im Menschen auswirkt: eine kraftvolle Erleuchtung in wahrer Selbsterkenntnis, gefolgt von einer Seelenwandlung, die sich der Offenbarung des Christus in der Seelenwelt verdankt; im dritten Schritt erkennt der Mensch, dass ihm vom Christus jetzt die Verantwortung für die künftige Entwicklung der Erde und der Menschheit übertragen wird. Im Alltag sind wir versucht, die moralische Verpflichtung, die mit jeder Menschenbegegnung verbunden ist, zu verdrängen: „Bin ich der Hüter meines Bruders?“ Im Lichte des gegenwärtigen Christus kann der Mensch diese Versuchung überwinden. „Und wenn diese Frage [nach dem Bruder] ertönt [...] wird sie unmittelbar in eine andere Frage verwandelt, die von der Stimme des Geistgewissens ausgesprochen wird: Liebst Du mich?“ (Ben-Aharon, „Die neue Erfahrung ...“, S. 165).

Menschenbegegnungen so tief zu erleben, war das Thema des Seminars. Ben-Aharon predigt nicht und doziert nicht - er lässt Gedanken anklingen und sieht leise lenkend und behütend zu, wie sie bei den Teilnehmern Farbe, Gestalt und Wärme bekommen. Ein

kurzer Satz, eine Anekdote, ein Zitat deutet die Richtung des nächsten Schrittes an. Die Arbeitsform wechselte zwischen dem Plenum der ca. 40 Anwesenden und Kleingruppen, in denen es darum ging, einschlägige Erlebnisse in der eigenen Seele zu finden, oder sie sich anhand von Texten moderner, nicht-anthroposophischer Philosophen vor Augen zu führen. Man entdeckt: da gibt es Menschen, die haben aus ihren ganz anderen Hintergründen heraus genau das erlebt, worum wir uns hier bemühen!

Methodischer Angelpunkt war das Streben, sich von alten Vorstellungen und Denkhülsen frei zu machen, sie abzustreifen und statt dessen gegenwärtig und neu zu denken. Der Mensch ist so beschaffen, dass er jeder Wahrnehmung einen Begriff zuordnen will. In der Regel greift er aber dabei nicht neu in die Sphäre der Ideen, sondern in die Mottenkiste gewohnter Vorstellungen. Das geht so schnell und zwanghaft, dass es uns in der Regel nicht bewusst wird, und so ersticken wir echte Erkenntnis ständig unter vergangenem Denken und Vorstellen; oft sind es nicht einmal eigene Gedanken, sondern angelesene. Die Themen der Kleingruppenarbeit waren darauf angelegt, sich so gänzlich wie möglich der Wahrnehmung des betrachteten Sachverhaltes hinzugeben und mit dem Begriff zunächst zu warten - bis die zutreffende Idee sich einstellt: als frische Intuition, nicht mehr durch Reproduktion alten Denkens. In einer weiteren Runde ging es darum, die Wahrnehmung stufenweise zu vertiefen: was empfinde ich, wenn ich ein Antlitz betrachte ...; wenn ich ihm meine Seele öffne ...; wenn ich mich seinem Wesen rückhaltslos zuwende ...? So waren die drei Tage erfüllt vom Üben freien Denkens, das die Themen lebendig umkreist und aus immer wechselnden Blickwinkeln betrachtet. Am Ende fügte sich alles zwanglos zusammen. In Worten war vom „Christus im Zwischenmenschlichen“ kaum gesprochen worden, aber plötzlich wurde klar: Er war es, um den es die ganze Zeit gegangen war.

## Termine

### Israel und Palästina im Zusammenprall der Kulturen

Jesaiah Ben-Aharon hält am Freitag, 12. Oktober, um 19 Uhr einen öffentlichen Vortrag in der Diplomatischen Akademie Wien (Theresianum, Favoritenstr. 15) zum Thema „Israel und Palästina im Zusammenprall der Kulturen“, und am 13. Oktober in der Anthroposophischen Landesgesellschaft Österreich (Tilgnerstr. 3, Wien) einen Vortrag für Mitglieder und Freunde der

Anthroposophischen Gesellschaft zum Thema „Der spirituelle Verlauf des zwanzigsten Jahrhunderts und die Ziele Michaels für das einundzwanzigste“.

## Demokratie und Wirtschaft?

**Jahrestagung von Mehr Demokratie e.V.  
in Eisenach, Fr. 13. - So, 15. Juli 2007**

Nicht erst seit das Zeitalter der Globalisierung angebrochen ist, stehen Demokratie und Wirtschaft in einer spannungsreichen wechselseitigen Beziehung zueinander: Einerseits ist das marktwirtschaftliche System bislang das einzige, in dem Demokratie dauerhaft gewährleistet werden konnte - andererseits stehen die Gesetzmäßigkeiten einer am Profit orientierten Wirtschaft den Ansprüchen einer am Allgemeinwohl und an weitgehender Selbstbestimmung orientierten Demokratie des öfteren entgegen. Die Jahrestagung 2007 von Mehr Demokratie e.V. möchte dieser komplexen Wechselwirkung und ihren verschiedenen Aspekten auf den Grund gehen:

Haben direktere Formen der Demokratie positive Auswirkungen auf die Wirtschaft? - Wie wirkt sich wirtschaftliche Ungleichheit auf die demokratischen Einflussmöglichkeiten aus? - Wie kann dem Einfluss mächtiger Lobbys auf die demokratischen Instanzen Einhalt geboren werden? - Wie steht es mit dem bürgerschaftlichen Einfluss im Bereich der kommunalen Unternehmen, die einer zunehmenden Tendenz zur Privatisierung ausgesetzt sind? Diese und andere Fragen werden bei dieser Tagung im Mittelpunkt stehen.

Freitag: Ab 17.00 Anreise/Einchecken. 18.00 Begrüßung. 19.00 Abendessen. 20.00 Eröffnungsvortrag „Wirtschaft, Demokratie und Glück - kann das zusammen gut gehen?“ (Prof. Dr. Reiner Eichenberger, Universität Fribourg).

Samstag: 9.00 „Mehr Demokratie und die Wirtschaftsordnung - was hat beides miteinander zu tun?“ (Gerald Häfner, Vorstandssprecher Mehr Demokratie). 10.45 Arbeitsgruppen I: Vom homo oeconomicus zum homo democraticus? Oder: wie wird der Mensch demokratiefähig? (Prof. Dr. Jürgen Maes, Hochschule der Bundeswehr, München). - Demokratie und Marktwirtschaft: Bedingt das eine das andere? (Prof. Eichenberger). Lässt sich das Geldwesen demokratieverträglich gestalten? (Prof. Dr. Roland Geitmann, Kehl). - Wird unsere Demokratie abhängig von Beratern und Experten? (Werner Rügemeier, Publizist, Köln). 12.45 Plenum: Vorstellung der Arbeitsergebnisse. 15.00 Markt der Möglichkeiten - Initiativen bei Mehr Demokratie stellen sich vor. 15.30 Vorstellung der zweiten vier Arbeitsgruppen. 16.00 Arbeitsgruppen II: Möglichkeiten bürgerschaftlicher Einflussnahme bei staatlichen und privaten kommunalen Einrichtungen. (N.N., GLS-Bank). - Wirtschaft und bürgerschaftliche Selbstverwaltung des kommunalen Lebens (Klaus-Michael Rothe, IHK Schwerin).- Wirtschaftliche Ungleichheit und ihre Auswirkungen auf die Einflussnahme-Chancen in der Demokratie (Dr. Christoph Strawe, Stuttgart). - Ohne eine Neubestimmung des Geldwesens bleibt die Demokratie Spielball der

Wirtschaft (Johannes Stüttgen, Unternehmen Wirtschaft und Kunst, Düsseldorf). 18.30 Plenum: Vorstellung der Arbeitsergebnisse. 20.30 „Wasser unterm Hammer“ Dokumentarfilm.

Sonntag: 9.30 Globalisierte Wirtschaft, Bürgergesellschaft und die Zukunft der Demokratie (Sven Giegold, attac/angefragt). 11.00 Demokratie als Aktiengesellschaft? Der Einfluss von Unternehmen auf die demokratische Gestaltung (Prof. Dr. Peter Grassmann, Die Umwelt-Akademie). 12.00 Feedback- und Abschlussrunde.

Tagungsort: Hotel Haus Hainstein, Am Hainstein 16, D-99817 Eisenach. Anfragen zur Anmeldung: Mehr Demokratie, c/o Diana Stahlberg, Greifswalder Straße 4, D-10405 Berlin, Tel. 030 / 420 823 70, Fax 030 / 420 823 80, E-Mail: [Info@no-spammehr-demokratie.de](mailto:Info@no-spammehr-demokratie.de), Anmeldungen online: [www.mehr-demokratie.de/618.html](http://www.mehr-demokratie.de/618.html)

## Literatur

### Chico Whitaker: Das Weltsozialforum - Offener Raum für eine andere Welt

*Wilhelm Neurohr*

Das aus dem Portugiesischen von Elsmarie Pape übersetzte und in Brasilien bereits erschienene Buch von Francisco „Chico“ Whitaker - mit einem eigenen Vorwort zur deutschen Ausgabe und „allen Kindern dieser Welt gewidmet“ - umfasst die Entwicklung und die sich eröffnenden Perspektiven des Weltsozialforums in seinen vielfältigen Dimensionen und als bedeutende politischen Neuerung des 21. Jahrhunderts. Zugleich ist es Drehbuch und Arbeitsmaterial für die Organisation und die Prozessgestaltung von Sozialforen - um deren Ziel und weiteren Weg im Kampf für eine neue Welt derzeit gerungen wird unter der Fragestellung: Das Weltsozialforum als Bewegung oder als offener Raum? Welche Neuerungen bringt das Weltsozialforum als Forum politischen Handelns?

Die positive aktuelle Krise des Weltsozialforums, das von Porto Allegre im Jahr 2001 bis Nairobi im Jahre 2007 alljährlich zeitgleich als Alternative zum Weltwirtschaftsforum Davos der neoliberalen Globalisierungselite stattfindet, wirft die Zukunftsfrage auf: Wie geht es weiter? Was ist das wesentlich Neue und Bedeutende, das Welt Verändernde der Weltsozialforen und ihrer Arbeitsweisen? Wird das Weltsozialforum seinem An-

spruch im Sinne eines neuen Denkens und veränderten Handelns gerecht oder scheitert es an der Wiederkehr alten Denkens und hierarchischen oder zentralistischen Handelns, weil die Zeit noch nicht reif ist? Im Mittelpunkt der Betrachtung steht die Kernfrage, wie durch eine horizontale Organisation auf gleicher Augenhöhe aller eigenverantwortlich Beteiligten ohne Mehrheits- oder Führungsansprüche erneuernde gesellschaftliche Wandlungs- und Lebenskräfte entstehen können.

Als Mitglied des Organisationskomitees und Mitbegründer des Weltsozialforums hat der 1931 in Brasilien geborene Autor, Träger des Alternativen Nobelpreises, eine bewegte Biografie und ein lebenslanges Engagement für soziale Gerechtigkeit vorzuweisen: Beruflich als Stadt-, Regional- und Regierungsplaner beginnend, dann als Berater, Aktivist und Vertreter katholischer Einrichtungen einflussreich tätig, schließlich als Planungsdirektor der brasilianischen Bundesinstitutes für Agrarreformen. Nach seinem 15-jährigen Exil, wo er als Ausbilder für Entwicklungshelfer in nationalen und internationalen Funktionen u.a. bei der UNESCO und den Vereinten Nationen in Chile (vor und während der Regierung Allende) tätig war, ist er zeitweilig Stadtrat in Sao Paulo. Ihm ist es mit zu verdanken, dass sich nach der Jahrtausendwende das Weltsozialforum kraftvoll auf der weltpolitischen Bühne behaupten konnte.

Auf 250 Seiten mit 4 Kapiteln und 14 Anhängen zeichnet er zunächst die Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte und den Entwicklungsprozess des Weltsozialforums nach. Vorangestellt ist ein Vorwort von Oded Grajew, ebenfalls Brasilianer und Vorsitzender der Unternehmerstiftung „Ethos“, der im Jahr 2000 die eigentliche Idee zum Weltsozialforum in Porto Allegre hatte und ebenfalls dem Organisationskomitee angehört. Er betont, dass die Glaubwürdigkeit und die Fähigkeit zu vernetzen, zu führen, zu sensibilisieren und zu mobilisieren davon abhängt, ob unser Reden und Handeln übereinstimmen im Sinne gelebter positiver Beispiele.

Die Flamme der Begeisterung aufrechtzuerhalten sei die zweite Herausforderung, um die Kräfte nicht nur in der Verkündigung unserer Ideen, Pläne und Wünsche zu investieren, sondern hauptsächlich darin, eine andere Gesellschaft selber aufzubauen und zu gestalten, indem wir unseren Geist befreien und Herz und Verstand miteinander sprechen lassen. „Wir sind und werden auch immer das sein, was wir tun und nicht nur das, was wir denken, uns vorstellen oder sagen.“ Das vorliegende Buch von Chico Whitaker werde entscheidend dazu beitragen, diesen gerade begonnenen Weg revolutionärer politischer und sozialer Veränderungen zu begreifen.

In seiner Einführung betont Whitaker, dass es angesichts weltumspannender Herrschaftsstrukturen von grundlegender Bedeutung sei, dass das Projekt des kontinuierlich weiter-zu entwickelnden Weltsozialforums sich über den ganzen Planeten ausbreitet und sich überall lokal verankert. Nur wenn andersartiges politisches Handeln freigesetzt werde, sei die Gewalt von Unterdrückung und Militarismus und die Gegengewalt von Terrorismus einzudämmen, um so dass Weiterbestehen des Lebens auf der Erde zu sichern.

Mit der vorangestellten Charta der Prinzipien des Weltsozialforums als grundlegendes Dokument wird der Charakter eines offenen Raumes für die Begegnung von Gruppen, Organisationen und Bewegungen der Zivilgesellschaft betont, die sich dem Neoliberalismus und der Weltherrschaft des Kapitals widersetzen. Seit dem Auftakt in Porto Allegre befinde man sich in einem permanenten Prozess der Suche nach Alternativen. Das Weltsozialforum habe jedoch keinen Beschlusscharakter, sondern eine Mittlerfunktion, und niemand könne im Namen anderer für andere oder für alle Teilnehmer sprechen. Vielmehr sei das Weltsozialforum ein Ort des Erfahrungsaustausches, der Auseinandersetzung und eine Bewegung der Ideen zur Lösung sozialer Probleme mit gegenseitiger Anerkennung und Förderung des gegenseitigen Verständnisses und Achtung der Vielfalt.

Insofern seien „soziale Bewegung“ und „sozialer Raum“ mit ihren jeweiligen Eigenarten zwei völlig unterschiedliche Dinge, die auf ihre Weise mit unterschiedlichen Rollen in Koexistenz nach gleichen Zielen streben, wobei aber nicht das Forum in eine Bewegung transformiert werden dürfe. Das Forum lebe von der Macht offener, horizontaler Strukturen, als wichtigste politische Entdeckung der jüngeren Zeit.

Trotz vieler interner Konflikte und Auseinandersetzungen unter den Aktivisten und Bewegungen innerhalb des Weltsozialforums über diese und andere Fragen strahlt das Buch von Whitaker in den weiteren Kapiteln einen großen, ansteckenden Optimismus aus. Mit den grundlegenden Optionen für die Organisation von Sozialforen im zweiten Kapitel wird deutlich, was mit dem „offenen Raum“ gemeint ist und was es damit auf sich hat; warum Selbstorganisation, Selbstverwaltung und Mitverantwortung sowie Gleichberechtigung „auf gleicher Augenhöhe“ so wichtig sind auch für das individuelle freie Engagement und die Erfolgsaussichten. Auf der horizontalen Ebene seien alle Teilnehmer und Veranstaltungen des Forums gleich wichtig und wertvoll und eine Vielfalt politischer Aktionen sei möglich, was durch Hunderte von Seminaren und Workshops zum Ausdruck komme. Die Strukturveränderung und die innere Veränderung gingen mit einander einher.

Das 3. Kapitel schließlich vertieft die Fragen zur Entwicklung des Sozialforums und verdeutlicht den Unterschied des „offenen Raumes“ und einer „Bewegung“. Die Umwandlung des Sozialforums in eine Bewegung sieht Chico Whitaker als eine große Gefahr, weil es sich dann erschöpfen und verschwinden würde. Deshalb dürfe es weder mit Führungsinstanzen ausgestattet noch mit einer ideologischen Richtung versehen werden. Den Ausschluss politischer Parteien oder staatlicher und militärischer Institutionen aus dem zivilgesellschaftlichen offenen Raum begründet er fundiert und nachvollziehbar, weil es auf die individuelle Einzelpersonlichkeit ankomme, unabhängig von Gruppen- und Parteizugehörigkeiten. Des Weiteren stellt er die Frage nach der politischen Wirksamkeit und Effizienz des Sozialforums, das nur Prozesse anstoßen, aber nicht selber organisieren kann. Deshalb müsse auch der Versuchung „abgestimmter Schlussdokumente“ und Festlegungen am Ende der Foren widerstanden werden.

Im vierten Kapitel zeigt der Autor Perspektiven auf, beginnend bei den gesellschaftlichen und kulturellen Auswirkungen des Sozialforums von Mumbai. Als größte Gefahr in den nächsten Jahren sieht er die lähmende Angst und den Mangel an Zuversicht an, dass eine andere Welt möglich sei. Da wir aber schon auf dem Weg der Veränderungen seien und die alternativen Ideen immer populärer werden, bestehe die Hoffnung, dass sich immer mehr Menschen weltweit dafür engagieren. Die positive Krise des Weltsozialforums hänge auch mit seinem erfreulichen Wachstum zusammen. Die zahlreichen Anhänge zu dem Buch sind wichtige Dokumente, in denen auch noch einmal die heutigen Herausforderungen für das Weltsozialforum, die Fragen, wo es steht und wo es hingehet und was die eigentliche Neuerung im politischen Handeln ist, in einem Rückblick und Ausblick vertieft werden.

In seinem Nachwort bringt Christoph Strawe, der zusammen mit Ulrich Morgenthaler die deutsche Buchfassung mit initiiert hat, die Kernbotschaften von Chico Whitaker noch einmal prägnant auf den Punkt. Von dem Verständnis des Prinzips des offenen Raumes hänge weit mehr ab, als man zunächst bemerke. Deshalb betone und verteidige Chico Whitaker geduldig immer wieder diesen Open-Space-Charakter gegen alle Versuche, ihn zu beschädigen. Nur so könne verhindert werden, dass immer wieder die Werte und Ideale sozialer Neuerungen sich in der Praxis ins Gegenteil verkehren, wie das Scheitern überkommener Strategien zur Veränderung der Welt belege. Bereits in der täglichen Praxis von heute müsse deshalb die Qualität der erstrebten anderen Welt anwesend sein, denn Ziel und Weg seien untrennbar. Es gebe keine soziale Erneuerung ohne ein Miteinander schon auf dem Weg dahin, unter Anerkennung der Mündigkeit jedes einzelnen Menschen. Chico Whitaker habe ein Gespür für die permanente Gefährdung des Neuen durch den Rückfall ins Alte.

Die globale Zivilgesellschaft als wirklich relevante soziale Bewegung sei durch ein radikal dezentralistisches Organisationsprinzip wirksam geworden und vertrage keine vertikalen, zentralistischen Führungsstrukturen. Vielmehr komme es auf die einzelnen Akteure an und wie sie zusammenfinden. In der Arbeitsweise des Weltsozialforums sehe Whitaker einen neuen Typ fortschrittlicher Politik im Werden, bei der die Subjekte dieser neuen Politik keine Organisationen der machtpolitischen Sphäre seien, sondern die Zivilgesellschaft. Nur aus einem solchen sozio-kulturellen Raum heraus, jenseits der Logik von Machtpolitik oder Profit, können Erneuerungsimpulse für Politik und Ökonomie aus freier kultureller Kreativität und aus der Arbeit an sich selber kommen. Der offene Raum der freien Begegnungen mit dem Prinzip der Selbstorganisation schaffe Wärmequalitäten, so Chico Whitaker, die ihn zu einer „Brutstätte des Neuen“ machen mit Offenheit und Durchlässigkeit für neue Ideen. Einiges von der Wärme und Ideenkraft ist beim Lesen des Buches von Chico Whitaker spürbar und wirksam, so dass sich der Leser oder die Leserin angeregt in einen offenen Raum für eine andere Welt begeben kann.

Chico Whitaker: Das Weltsozialforum - Offener Raum für eine andere Welt. Aus dem Portugiesischen von Elsmarie Pape, hrsg. Ulrich Morgenthaler in Zusammenar-

beit mit Klaus Starke und Christoph Strawe (Nachwort), VSA-Verlag Hamburg 2007, 256 Seiten, EUR 22,80, ISBN 978-3-89965-231-4

## Götz W. Werner: Einkommen für alle

Der dm-Chef über die Machbarkeit  
des bedingungslosen Grundeinkommens

C. Strawe

Mit einer Startauflage von 50.000 Stück kam dieses Buch Ende März in den Handel. Es schaffte es aus dem Stand unter die Top 15 der Sachbuch-Bestseller. Wer sich mit Werners Argumenten für ein bedingungsloses Grundeinkommen noch nicht auseinandergesetzt hat, sollte unbedingt zu diesem Buch greifen. Für diejenigen, die die Kernthesen bereits kennen, bietet es zwar keine grundlegend neuen Einsichten, gibt aber für manches ausführlichere Begründungen und umfangreicheres Zahlenmaterial. Das gilt besonders für die Analyse der Beschäftigungstrends, die für den Ansatz ja von zentraler Bedeutung sind. Ist eine der wichtigsten Punkte zur Begründung eines Paradigmenwechsels doch der Rückgang der „alten“ Arbeit und die Entwicklung neuer Arbeitsbedarfe in der Kultur-, Sozial-, Umwelt- und Bildungsarbeit.

Das bedingungslose Grundeinkommen soll Menschen die Sicherheit geben, die es ihnen ermöglicht, Initiative zu ergreifen und sich sinnvollen Aufgaben zu widmen, statt sich an jeden Erwerbsarbeitsplatz - Werner spricht gerne von „Einkommensplätzen“ - zu klammern. Einkommen sei Bürgerrecht, Vollbeschäftigung eine Illusion, ergo müssen Arbeit und Einkommen getrennt werden. Gängelung und Entmündigung à la Hartz IV, das Werner als „offenen Strafvollzug“ bezeichnet, sollen ein Ende haben.

Das wäre ein Befreiungsschlag, der zur Überwindung der gegenwärtigen Krise unserer sozialen Sicherungssysteme führen kann und soll. Dies soll auch dadurch geschehen, dass das Grundeinkommen nachhaltig und wettbewerbsneutral durch die immer stärkere Verlagerung der Finanzierung weg von der Einkommensbesteuerung hin zur Besteuerung des Konsums finanziert werden soll. Auch zu diesem Punkt biete das Buch zwar keine grundlegend neuen Überlegungen, wohl aber eine ausführlichere Begründung als bisherige Darstellungen. Damit hilft die Publikation auch, Missverständnisse zu entkräften, etwa dasjenige, die Reform solle durch einen Anstieg der Preise finanziert werden, wodurch ihre Wirkung teilweise wieder aufgehoben werde.

Götz W. Werner: Einkommen für alle. Der dm-Chef über die Machbarkeit des bedingungslosen Grundeinkommens. Kiepenheuer & Witsch, 224 Seiten, Gebunden, EUR (D) 16,90, CHF 30,00, EUR (A) 17,40, ISBN 978-3462037753.

# Individualität und soziale Verantwortung

Grundlagen und Praxis der Dreigliederung  
des sozialen Organismus  
Fortbildungsseminare für Tätige



## Der Kampf um die Beherrschung der Zeit:

## Entwicklung im Spannungsfeld von luziferischen und ahrimanischen Kräften

Seminar, Fr, 26. bis So, 28. Okt. 07

Rudolf Steiner Haus, Hügelstr. 67, Frankfurt/M

Mitveranstalter: Anthroposophische Gesellschaft Frankfurt/M, Goethe-Zweig. Vorträge: Udo Herrmannstorfer, Dr. Christoph Strawe, Prof. Harald Spehl. Rezitationen: Ulla Herrmannstorfer

### Freitag, 26.10.07

19.30: Öffnung des Tagungsbüros // 20.00: Die Entwicklung des Menschen - ihre Förderung und Hemmung durch luziferische und ahrimanische Kräfte (Vortrag mit Aussprache)

### Samstag, 27.10.07

9.30 - 11.00: Fortschritt zwischen Verführung und Verspätung: Beschleunigungs- und Beharrungstendenzen in Erziehung, Arbeitswelt, Technik und anderen Bereichen (Vortrag, Rezitation) // 11.30 - 13.00: Gesprächsarbeit // 15.00 - 16.30: Sozialzeit zwischen Arbeitszeit und Freizeit: Die Wiedergewinnung der Mitte (Vortrag, Rezitation) // 17.00 - 18.30: Gesprächsarbeit // 20.00: Vom Zeitmanagement zur Zeitsouveränität: Individuelle Zeitgestaltung als Entwicklungsgrundlage (Vortrag mit Aussprache)

## Organisatorisches

Frühzeitige Anmeldung - möglichst 2 - 3 Wochen vor Beginn - erleichtert uns die Organisation und verhindert, dass Veranstaltungen ausfallen müssen. Sie erhalten rechtzeitig vor Beginn der jeweiligen Veranstaltung eine Teilnahmebestätigung und weitere Informationen. Teilnahmegebühr möglichst jeweils vor Beginn des Seminars überweisen an: Institut für soziale Gegenwartsfragen, Kontonummer 1238 6000, GLS Gemeinschaftsbank, BLZ 4306 0967. (Bitte Name und Veranstaltung vermerken). Teilnehmer aus dem Ausland können zur Vermeidung hoher Überweisungsgebühren bei Tagungsbeginn bar bezahlen. Kurzfristige Anmeldung und Zahlung der Teilnahmegebühr bei Tagungsbeginn ansonsten bitte nur im Einzelfall nach Rücksprache. Ermäßigungen sind im begründeten Einzelfall möglich, bedürfen jedoch ebenfalls der Rücksprache. Wir bitten um Verständnis dafür, dass wir eine Bearbeitungsgebühr in Höhe von 20 % des Teilnehmerbeitrags erheben können, wenn Sie später als eine Woche vor Veranstaltungsbeginn von der Teilnahme zurücktreten.

## Anmeldung

Institut für soziale Gegenwartsfragen e.V. Stuttgart,  
Haußmannstraße 44a,  
D-70188 Stuttgart  
Tel: (+49) 0711 / 23 68 950,  
Fax: (+49) 0711 / 23 60 218,  
E-Mail: [Institut@sozialimpulse.de](mailto:Institut@sozialimpulse.de),  
Internet: [www.sozialimpulse.de](http://www.sozialimpulse.de)

### Sonntag, 28.10.07

9.00 - 10.30: Die Globalisierung - Feld des Kampfes um die Beherrschung der Zeit. Das Erscheinen des Christus zwischen Luzifer und Ahriman (Vortrag, Rezitation) // 11.00 - 12.30: Abschlussgespräch: Was heißt gegenwartsgemäßes Handeln?

Teilnahmebeitrag (ohne Unterbringung und Verpflegung) EUR 140, Verpflegung zusätzlich 25. Infos über Unterbringungsmöglichkeiten unter [www.sozialimpulse.de/Texte\\_html/Anweg\\_Frankfurt.htm](http://www.sozialimpulse.de/Texte_html/Anweg_Frankfurt.htm)

# Studiengang Sozialentwicklung

**Soziale Dreigliederung als Weg zu  
Verständnis und Gestaltung sozialer  
Prozesse - Sozialqualifizierende  
berufsbegleitende Ausbildung**

**Februar 2008 bis Februar 2010**

Mit Udo Herrmannstorfer, Mag. Friedrich Platzer,  
Dr. Michael Ross, Prof. Harald Spehl und Dr.  
Christoph Strawe u.a.

Träger: Institut für soziale Gegenwartsfragen  
e.V. Stuttgart in Verbindung mit dem Institut für  
zeitgemäße Wirtschafts- und Sozialgestaltung  
Dornach/Schweiz.

## Termine und Themen der einzelnen Blöcke

### 1. Studienjahr

Arbeitswoche (10. bis 16. Februar 2008):  
Grundlagen und Aktualität der Drei-  
gliederung des sozialen Organismus

Wochenendseminar (11./12. April 2008):  
Grundlagen und Bedeutung der Selbst-  
verwaltung im sozialen Organismus

Wochenendseminar (6./7. Juni 2008):  
Von der Organisation zum Organismus  
(Gliederung, soziale Lebensprozesse und  
Organbildung, Salutogenese im Sozialen)

Wochenendseminar (19./20. September 2008):  
Grundlagen und Praxis des assoziativen  
Wirtschaftens

Wochenendseminar (7./8. November 2008):  
Fragen der Preisbildung in der Wirtschaft  
und in der Kultursphäre, Preis und Lohn

Wochenendseminar (9./10. Januar 2009):  
Die Bedeutung des Eigentums für die  
individuelle und soziale Entwicklung

### 2. Studienjahr

Arbeitswoche (15. bis 21. Februar 2009):  
Sozialgestaltung und Menschenverständnis -  
Das Soziale als Übungsfeld menschlicher  
Entwicklung

Wochenendseminar (3./ 4. April 2009):  
Die Neuordnung des Geldwesens

Wochenendseminar (29./30. Mai 2009):  
Individualität und Staat: Der Vertrag als Quelle  
modernen Rechts

Wochenendseminar (18./19. September 2009):  
Individualität und Staat: Der Rechtsstaat als  
Schutz- und Förderraum

Wochenendseminar (6./7. November 2009):  
In Entwicklungen denken (Nachhaltige Entwicklung)

Wochenendseminar (8./9. Januar 2010):  
Vom Ganzen her wollen (Arbeit, soziale Sicherung)

5./6. Februar 2010:  
Abschließende Intervision der TeilnehmerInnen

## Warum ein Studiengang Sozialentwicklung?

Wer die soziale Welt verändern will, muss sie erkennen - und das heißt vor allem die menschliche Relevanz aller sozialen Fragen verstehen. Daher bedarf es einer Sozialwissenschaft, die theoretisch und praktisch zugleich ist und die auf einer empirisch begründeten Anschauung des Menschen aufbaut. Eine solche Sozialwissenschaft ist die anthroposophisch orientierte. Ihre Essenz ist die Sozialgestaltung aus der Anschauung des Menschen als eines der Freiheit und Verantwortung fähigen geistig-seelisch-leiblichen Wesens. Der Arbeitsansatz der Dreigliederung des sozialen Organismus ist in diesem Menschenverständnis begründet. Der Studiengang will einen Ort schaffen, wo ein gründliches Studium alternativer und anthroposophisch orientierter Sozialwissenschaft möglich ist. Das Studienangebot richtet sich besonders an Verantwortungsträger in alternativen Einrichtungen und zivilgesellschaftliche AktivistInnen, aber auch an allgemein Interessierte.

## Organisatorisches

**Ort:** Die Arbeitswochen und die Intervisionstage finden in der Studienstätte Unterlengenhardt statt, die Wochenendseminare im Anthroposophischen Zentrum Kassel. Detailänderungen bleiben vorbehalten.

**Studiengebühren:** Die Kursgebühren betragen EUR 1.500 pro Studienjahr. Hinzu kommen Kosten für eine - preisgünstige - Unterbringung und Verpflegung. Näheres auf Anfrage.

**Anmeldeunterlagen und weitere Informationen:**  
Institut für soziale Gegenwartsfragen, Haußmannstr.  
44 a, 70188 Stuttgart, Tel. 0711 / 23 68 950,  
Fax 23 60 218, E-Mail: [Institut@sozialimpulse.de](mailto:Institut@sozialimpulse.de),  
Internet: [www.sozialimpulse.de](http://www.sozialimpulse.de),  
[www.sozialimpulse.de/studiengang.htm](http://www.sozialimpulse.de/studiengang.htm)

2. Durchgang